DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: info@contraste.org

350 | 30. JAHRGANG November 2013 | 4 50

AUS DEM INHALT:

WIDERSTAND IN DER TÜRKEI
Eine kurdische Aktivistin schildert, welche Bedeutung, die, von so unterschiedlichen Gruppen getragenen, radikalen Proteste für sie und andere Frauen haben.
Seite 3

ÖL IN DAS GETRIEBE DER BEWEGUNG
Wie es funktioniert zeigt becollective in Kreta: Bio-Olivenöl wird kollektiv hergestellt, ein großer Anteil des Erlöses fließt in andere linke Projekte.
Seite 4

GENOSSENSCHAFTSVERBUND MONDRAGON
Eine beteiligte Haushaltsgerätefirma scheiterte am Weltmarkt, im Rahmen der Genossenschaft ließ sich keine solidarische Lösung finden.
Seite 5

EINE OASE IN FINSTERWALDE
AktivistInnen engagieren sich in einer rechtslastigen Region Brandenburgs für ihre politischen Ziele und gründen als Genossenschaft einen Späti, um so die Leute zu erreichen.
Seite 5

ALTERNATIVES WIRTSCHAFTEN IN MITTELAMERIKA
Der Dokumentarfilm „Kraft der Schmetterlinge“ zeigt die Reise der Regisseurin Heike Engel zu einer Vielzahl spannender Projekte jenseits marktgläubiger Profitorientierung.
Seite 6

PROJEKTE IN DER MIDLIFE-CRISIS
Was geschieht, wenn sich in Kollektiven und Projekten nach einer Zeit eine gewisse Langeweile einschleicht, zeigt die Kolumne der AG-Beratung.
Seite 6

WOHNFORMEN FÜR ALTE
Genossenschaften entwickeln Projekte für selbstbestimmtes Wohnen im Alter, beschrieben hier am Beispiel Wesselburen.
Seite 7

GEGEN GENTRIFIZIERUNG IN MÜNSTER
Das Befreiungstheologische Netzwerk in Münster kämpft engagiert für das Recht auf Stadt für alle Menschen.
Seite 8

▶ www.contraste.org

SCHWERPUNKT: BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN VERWIRKLICHUNG EINER UTOPIE?

Kombilohn, Sozialismus oder ein trojanisches Pferd?

Foto: Alexander Baumgartner

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist gegenwärtig in den europäischen Medien präsent.

Am 4.Oktober wurde die eidgenössische Volksinitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen eingereicht. Die derzeit sehr aktive Europäische Bürgerinitiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen will bis zum Januar eine Million Unterschriften sammeln.

Bereits in den vorhergehenden Jahren hat sich CONTRASTE intensiv und kontrovers mit dem Thema beschäftigt, wie Ihr dem Artikel von Elisabeth Voß auf Seite 11 entnehmen könnt. Mit den Beiträgen dieses Schwerpunkts stellen wir weitere Fragen, die über die aktuellen Bezüge hinausreichen.

VON ULRIKE KUMPE/REDAKTION HANNOVER, ANTONIA SCHUI/REDAKTION BERLIN ● Was kann das Bedingungslose Grundeinkommen leisten? Wie kann es die Gesellschaft verändern? Entsteht durch die Einführung allein bereits Sozialismus, Kommunismus oder Anarchie? Ist mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen die Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft möglich oder ist es doch bloß eine neue Spielart unserer kapitalistischen Gesellschaft? Die Beiträge nähern sich dem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven, sie suchen Antworten über rein ökonomische Ansätze hinaus.

Elisabeth Voß greift in ihrem Artikel auf Seite 11 eine Vielzahl von Positionen rund um das Bedingungslose Grundeinkommen auf und grenzt eine emanzipatorische Herangehensweise von einem neoliberalen Modell des Kombilohns ab. Darüber hinaus berücksichtigt sie auch internationale Dimensionen.

Enno Schmidt beschreibt auf Seite 12 die aktuelle Volksinitiative in der Schweiz und verknüpft seine Überlegungen mit den unterschiedlichen Demokratiemodellen in Deutschland und der Schweiz. Er geht davon aus, dass Bedingungsloses Grundeinkommen und Demokratie gleichzusetzen sind.

Ebenfalls auf Seite 12 reflektiert Brigitte Kratzwald, mit Blick auf ihre eigene Biografie, die Möglichkeiten und Grenzen eines BGE. Sie macht deutlich, warum sie den Ansatz als schwierig bewertet, und ihn mit den Möglichkeiten von Commons kombiniert - als eine Basis für alternative Praxen- dennoch befürwortet.

In dem Interview auf Seite 13 fragt Susanne Schwarz Ronald Blaschke von der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen, wie die konkrete Arbeit auf europäischer Ebene aussieht und welche Hürden damit verbunden sind.

Derweil sitzt Christoph Lang noch spät in der Nacht in Berlin auf seinem Fahrrad und reflektiert seine Gedanken zur Integration des Grundeinkommenkonzepts für Flüchtlinge, auch dies ist auf Seite 13 nachzulesen.

Auf der letzten Seite unseres Schwerpunkts, Seite 14, skizziert Antonia Gerlinde Schui aus feministischer Sicht Perspektiven und Grenzen eines Bedingungslosen Grundeinkommens für alle Geschlechter. Sie positioniert sich auch zur Frage, ob es sich um eine wohl kaschierte „Herdprämie“ für Frauen handeln könnte.

Mögliche Leerstellen im Konzept eines BGE werden in Ulrike Kumpes Beitrag, auch auf Seite 14, deutlich. Sie greift Inhalte auf, die von BefürworterInnen wenig thematisiert werden; einige ihrer Fragen haben wir diesem einleitenden Beitrag vorangestellt. ●

Schwerpunktseiten 11-14

D 8008

Anzeige

STUTTGARTER FRIEDENSPREIS

Zeichen für ein friedliches, vereintes Europa

Der Stuttgarter Friedenspreis geht 2013 an Enio Mancini und Enrico Pieri. Die beiden Überlebenden des NS-Massakers im italienischen Sant' Anna di Stazzema setzen sich seit Jahren für die juristische Aufarbeitung des Wehrmachtsverbrechens und für internationale Verständigung ein. Sie sind zur Preisverleihung am 10. November nach Stuttgart ins Theaterhaus eingeladen.

VON PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART ● An der Abstimmung des elften Friedenspreises beteiligten sich weit über 450 AnStifterinnen und AnStifter, wie sich die Mitglieder der zivilgesellschaftlich aktiven Stuttgarter Gruppierung für „Eigensinn und Zivilcourage“ nennen. Aus mehr als zwanzig vorgeschlagenen Gruppen und Personen setzten sich nach zweimaliger Abstimmung die beiden Italiener durch, die den mit 5.000 Euro dotierten Preis stellvertretend für die Überlebenden eines der schlimmsten Massaker der NS-Zeit erhalten.

Am 12. August 1944 ermordeten SS-Männer der 16. Panzergrenadier-Division etwa 400 Männer, Frauen und Kinder im toskanischen Dorf Sant'Anna die Stazzema. Rund 180 Menschen konnten rechtzeitig flüchten und überlebten. Erst im Jahr 2005 verurteilte das Militärgericht in La Spezia zehn frühere SS-Angehörige zu lebenslanger Haft sowie zu Entschädigungszahlungen in Höhe von etwa 100 Millionen Euro. Das Urteil blieb für die Betroffenen jedoch ohne Folgen, da sie keine Auslieferung zu befürchten hatten. Seit 2002 ermittelte die Staatsanwaltschaft Stuttgart, stellte jedoch die Verfahren vor einem Jahr „aus Mangel an Beweisen“ ein.

„Mit solchen Entscheidungen schafft es die Staatsanwaltschaft um Oberstaatsanwalt Häussler nicht wirklich, verlorenes Vertrauen in die Justiz wiederherzustellen“, kommentierte Fritz Mielert, Geschäftsführer der AnStifter, noch zurückhaltend. Insbesondere in der Bewegung gegen das Murks-Projekt Stuttgart21 fiel Häussler bereits mehrfach auf durch lasche Ermittlungen gegen Polizeikräfte und eine umso härtere und heftig kritisierte Gangart gegen Menschen aus dem Widerstand.

Zivilgesellschaft gegen das Vergessen

„Mit dem diesjährigen Friedenspreis wird ein Projekt geehrt, das sich um die Aufklärung eines der vielen, lange Zeit totgeschwiegenen Verbrechen der SS und der Wehrmacht verdient gemacht hat“, sagt Fritz Mielert. Da hierzulande bisher keine juristische Aufarbeitung stattfand, sei es umso wichtiger, „dass die Forderung danach aus der Zivilgesellschaft nicht nachlässt.“

„Wir freuen uns sehr über den Friedenspreis der AnStifter“, erklären Enio Mancini und Enrico Pieri. „Dieser Preis bestärkt uns in der Fortsetzung unserer Arbeit gegen das Vergessen und er ist auch ein ermutigendes Zeichen für unsere gemeinsamen Bemühungen um ein friedliches, vereintes Europa. Wir glauben, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit die Voraussetzung für eine echte Versöhnung ist. Deshalb werden wir weiter versuchen, auch in der deutschen Justiz für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten.“

Friedensgala und Preisverleihung/Serata di gala e consegna del premio: So. 10. Nov. 2013, 17 Uhr, Theaterhaus Stuttgart

☞ *www.stuttgarter-friedenspreis.de*

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist geschafft, wieder haltet Ihr eine Ausgabe der CONTRASTE in euren Händen. Wir sind immer noch zu spät dran, schaffen es immer noch nicht Anfang des Monats zu erscheinen, dafür möchten wir uns bei Euch LeserInnen entschuldigen. Wir tun unser Bestes und sind zuversichtlich, dass wir in einen guten Erscheinungsrhythmus kommen werden. Und wir freuen uns, dass dies schon die dritte Ausgabe mit den Zeitungskoordinatorinnen Antonia und Ulrike und die zweite mit den neuen LayouterInnen Adrien und Susanne ist. Alle mussten ins kalte Wasser springen, es hakt noch hier und da im Arbeitsablauf, aber die Erfahrung und die Routine nehmen zu. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich einer ökonomischen Frage, er thematisiert das Bedingungslose Grundeinkommen. Auch hier, im Editorial, greifen wir eine Geldfrage auf: die Finanzierung von CONTRASTE - aktuell und perspektivisch.

Etwa 20 CONTRASTE-KollegInnen machen ehrenamtlich mit, verteilt auf unterschiedliche Orte der Bundesrepublik, in Österreich und Paris, sowie ein weit gefächertes Netz von AutorInnen. Sie alle schreiben, besorgen Artikel, redigieren, übernehmen Schwerpunkte. Unser Fotograf Giovanni bearbeitet das bereitgestellte Fotomaterial, er versorgt uns mit Bildern aus seinem Archiv und fotografiert für uns. Die gesamte redaktionelle Arbeit wird ohne Bezahlung gemacht, von KollegInnen, denen die Themen wichtig sind und unsere Zeitung eine Herzensangelegenheit. Diese Zusammenarbeit und die Zuverlässigkeit darin ist ein gute Erfahrung für alle Beteiligten. Und jetzt twittern wir sogar.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich einer ökonomischen Frage, er thematisiert das Bedingungslose Grundeinkommen. Auch hier, im Editorial, greifen wir eine Geldfrage auf: die Finanzierung von CONTRASTE. Unsere Zeitung wird getragen von Euch, den Leserinnen und Lesern, von unseren Mitglieder und unseren SpenderInnen. Manche unterstützen uns einmalig mit kleineren Beträgen, andere wiederum zeigen über viele Jahre mit regelmäßigen Spenden, wie wichtig ihnen unsere Arbeit ist. Ganz herzlichen Dank an Euch alle! Ohne Eure Spenden gäbe es die Zeitung nicht mehr. Und zusammen werden wir es auch weiterhin schaffen, authentisch und regelmäßig über selbstorganisierte Alternativen zu berichten.

Wir sind noch im Umbruch und genaue Zahlen zur Aboentwicklung und zum Spendenziel für das Jahr 2013 werden erst im Dezember folgen. Aber jetzt ist schon klar, dass wir trotz der vielen ehrenamtlichen Redaktionsarbeit weiterhin Eure finanzielle Unterstützung benötigen werden. Bitte bleibt uns treu, seid großzügig und spendet für den Erhalt unserer CONTRASTE.

Vielleicht mögt Ihr ja auch Probeabos verschenken, an Menschen, die CONTRASTE endlich mal kennenlernen sollten. Oder schreibt uns, wenn Ihr auf Veranstaltungen geht und dort CONTRASTE auslegen möchtet. Wir schicken Euch gerne welche zu.

Und wer zu unserem Winterplenum in Berlin vom 29.11-1.12.2013 kommen mag, ist herzlich eingeladen. Kontakt: koordination@contraste.org

Für das geduldige Vertrauen in CONTRASTE bedanken wir uns bei Euch und wünschen Euch viel Freude beim Lesen!

die Redaktion

CHANGE OF ADRESS?!

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 €.
NEU: Änderungen bitte an: abos@contraste.org senden.

DANK DEN SPENDENDEN

Wir danken allen, die uns mit einer Spende bedacht haben.

C.U. 50,00 €	L.V.S.L. 100 €
E.U.F. 100,00 €	A.M. 38 €
E.V. 100,00 €	P.S. 58 €
J.D. 30,00 €	K.-H.B. 120 €

Spendenkonto Nr.:
515 124 05, BLZ 508 900 00,
Volksbank Darmstadt eG
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEFIVBD

Richtigstellung der Autorenschaft:

• In unserer letzten Ausgabe CONTRASTE 349 ist wieder etwas durcheinander geraten. Die Bilder eins und zwei auf Seite 4 zum Kölner Allerweltshaus sind nicht von Giovanni Lo Curto, sie wurden uns vom Allerweltshaus zur Verfügung gestellt. Die Bilder Seite 14 sind hingegen vom ebenbenannten Fotographen Giovanni Lo Curto.
• Auf Seite 4 fehlen Verweise auf Infos zum Allerweltshaus ☞ *www.allerweltshaus.de* und *www.alleweltonair.de*
Hierauf wollen wir hier ausdrücklich hinweisen.

SCHNUPPERABO 3 AUSGABEN FÜR NUR 5 EURO

Für 5 Euro in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate lang frei Haus.
Preis europäisches Ausland: 10 Euro
Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Geld mit Anschrift und Stichwort „Schnupperabo bitte an CONTRASTE e.V Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- ❍ Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- ❍ Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
  (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- ❍ Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- ❍ Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- ❍ Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- ❍ Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- ❍ Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr: Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg

elis.corner

Erbsenzählerei oder Flatratisierung?

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Der ganz normale Alltag kann mich mitunter in die Verzweiflung treiben. Egal ob es um Bahntickets oder Handytarife, Versicherungsanträge oder Steuererklärungen geht: die Bedingungen und zu beantwortenden Fragen, die finanziellen und rechtlichen Folgen meiner Angaben oder Entscheidungen und all das Kleingedruckte verstehe ich immer häufiger nicht. Und ich bin sicher, dass das nicht daran liegt, dass ich älter und verständnisloser werde, und ich bin ebenfalls sicher, dass ich damit nicht allein bin. Noch schlimmer trifft es sicher Menschen mit Handicaps, Hartz IV-BezieherInnen oder Flüchtlinge, die noch viel existentiellere Folgen befürchten müssen, wenn sie nicht genau verstehen, was von ihnen erwartet wird. Auch wenn ich weit davon entfernt bin, irgendeiner vermeintlich „guten alten Zeit“ hinterher zu trauern, so habe ich doch den Eindruck, dass die Institutionen, die dazu da sein sollten mich mit dem zu versorgen, was ich für meine Alltagsbewältigung benötige, sich immer mehr gegen mich wenden. Sie wollen mein Bestes: Meine Aufmerksamkeit, meine Zeit, mein Geld – und das will ich ihnen nicht geben!

Von einem Bedingungslosen Grundeinkommen verspreche ich mir auch einen kulturellen Wandel, ein Abfärben der Großzügigkeit auf viele andere Lebensbereiche. Endlich weg von dieser nach Missgunst und Drangsalierung riechenden Erbsenzählerei, all dies Kleinkarierte endlich hinter sich lassen, das suggeriert, es gäbe im Leben nichts anderes als Formulare, Belege und Geschäftsbedingungen. Es ist genug für alle da – schon heute und in jeder Hinsicht, sogar weltweit, wenn nicht diese Ungerechtigkeitsgefälle wären....

Wenn ich ins Internet gehe oder telefoniere, scheint es als könne ich dank Flatrate schon ein wenig in diese Welt der Großzügigkeit hineinspüren; Tages- oder Monatskarten für den ÖPNV ersparen mir, akribisch für jede Fahrt zu zahlen, und am Buffet zu essen mag ich oft mehr als à la carte. Es gibt nichts umsonst, im Gegenteil sind die Kosten, wenn ich zum Beispiel mein Grundrecht auf Mobilität wahrnehmen möchte, einfach viel zu hoch. Aber der kleinliche Äquivalenttausch ist zumindest ein wenig gelockert. Ich zahle einen festen Betrag, und bekomme soviel ich benötige. Schön für mich – aber zu welchen Bedingungen arbeiten die outgesourcten BusfahrerInnen oder die prekär Beschäftigten in der Gastronomie und in den Callcentern, die mir dies freie Konsumieren ermöglichen?

Und wie ist das mit den Pauschalierungen im Sozial- und Gesundheitswesen? Die Einführung von Pauschalen, die eine ärztliche Praxis pro PatientIn bekommt, oder von Fallpauschalen in Krankenhäusern, haben zu einer schlechteren Versorgung geführt. Durch die Pauschalierungen in der Berechnung von Hartz IV und Sozialhilfe wurden diese Sozialleistungen praktisch abgesenkt. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen und in der Pflege werden zu dermaßen erbsenzählerischen Abrechnungen genötigt, dass sie vor lauter Formularen immer weniger Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben finden – deren Taktung eher an industrielle Akkordarbeit erinnert denn an Arbeit mit Menschen, die anders als Maschinen Zeit und menschliche Zuwendung benötigen.

Solange sowohl Erbsenzählerei als auch Flatratisierung allein der Gewinnerzielung und Ökonomisierung von immer mehr Versorgungsbereichen dienen, wird wohlige Großzügigkeit wohl doch ein Traum bleiben. ●

SELBSTORGANISATION UND SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN BERLIN-BRANDENBURG

Radiosendung „Geld oder Leben“, jeden Mittwoch kurz nach 8h im morgen:magazin von Radio multicult.fm (UKW 88,4 MHz, Potsdam: 90,7 MHz):
☞ *www.contraste.netz-bb.de*

Mailingliste Solidarische Ökonomie Berlin-Brandenburg, [contraste.netz-bb]:
☞ *https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/solioeko*
Mitmachen bei der CONTRASTE-Redaktionsgruppe Berlin, Kontakt: berlin@contraste.org

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

V.A.: Songs of Gastarbeiter Vol. 1

Das in München ansässige Label Trikont überrascht regelmäßig mit neuen Veröffentlichungen aus den Nischen der Musikgeschichte bzw. mit Alben, die einfach vom Mainstream weitgehend oder völlig ignoriert werden. So verhält es sich auch mit der neuen Veröffentlichung - „Songs of Gastarbeiter Vol. 1“, einer Compilation, die die Musik der (türkischen) GastarbeiterInnen und ihrer Kinder präsentiert, die zwischen den 1970er und Anfang der 90er Jahre größtenteils in Wohnzimmerstudios und bei politischen Veranstaltungen entstanden. Die meisten hiervon sind Originalaufnahmen, bei einzelnen handelt es sich um Neuaufnahmen oder Remixes. Sie handeln häufig von Sehnsucht und Trennungsschmerz, aber auch von den Klischees, die ihnen in der Mehrheitsgesellschaft entgegenschlugen. Der Sänger Yusuf verarbeitet diese Vorurteile sehr gut in seinem ironischen Lied „Türkisch Mann“. Darin heisst es unter anderem: „Ich Türkisch Mann – Nichts deutsch sprechen kann – Kümmel, Knoblauch und Paprika ess' ich auch – Mir sagen Leute – Nichts Knoblauch heute“. Sehr interessant ist dabei neben dem in der Musik und den Texten vermittelten Lebensgefühl jener Menschen auch die Vielfalt von Musikstilen. Die musikalischen Stile reichen von traditioneller Meyhane- und Folkmusik bis hin zu Arabesk. Mit Yüksel Erkapsap, einem „Superstar“ (Ayata / Kullukcu) im Milieu der GastarbeiterInnen gibt es auch eine Vorläuferin des türkischen Raps zu entdecken.

Verantwortlich für die Auswahl der 16 teils türkisch-, teils deutschsprachigen Songs sind der Berliner Autor Imran Ayata und der Münchener Künstler Bülent Kullukcu, die gemeinsam zwei Remixes als Bonustracks beisteuern. Sie haben auch die Texte für das zweisprachige Booklet (deutsch-türkisch) verfasst. Das ist eine sehr interessante Veröffentlichung. Man darf schon gespannt auf die Nachfolgecompilations sein. ●

DJ Chaoz

Songs of Gastarbeiter Vol. 1 (Trikont US-0457), Trikont / Indigo
Bestellung und Infos: ☞ *www.trikont.com & www.ayku.co*

AUS KURDISCHER SICHT:GEZI-WIDERSTAND

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

Der Taksim-Platz ist der bekannteste Platz Istanbuls und war durch das 1977 an 1.-Mai-DemonstrantInnen verübte Massaker zum Symbol geworden. Der Versuch der AKP-Regierung in diesem Frühjahr, ihn mit ihrem Städtebauprojekt zuallererst für 1.-Mai-Demonstrationen, aber auch für die gesamte gesellschaftliche Opposition zu sperren, führte zu heftigen Reaktionen.

ANONYME AKTIVISTIN*

Die Regierung verfolgte ihr Projekt „Taksim'i yayalaştrma projesi" (Taksim-Erweiterungs-Projekt) trotzdem weiter und begann mit Bauarbeiten. Die dagegen Widerstand leistenden zivilgesellschaftlichen Organisationen gründeten eine „Taksim-Solidaritäts-Plattform", um Öffentlichkeit dafür zu schaffen, dass die Bauprojekte eingestellt werden. Zur Abwehr der unmittelbar drohenden Fällung von Bäumen im Gezi-Park und des Beginns von Bauarbeiten organisierte die Taksim-Solidarität Nachtwachen. Als am 31. Mai Baufahrzeuge im Park auftauchten, um mit den Arbeiten zu beginnen, verhinderten das die Wachen, unter ihnen auch der Istanbuler BDP (Barış ve Demokrasi Partisi – Friedens- u. Demokratie-Partei)-Abgeordnete Sırri Süreyya Önder. Der Istanbuler Gouverneur setzte zusammen mit den Istanbuler Sicherheitskräften brutale Gewalt gegen diejenigen ein, die die Zerstörung des Parks verhindern wollten. Grund für diese Gewalt war auch, dass die Menschen mittlerweile massenhaft und wütend auf die Straße gingen gegen Gentrifizierungsprojekte, gegen die Verleumdung der AlevitInnen, gegen die sexistische Politik, mit der Frauen vorgeschrieben werden soll, wie sie zu leben hätten, wie viele Kinder sie zu bekommen und wie sie sie - Äußerungen des Ministerpräsidenten zufolge - zu gebären hätten, sowie am Ende gegen Maßnahmen wie die Alkoholverbote. Die am 31. Mai als Gezi-Widerstand entstandene Volksbewegung breitete sich in kürzester Zeit über die gesamte Türkei aus und setzte sich nach diesem mindestens einen Monat andauernden Aufstand den Sommer über in Form von Park-Foren fort.

Im Osten nichts Neues

Für uns als kurdische Frauen war der Gezi-Aufstand keine neue Widerstandsform. In Kurdistan haben wir schon vielerlei Aufstände kennengelernt und uns aktiv daran beteiligt und waren oftmals der Gewalt des Staates, seinem Terror ausgesetzt. Für die türkische Gesellschaft war es – so können wir sagen – ein neuer Versuch. Auffällig ist, dass der Beginn des Aufstands zeitlich mit der Einleitung eines Lösungsprozesses für eine Beendigung des 30 Jahre andauernden Krieges, der Waffenstillstandserklärung der PKK durch Herrn Abdullah Öcalan zu Newroz 2013 in Amed (Diyarbakır) und dem Rückzug der Guerillakräfte, zusammenfiel. Ob sich ohne die Einleitung dieses Lösungsprozesses ein solch massenhafter Aufstand hätte entwickeln können, bliebe zu diskutieren. Auch wenn sich zu Beginn zahlreiche KurdInnen angesichts der vielen türkischen Fahnen und der Parole „Wir sind die Soldaten Kemal Atatürks" fragten, was das wohl werden solle, sind diese Bedenken in kürzester Zeit überwunden worden. Insbesondere kurdische Jugendliche und Frauen haben sich dem Gezi-Widerstand mit ihren eigenen Farben und Symbolen angeschlossen. Auf demselben Platz fanden sich nebeneinander Plakate von Mustafa Kemal Atatürk wie auch von Abdullah Öcalan. Sorgte dies in den ersten Tagen für Unsicherheit, so verschwand sie in den Folgetagen. Jede Gruppe nahm, ihr Zelt aufschlagend, ihren Platz in selbst bestimmten Grenzen mit ihren Fahnen ein. Gruppen, die es unter normalen Umständen niemals nebeneinander ausgehalten hätten, blieben beim Gezi-Widerstand Seite an Seite, und das drückte eine neue Situation aus. Der Gezi-Widerstand zeigte etwas sehr Wichtiges, was linke, sozialistische Gruppen jahrelang als Utopie diffamiert hatten, nämlich dass ein kollektives Leben möglich ist. Während dieses Widerstands bildeten sich kollektive Strukturen und die Menschen befriedigten ihre Grundbedürfnisse ohne Geldmittel. Einzelne solidarische Menschen und Solidaritätskollektive beteiligten sich mit großer Begeisterung am Widerstand. Durch die extreme Polizeigewalt Verletzte wurden sofort von ehrenamtlich tätigen ÄrztInnen behandelt und Festgenommene durch ehrenamtlich tätige RechtsanwältInnen vertreten. Die Menschen informierten sich gegenseitig über soziale Mediennetzwerke und ließen sich so in kürzester Zeit Hilfe zukommen. Ständig mit Gasangriffen konfrontiert, kamen die Menschen wieder zusammen, sobald die Wirkung des Gases verflogen war, und versuchten erneut auf den Platz zu kommen. In diesem Widerstand sind annähernd 7.000 Menschen durch Tränengaskartuschen und die Polizeigewalt verletzt worden. Zig junge Menschen haben bleibende Gesundheitsschäden davongetragen und fünf Menschen wurden getötet. Berkin Evlan, von einer Tränengasgranate am Kopf getroffen, liegt noch immer im Koma. Seine Familie kämpft um sein Erwachen und darum, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

▲ Unterstützt die Proteste rund um den Gezipark. Foto: Stelleconfuse

Gezi – kein Platz für Sexismus!

Die Beteiligung von Frauen an diesem Widerstand war ziemlich groß. Sie haben auf den Plätzen des Widerstands eine äußerst aktive Haltung eingenommen. Und sie haben darin einen Unterschied deutlich werden lassen. Sie haben die Männer gegen verbale sexistische Übergriffe sensibilisiert und gegen die nicht so häufigen Parolen an den Wänden mit sexistischem Inhalt gingen sie mit Farbe vor. Während des tagelang andauernden Aufstands kamen verbale sexistische Übergriffe nicht vor. Als die AKP, Adalet ve Kalkınma Partisi (dt. Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), gegen am Aufstand beteiligte, Kopftuch tragende Frauen hetzte, sammelten Frauen bei einer Protestaktion für Kopftuchfreiheit mit einer Unterschriftenkampagne 10.000 Unterschriften unter den WiderstandsaktivistInnen. Das bedeutet, dass Frauen im Gezi-Widerstand ziemlich wichtige Erfahrungen gesammelt und Erfolge erzielt haben. Frauen aus ethnisch unterschiedlichen Strukturen und unterschiedlichen Glaubensgruppen waren in den vordersten Reihen dieses Widerstands dabei für ein Leben in Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und mit ökologischem Fortschritt. Kurdische Frauen und Jugendliche waren ganz vorn mit ihren Barrikaden und Tänzen und eigenen Redebeiträgen. Die Frauen haben Foren gebildet, um nach diesem Widerstand die Arbeit für ihre Inhalte und Methoden fortzusetzen.

Von Licê bis Gezi

Nachdem sie das alles erlebt haben, werden die Menschen sehr wütend, wenn sich nichts davon in den Medien widerspiegelt. Zum ersten Mal haben sie gesehen, dass das Verschweigen der Realität in den Medien als Mittel eingesetzt wird. Vielleicht haben die Menschen, die vom Staat Gewalt erfahren haben, auch zum ersten Mal den 30 Jahre andauernden Krieg, die staatliche Unterdrückung der KurdInnen und die Gewaltpolitik des Staates hinterfragt. Vielleicht kam die erste Reaktion auf den Tod Medeni Yıldırıms auch deshalb aus den Foren im Istanbuler Park. Sein Tod war das Ergebnis dessen, dass auf die gegen den Neubau von Militärkasernen protestierende Bevölkerung von Licê/Lice (Provinz Amed/Diyarbakır) scharf geschossen worden war. Zehntausende riefen von Istanbul aus „Der Kampf in Lice geht weiter" und erklärten Medeni auch zu einem Opfer des Gezi-Protestes. Im Hinblick auf die Frage, ob Solidarität zwischen den Völkern möglich ist, hat der Gezi-Widerstand einen wichtigen Beweis geliefert.

Zeitgleich mit dem Gezi-Widerstand veranstalteten wir als kurdische Frauen vom 31. Mai bis zum 2. Juni eine historische Konferenz. An ihr nahmen Frauen aus 26 Ländern des Mittleren Ostens teil und es wurden die Entwicklungen im Mittleren Osten aus Frauensicht und die Rolle der Frau bei den Problemlösungen bewertet. Ich selbst verließ diese Konferenz einen Tag früher, um wieder nach Istanbul zu kommen. Dort bot sich mir ein ziemlich überraschender Anblick. Tausende waren auf den Straßen. KurdInnen waren mit ihren eigenen Parolen dabei, Frauen, AlevitInnen, SozialistInnen, antikapitalistische Muslime und Muslimas, KünstlerInnen, die LGBT- und die Öko-Bewegung, KemalistInnen, also kurz alle hatten ihre Inhalte genommen und waren gekommen.

Demokratische Autonomie statt in Wahlurnen gezwängte Demokratie

Viele Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, die es unter normalen Umständen nicht nebeneinander ertragen hätten, standen Seite an Seite und alle riefen ihre eigenen Parolen und Forderungen. Vielleicht bildete ihren einzigen gemeinsamen Nenner die Wut auf die AKP-Regierung und Ministerpräsident Erdoğan. Mich innerhalb dieses Aufstands zu befinden, war für mich ziemlich wichtig. Es war auch wichtig für eine bessere Analyse des Erlebten und dafür, Antworten auf die Frage zu finden, was genau passiert. Gezi hat uns gezeigt, dass die Menschen eine unterdrückerische autoritäre Behandlung nicht mehr akzeptieren und insbesondere eine repressive Politik gegen eine andere Lebensweise, eine andere Ethik, einen anderen Glauben und eine andere geschlechtliche Identität vehement zurückweisen. Sie wollen gefragt werden bei Beschlüssen zur Stadtplanung. Kurzum, die im Gezi-Widerstand entstandenen Forderungen nach Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie sind gleichzeitig Forderungen, die wir in dem von uns als kurdischer Freiheitsbewegung verteidigten Projekt der Demokratischen Autonomie1, also eines Projektes der Volksbeteiligung in der Basisdemokratie, vertreten. Demokratische Autonomie ist ein von der kurdischen Bewegung entwickeltes Gesellschaftsmodell, das auf Rätestrukturen und Selbstverwaltung basiert.

‚deine Demo ist auch meine Demo'

Der Gezi-Widerstand hat uns gezeigt, wie stark das Verlangen ist nach einer Türkei mit verschiedenen Identitäten, mit einer demokratischen Struktur, die kultureller Vielfalt gerecht wird. Die Menschen widersprechen inzwischen der klassischen Art und Weise des Politikmachens. Das zeigt, es braucht eine Leitung, die selbst Beteiligte ist, es braucht eine Demokratie, die nicht vier- oder fünfjährlich in Wahlurnen gezwängt, sondern tagtäglich erarbeitet wird. Wenn wir die Entwicklungen der letzten Zeit im Mittleren Osten aufmerksam betrachten, können wir deutlich erkennen, dass dies nicht nur eine auf die Türkei beschränkte Forderung ist, sondern eine Forderung aller Völker des Mittleren Ostens. Der Gezi-Widerstand setzt sich heute fort in den in den Parks organisierten Foren. Und in den Diskussionen auf den Foren treten politische Forderungen mit einem neuen Verständnis, einer neuen Sprache in den Vordergrund. Das sind nicht nur die Gezi-Forderungen, sondern sie stellen sich eigentlich als Forderungen der gesamten Türkei dar. Deshalb werden insbesondere alle politischen Parteien, auch die im Parlament vertretenen, gezwungen sein, die vom Gezi-Widerstand ausgehenden Forderungen zu beachten. Im Hinblick auf die kurdische Bewegung bürdet uns der Gezi-Widerstand eine große Verantwortung auf. Die Möglichkeit, unseren Kampf für die Demokratisierung der Türkei und für die demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage mit der türkischen Bevölkerung zu vereinen, ist mehr denn je gegeben.

Am Ende wird sich zeigen, ob sich das, was wir „Gezi-Widerstand" genannt haben, in der nächsten Zeit fortsetzen wird. Die Forderung der Menschen nach Veränderung wird bis zu ihrer Realisierung im Raum stehen. Die Parole „Dies ist erst der Anfang, der Kampf geht weiter" wurde von TeilnehmerInnen aus allen gesellschaftlichen Bereichen auf die lauteste Art und Weise vorgebracht und ist Ausdruck dessen, den Kampf fortsetzen zu wollen. Lasst uns aufhören, die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse oder die Lösung der Probleme von der kapitalistischen Moderne zu erwarten, denn diese ist der Grund für neue Krisen und Kämpfe. Die Bedingungen dafür, die demokratische gegen die kapitalistische Moderne zu stellen, sind heute günstiger denn je. Als kurdische Freiheitsbewegung müssen wir sowohl für die Lösung der kurdischen Frage als auch für die Demokratisierung der Türkei unseren Platz in der sich fortsetzenden Widerstandsbewegung einnehmen. Noch einmal: Der Gezi-Widerstand hat uns einmal mehr bewiesen, dass unser Projekt der Demokratischen Autonomie nicht nur für Kurdistan, sondern für die ganze Türkei lebensnotwendig ist. Als Frauen sind wir nicht Beobachterinnen dieses Veränderungsprozesses, sondern dessen Anführerinnen. Wir können nur schwer einen Aufstand anführen, dessen Teil wir nicht sind. Es ist möglich, mittendrin unseren Platz einzunehmen und die freiheitliche Richtung des Feuers des Widerstands zu stärken. Dies ist erst der Anfang…

weitere Informationen:

Broschüre: ‚demokratische autonomie in nordkurdistan' 2012, ISBN 978-3-941012-60-8, 5,- € oder einfach über tatort_kurdistan@aktivix.org bestellen

frauenkontakte: bundesweit ceni_frauen@gmx.de berlin destdanev@hotmail.de

*über Berliner Netzwerke haben wir Kontakt zur Autorin, die hier nicht namenlich genannt werden möchte, hergestellt.

ZU BESUCH BEIM OLIVENÖLPRODUZENTEN „BECOLLECTIVE“ AUF KRETA

Öl in das Getriebe der Bewegung

Im August 2013 besuchte CONTRASTE Redakteur Johannes Dietrich das griechische Kollektiv becollective in Heraklion, der Hauptstadt Kretas. Das folgende Interview mit dem Mitbegründer und Genossen Alex führte bei diesem Besuch Johannes Dietrich, Redaktion Berlin.

Hallo Alex, kannst Du kurz die Idee und die Entstehung des Kollektivs beschreiben?
Das Kollektiv wurde 2010 gegründet. Die Idee dazu hatte ein guter Freund aus Berlin. Sie bestand darin, solidarisch produziertes Olivenöl herzustellen und nach Berlin zu schaffen, um es dort zu verkaufen. Angefangen haben wir mit ein paar hundert Litern Öl, 2012 haben wir mit ca. 15 Leuten schon 3,5 Tonnen davon produziert.

Die Idee funktioniert also...?
Ja, und es gibt noch großes Potenzial in Bezug auf den mitteleuropäischen Markt, denn die Leute sind mit fairem Handel und Kollektivstrukturen vertraut.

Ihr seid ein „antiautoritäres-anarchistisches“ Projekt. Was bedeutet das für euch?
In Griechenland bedeutet das etwas Anderes als in Deutschland. Die Anarchist_innen sind hier breit anerkannt, da sie sich an den sozialen Kämpfen beteiligen und sie stark beeinflussen.

Für uns heißt das: es geht nicht nur um das Produkt, sondern ebenso darum, in subversiven Strukturen politisch aktiv zu sein und soziale Kämpfe mitzugestalten.

Was war bzw. ist deine Motivation, im Kollektiv mitzuwirken?
Ich habe vor 7 Jahren beschlossen, mich mit Landwirtschaft zu beschäftigen, weil mein Lieblingsarbeitsplatz draußen ist. Bei Freunden habe ich dann viel über die Landwirtschaft gelernt. Auf Kreta sind wir zum Glück sehr gesegnet, die kalkhaltigen Böden sind sehr gut für den Anbau von Olivenbäumen geeignet, aber auch das Klima insgesamt trägt dazu bei, dass hier Oliven von besonders hoher Qualität wachsen.

Wie seid Ihr auf den Namen „becollective“ gekommen?
Der Name stammt von einer früheren Bezeichnung unseres Kollektivs „biocollective - Öl in das Getriebe der Bewegung“. Da das Wort „Bio“ geschützt ist und viele Auflagen und Bürokratie damit verbunden sind, haben wir uns umbenannt.

Das Konzept ist aber gleich geblieben: Mit becollective möchten wir eine Art „Dachverband“ schaffen für Produkte, die nach bestimmten Regeln hergestellt wurden.

Welches sind die becollective-Regeln im Einzelnen?
Es sind 4 Regeln. Erstens ist die ökologische Produktionsweise wichtig. Beispielsweise sind der Einsatz von Pestiziden, Hochleistungszüchtung und die Fütterung von Bienen mit Zucker ausgeschlossen.

Zweitens dürfen in der Produktionskette keine Menschen ausgenutzt werden, das heißt wir bevorzugen Familienbetriebe und achten auf faire Bezahlung aller Beteiligten.

Drittens gehen die Produkte an gleichgesinnte Menschen und Projekte, wie zum Beispiel Hausprojekte, Kollektive, Voküs, die „Schnittstelle“ und Café Libertad. Damit wird diesen Kreisen der preisgünstige Zugang zu hochwertigen Produkten ermöglicht.

Und viertens fließen je nach Produkt 20-25% der Verkaufserlöse in eine gemeinsame Kasse zur Unterstützung solidarischer Projekte, wie z.B. Streiks, den Fonds für politische Gefangene, die Antifa in Heraklion, besetzte Häuser und das Anarchistische Zeitungsprojekt APATRIS.

Wie sucht Ihr die Projekte aus, die mit dem Geld unterstützt werden?
Entweder wir kennen die Projekte oder lernen sie kennen, bevor wir sie fördern. Allerdings unterstützen wir Projekte nicht nur mit Geld, sondern auch mit Naturalien und indem wir sie bekannt machen. Es geht also auch um Vernetzung, direkte Hilfe und Austausch von Know-How.

Kann mensch bei Euch mithelfen, zum Beispiel in Form eines Praktikums?
Diese Frage kommt oft, aber leider ist das nicht so einfach. Wir möchten Leuten vor Ort Arbeit geben, außerdem müssen die Helfer_innen Maschinen bedienen können. Insgesamt wären Praktikant_innen zu betreuungsintensiv. Eine größere Hilfe stellen für uns Hausprojekte und Voküs dar, die unsere Produkte kaufen bzw. weiterverkaufen.

Welche ähnlichen Projekte gibt es noch in Griechenland und kooperiert ihr mit denen?
Die Zeit ist gerade sehr günstig um solche Initiativen zu starten und tatsächlich gibt es schon ein „Universum“ von ähnlichen Projekten, zum Beispiel Radiosender, Läden und Cafés.

Besonders nennenswert ist der griechische Rundfunk, deren Zentrale in Athen im Juni nach einer Entlassungswelle von vielen Mitarbeiter_innen besetzt und übernommen wurde (siehe www.ertopen.com). Der Sender strahlt Internet-TV und Radio aus und berichtet verstärkt über soziale und solidarische Bewegungen. Andere prominente Beispiele für ähnliche Projekte sind die „Zeitung der Redakteure“ und die besetzte Fabrik in Saloniki namens Vio.Me (siehe www.viome.org; CONTRASTE 348, S. 4).

Bei der Vielfalt an Projekten und Initiativen hat jedoch kaum noch jemand den Überblick, ganz zu schweigen von ihrer Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Deshalb muss in den nächsten Jahren viel mehr für die Vernetzung getan werden. Mit becollective leisten wir einen kleinen Beitrag dazu.

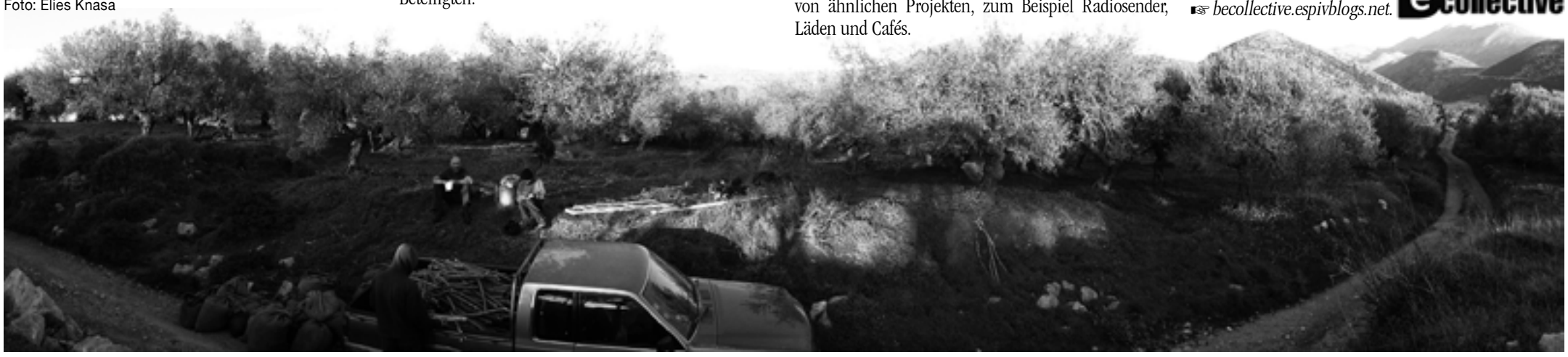
Was habt ihr in der näheren Zukunft vor?
In zwei bis drei Jahren soll die Produktpalette von becollective deutlich erweitert sein. Neben Olivenöl möchten wir die von uns aber auch die von anderen Leuten oder Kollektiven produzierten Waren ins Sortiment aufnehmen. Beispielsweise Honig, Meersalz, Rosinen, Seifen u.s.w., denn die Olivenölproduktion findet sowieso nur während 4 Monaten im Jahr statt.

Außerdem wollen wir noch eigene Felder pachten, da der Bedarf an unserem Olivenöl ständig zunimmt und wir Flächen brauchen, die uns sicher zur Verfügung stehen. In dem Zusammenhang denken wir auch über die Gründung einer Genossenschaft bzw. eines gemeinnützigen Vereins nach.

Danke für das Gespräch!

Kontakt:
becollective@espiv.net
☞ *becollective.espivblogs.net.*

Foto: Elies Knasa



KOLLEKTIV IM GRÜNEN: INTERVIEW MIT DEM GÄRTNEREIPROJEKT 'ACKER PELLA'

Viel Arbeit und ein Obststrauchhecke

Eine Gärtnerei, die zu verfallen drohte, eine Gruppe hochmotivierter, umwelt- und gesellschaftspolitisch interessierter Frauen und ein Gärtner im Ruhestand, der gerne sein Wissen weitergibt – da lässt sich doch etwas draus machen! Wir sind die AckerPella, fünf junge Erwachsene mit dem Ziel nachhaltigen, ökologischen Gemüse-und Obstanbau zu betreiben, besonders alte Sorten zu fördern und diese zu fairen Preisen an andere Kollektive in der Region abzugeben. Seit April 2013 bewirtschaften wir im selbstversorgenden Kollektiv die alte Gärtnerei in Langenhagen bei Hannover. In Zukunft wollen wir unsere Gärtnerei gerne öffnen, um hier Jugendbildungsseminare zu Themen, wie Gärtnern, Grün statt Beton, Ernährung, Grüne Energie oder Kunst und Kultur anzubieten. Außerdem wollen wir eine Kollektivwerkstatt Holz und Metall aufbauen und ein Kollektivatelier einrichten.Das Interview führte Pia Kühnemann/Redaktion Hannover für CONTRASTE. Nauka ist von Anfang an bei dem Projekt dabei. Sie lebt seit April diesen Jahres auf dem Gelände der Gärtnerei und studiert nebenbei Soziale Arbeit.

Die Fragen stellte Pia Kühnemann.

Hallo Nauka. Ihr lebt jetzt seit April hier auf dem Gelände. Welches sind gerade die dringendsten Baustellen?
Wir machen gerade den Wagenplatz fit, bauen Zäune fertig und machen es uns gemütlich. Außerdem müssen wir für den Winter die Räume warm kriegen. Und die Beete müssen vorbereitet werden, aber das steht gerade hinten an, weil das auch bei Regenwetter gemacht werden kann.

In welchem Umfang könnt ihr euch hier selber versorgen?
Wir haben eine Grundwasserpumpe, über die wir an Trinkwasser kommen. Da die aber nur eine geringe Kapazität hat, müssen wir bald auf Regenwassernutzung umsteigen. Wir wollen außerdem gerne mit Solarplatten den sehr hohen Stromverbrauch der Gärtnerei durch selbsterzeugten Strom ergänzen. Über einen Bekannten können wir die Solarplatten vergleichsweise günstig kaufen. Mit einer Prämie, die wir gerade bei einem Ideenwettbewerb gewonnen haben, können wir das hoffentlich finanzieren. Außerdem wollen wir ab nächstem Jahr richtig viel Gemüse produzieren! Natürlich können wir nur so viel produzieren, wie wir auch arbeiten können. Aber wir werden versuchen, uns die Arbeit zu erleichtern, indem wir z. B. eine Obstrauchhecke mit Heidelbeeren einrichten. Die wachsen gut auch auf sandigem Boden und wir müssen sie nur am Anfang beschneiden und regelmäßig gießen. Aber dann wachsen die von alleine, und wenn wir irgendwann mal Heidelbeeren haben, dann freuen wir uns. Ansonsten bauen wir Wassermelonen, Tomaten, Kohl, usw. im Gewächshaus an. Nächstes Jahr werden wir versuchen mit Gründüngung und Brennesseljauche den Ertrag noch zu vergrößern.

Und was macht ihr dann mit dem Ertrag?
Wir haben mehrere feste Abnehmer, nach deren Bestellungen wir uns bei dem Anbau richten werden. Da ist einmal die Einkaufsgemeinschaft Nordstadt (EKG), die als Kollektiv zu erschwinglichen Preisen Biolebensmittel aus der Region anbietet. Außerdem verkaufen wir noch an Volksküchen, die ebenfalls kollektive Strukturen haben und wo mensch ein veganes Gericht für 1-2 Euro oder gegen Spende bekommt. Außerdem versorgen wir uns natürlich selber davon.

Wie hast du dich bis jetzt hier eingelebt?
Das ging bei mir ganz schnell. Ich habe mich hier schnell zu Hause gefühlt. Ich wusste vorher, dass das hier einen Berg Arbeit bedeutet, aber ich fühle mich mit dieser Arbeit wohl. Ich denke, dass die Welt ohne Arbeit nicht funktionieren würde. Und was wir hier tun hat ja auch noch ein anderes Level als Lohnarbeit.

Wie meinst du das genau?
Es ist für mich produktiver, wenn ich etwas für mich direkt machen kann. Hier können wir direkt das Gemüse anbauen, das wir dann essen. Ohne den Umweg über Geld als Tauschmittel machen zu müssen. Wir müssen natürlich auch viel Arbeit dafür aufbringen. Und die körperliche Arbeit kann sehr anstrengend sein. Aber wenn der Gärtnereibetrieb nächstes Jahr angelaufen ist, dann werden damit hoffentlich die Kosten zum Wohnen und Leben gedeckt sein. Was wir verkaufen, geht ebenfalls an Kollektivbetriebe. Wie wir hier wohnen und arbeiten kommt meiner Idealvorstellung von einem basisnahen Leben einfach sehr nahe. Wir leben hier weitestgehend selbstbestimmt und unter einfachen Verhältnissen. Damit fühle ich mich sehr wohl.

Es läuft also alles perfekt?
Natürlich nicht. Eine Frage, die wir uns zum Beispiel gerade stellen, ist die nach der Leistung, die wir alle hier erbringen müssen. Gerade jetzt am Anfang ist sehr viel zu tun, um erst einmal das Wohnen und Arbeiten möglich zu machen. Wir müssen daher alle sehr leistungsorientiert arbeiten. Da wir alle zusätzlich mehr oder weniger stark in andere Beschäftigungen, wie Lohnarbeit oder ein Studium eingebunden sind, sind die Belastungen bei einigen sehr groß. Die Fragen, die wir uns stellen, sind, ob wir wollen, dass Leistung so einen hohen Wert bekommt, wie wir damit umgehen können, ob wir so leistungsorientiert sein wollen, oder unter welchen Bedingungen wir das für uns legitimieren können.

Wie gehst du für dich mit dieser Belastung um?
Für mich ist viel Arbeit eigentlich normal. Ich erinnere mich gerade an keine Zeit zurück, in der ich wirklich zur Ruhe gekommen bin. Ich habe in meinem Leben eigentlich immer irgendwo etwas zu tun. Wenn ich nicht hier so viel Energie reinstecken würde, dann würde ich das woanders tun. Deswegen stresst mich die Belastung auch gar nicht so sehr und das ist wahrscheinlich auch ein Grund, aus dem ich mir dieses Projekt gesucht habe. Und das hier ist für mich etwas sehr Produktives. Es ist ganz toll, wenn du siehst: Da wächst Gemüse und du hast das unterstützt, du hast das begleitet, von der Saat bis zum Endergebnis!

Ihr seid jetzt zu fünft und lebt und arbeitet gemeinsam. Wie kommt ihr miteinander aus? Gibt es Konflikte?
Auf jeden Fall. Konflikte wird es wohl auch immer geben. Wir sind noch eine recht neue Konstellation von Menschen, weswegen die Konflikte vielleicht noch nicht so ausgereift sind. Wir sind noch in der Beobachtungsphase. Aber ich denke schon, dass das auch langsam losgeht. Es wird zum Beispiel demnächst ein Mann mit hier einziehen. Das ist zwar an und für sich gar kein Problem, aber ich bin gespannt, wie das wird, ob das etwas verändert und wie wir damit klarkommen.

Im Moment leben hier nur Frauen?
Ja. Das war nicht so geplant, es hat sich so ergeben. Es waren keine Männer interessiert. Ich kann nicht genau sagen, woran das lag. Vielleicht, weil wir alle eher starke und laute Frauen sind und das abschreckend ist. Je mehr wir geworden sind, desto abschreckender ist es vielleicht für Männer geworden. Oder es liegt daran, dass das hier verbindlich Arbeit bedeutet und ich weiß nicht, wie viele sich darauf einlassen können. Aber das ist auch ein Vorurteil...

Wie geht ihr bis jetzt mit solchen Konflikten um?
Wir treffen uns regelmäßig alle gemeinsam und besprechen, was ansteht und halten fest, was wir besprechen und beschließen. Wir wollen das aber ungern als Plenum bezeichnen.

Besprecht ihr dann auch emotionale Themen, oder eher Organisatorisches?
Wie schon gesagt, dadurch, dass wir noch in der Beschnupperungsphase sind, sind die Konflikte noch nicht in dem Maße zu Tage getreten, als das wir sie in solch einem Rahmen hätten besprechen müssen. Aber früher oder später wird es dazu kommen. Ich weiß nicht, ob dieses Thema der Grund sein wird. Es kann auch gut sein, dass alles ganz entspannt und super schön wird, aber ich weiß es eben nicht und bin gespannt darauf, wie es läuft, wenn ein Mann hier einzieht.

Danke für das Gespräch, Nauka, ich wünsche euch viel Erfolg mit eurem Projekt!

Kontakt: *Acker_Pella@web.de*

MONDRAGÓN: SOLIDARITÄT KANN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT NICHT ERSETZEN

Eine Genossenschaft scheitert am Weltmarkt

Am 16. Oktober 2013 hat die baskische Genossenschaft Fagor Electrodomésticos Insolvenz angemeldet. Sie ist Teil des Genossenschaftsverbundes Mondragón im spanischen Baskenland.

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Bis zuletzt hatten die Mitglieder und Beschäftigten von Fagor Electrodomésticos gehofft, dass die Solidarität der anderen Mondragón-Genossenschaften ihr Unternehmen retten würde. Bereits im Frühjahr war ein Rettungsfonds mit 70 Millionen Euro eingerichtet worden. Nun benötigten sie weitere 50 Millionen.

Das Unternehmen stellt Haushaltsgeräte her, vor allem für den spanischen und französischen Markt. Ein schwieriges Geschäft angesichts der globalen Billigkonkurrenz. Seit 2007 sanken die Umsätze um fast 40 Prozent, nur die Verkäufe am deutschen Markt wuchsen. Fagor Electrodomésticos kämpfte ums Überleben. Auf der Internationalen Funkausstellung im September 2013 in Berlin hatte die Genossenschaft noch ein Joint Venture mit dem chinesischen Konzern Haier verabredet, um in Polen gemeinsam Kühlschränke herzustellen.

Bei Schulden von mittlerweile etwa 800 Millionen Euro war zu befürchten, dass auch weitere 50 Millionen nicht ausreichen würden, um Fagor Electrodomésticos dauerhaft wirtschaftlich zu stabilisieren. So zog der Genossenschaftsverbund die Notbremse und beschloss, kein weiteres Geld in dieses Fass ohne Boden zu geben. In den kommenden vier Monaten muss sich die Genossenschaft nun mit ihren Gläubigern einigen. Eine strategische Neuausrichtung und Umstrukturierung soll möglichst viele Unternehmensteile und Arbeitsplätze retten, woran auch die baskische Regierung großes Interesse hat. Denn allein im spanischen Baskenland sind 1.800 Beschäftigte betroffen.

Das Wachstum und die Stabilität der Genossenschaften des Mondragón-Verbundes basieren auf Konkurrenzfähigkeit am Markt und Solidarität. Bisher wurden Genossenschaftsmitglieder nicht entlassen, höchstens vorübergehend in die Arbeitslosigkeit geschickt. Wenn in einer Genossenschaft Arbeitsplätze wegfielen, bekamen die Mitglieder einen Arbeitsplatz in einer anderen Genossenschaft. Da Fagor Electrodomésticos offensichtlich nicht mehr konkurrenzfähig war, kam auch die Solidarität an ihre Grenzen. Zwar sollen die Mitglieder langfristig wieder beschäftigt werden, Aktuell sind sie jedoch doppelt betroffen, denn neben dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haften sie auch mit ihren Genossenschaftseinlagen für die Verluste ihres gemeinsamen Unternehmens.

Kann Fagor Electrodomésticos als Beweis für das Oppenheimersche Gesetz verstanden werden, wonach Produktivgenossenschaften längerfristig entweder scheitern oder erfolgreich sind, wenn sie ihren genossenschaftlichen Charakter aufgeben? Wie kann ein Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen und korrekten Löhnen überhaupt am globalen Markt bestehen? Der Genossenschaftsverbund Mondragón betont, dass die Insolvenz nicht das Scheitern des Genossenschaftswesens bedeutet, sondern dass die Ursachen im Markt begründet sind.

Besonders bitter ist die Insolvenz auch deshalb, weil die Genossenschaft Fagor Electrodomésticos eine symbolische Bedeutung hat. Ihre Gründung – damals unter dem Namen Ulgor – war 1956 die Geburtsstunde des Mondragón-Genossenschaftsverbundes.

Foto: Elisabeth Voß

Mehr zu Mondragón:
Elisabeth Voß: Ein selbstverwalteter Konzern? Mondragón im spanischen Baskenland, in CONTRASTE Nr. 344/345, Mai/Juni 2013.
In der nächsten CONTRASTE-Ausgabe im Dezember 2013 wird ausführlicher über Mondragón berichtet. Am 18.12.2013 um 19.00 Uhr, findet im Mehringhof in Berlin eine Veranstaltung mit Gästen aus Mondragón statt (siehe Seite 16).

INFOLADEN UND SPÄTI IN FINSTERWALDE

Endlich sind wir eine Genossenschaft!

Wir befinden uns in einer Kleinstadt Südbrandenburgs im Herzen der Niederlausitz. Wer mit dieser Gegend eine strukturschwache und demokratiearme Region verbindet, liegt genau richtig. Die großen Entscheidungen werden sowieso woanders getroffen. Eigentlich wollen die Menschen auch keine Veränderungen, Alternative und Linke haben es hier schwer in einem Umfeld mit konservativen und allzu oft auch rechtsradikalen Gesinnungen.

VON DEN KOLLEKTIVIST*INNEN DER OASE, FINSTERWALDE ● Finsterwalde scheint in vielerlei Hinsicht eine Insel zu sein. Soziale Offensiven und eine breite Subkultur prägen das Stadtbild und seine Bürger*innen. Diese rebellische Insel scheint uns ein optimaler Ausgangspunkt für ein alternatives Pilotprojekt zu sein. Eine Oase, welche nach sozialen und anarchistischen Prinzipien funktioniert, soll entstehen. Eine alternative Insel in einem Meer aus Polizeistaat, Wertkonservativismus und Rechtsradikalismus. Wir verstehen uns als einen Wegweiser in eine sozial gerechtere Welt.

Der lange Weg zur eingetragenen Genossenschaft

Am 26. Juni 2013 nahm das Amtsgericht in Cottbus unsere Eintragung in das Genossenschaftsregister vor. Damit haben wir nun einen gut halbjährigen Gründungsprozess hinter uns. Bereits am 10. Oktober 2012 fand unsere erste Versammlung statt, auf welcher wir beschlossen eine Genossenschaft zu gründen. Die OASE Kollektiv Genossenschaft war geschaffen und musste sich nun den Hürden der bürokratischen Erfordernisse übergeben. Bis Anfang Februar verzögerte sich allerdings unsererseits der Eintragungsprozess. Ab Februar lagen die fertigen Unterlagen dem Notar und somit auch dem Amtsgericht vor – so dachten wir. Aber mehrmaliges Verschwindenlassen von Seiten aus unseren Unterlagen oder auch Fehler im Übertragungsverfahren erschwerten die Kommunikation zwischen Notar und Amtsgericht enorm. Deswegen wurde anscheinend beschlossen, überhaupt nicht mehr miteinander zu reden. „Natürlich“ wurden wir als Genossenschaft in Gründung über diese Problematik nicht informiert.

Eine Genossenschaft in Finsterwalde?

Wir, als Individuen mit unterschiedlicher Projekterfahrung, taten uns zusammen, um eine kollektive Genossenschaft zu gründen. Alles was unsere Genossenschaft und ihre Geschäfte betrifft, wird im Konsens aller Genoss*innen beschlossen. Falls ein Dissens besteht, kann auf Wunsch der Mitglieder*innen eine Mehrheitsabstimmung durchgeführt werden. Wenn eine Zweidrittel-Mehrheit gefunden worden ist, gilt dieser Beschluss. Jede unserer Genoss*innen bringt sich ehrenamtlich und gemäß ihren Erfahrungen und Möglichkeiten in die Genossenschaft ein. Über die Ausschüttung der Gewinne entscheiden die Genoss*innen.

Wir haben am 13.02.2013 in Finsterwalde einen Laden eröffnet, in welchem wir unseren Horizont gemeinsam erweitern können. Hier wird sich kritisch und alternativ zur gängigen Norm informiert und weitergebildet. Wir wollen auch eine Plattform ermöglichen, auf welcher Lösungen zu sozialen Problemen des Alltags entwickelt werden können.

Außerdem ist es ein Spätshop, der sich etwas von den gängigen Spätshop-Modellen in den Großstädten unterscheidet. Wir handeln mit unterschiedlichsten Waren des alltäglichen Bedarfs. Dabei haben wir ein besonderes Augenmerk darauf, dass soweit wie möglich Produkte vertrieben werden, die kollektive Erzeugnisse sind oder ökologisch nachhaltig produzierte Waren aus kleineren Unternehmen. Wir lehnen das Vertreiben von Waren großer Konzerne ab, insbesondere wenn sie gegen geltendes Menschenrecht verstoßen.

Wir sehen in unserer Arbeit eine soziale und kulturelle Bereicherung dieser Stadt. Unser Engagement soll vor allem helfen, für Produkte in Form von kollektiven Erzeugnissen einen größeren Markt zu finden. Je mehr auf dem Markt in Kollektiven produzierte und fair gehandelte Produkte verkauft werden, desto mehr werden Betriebe gefördert, die ohne Ausbeutung und hierarchische Beschäftigungsverhältnisse wirtschaften.

Zu unserer Praxis!

Der Laden läuft eigentlich ganz gut, was unsere Selbstorganisation angeht. Alle Genoss*innen arbeiten ehrenamtlich. Die Resonanz der Kund*innen und Mitmenschen ist größtenteils durchaus positiv.

Leider wollen viele Kund*innen ihre bekannten Marken einkaufen, zu selten wird sich mit Konsumkritik und Markenrecherche beschäftigt. Zumindest einige Menschen in Finsterwalde führen nun jedoch vermehrt Auseinandersetzungen über Konsumkritik, Konzernpolitik, Ethik und Demokratie in der Wirtschaft. Das dürfen wir als Erfolg verbuchen. Allerdings sind wir jetzt bei Sternburg–Liebhaber*innen unten durch, denn wir vertreiben kein Sternburg-Bier, weil es zum Konzern Dr. Oetker Gruppe gehört.

Was uns wirklich freut: dass es schon Anfragen zu unserer sozialistischen bzw. auch anarchistischen Gesinnung gab. Einige Menschen haben sich auch Bücher vorbestellt, sie wären sonst wohl nie an solche Bücher gekommen.

▲ Der Laden des Oase-Kollektiv

Foto: privat

Wir werden unser fair gehandeltes Warensortiment weiter ausbauen, außerdem soll das Material im Infoladen gehaltvoller werden. Schon jetzt finden offene Versammlungen in unseren Räumlichkeiten statt. In Zukunft sollen größere Räume zur Entfaltung des politischen Potentials sozialer Initiativen in Finsterwalde führen.

Mit unserem Konzept gehen wir als Antikapitalist*innen einem Kompromiss ein. Die Frage der Organisation und ihrer Politik ist abhängig vom Bewusstsein der Menschen. Um Menschen zu erreichen und ihr Bewusstsein über die Verhältnisse von Ausbeutung und Unterdrückung zu fördern, müssen sie dort abgeholt werden, wo sie sind. Wir haben als Sozialrevolutionäre nun einen besseren Bezug zu unseren Kund*innen und Mitmenschen, besser als wenn wir nur auf die Ausarbeitung theoretischer Propaganda setzen würden. Jetzt lässt sich in unserem Laden einfacher vermitteln, warum der Konsum mancher Waren soziale Ungerechtigkeit befördert. Außerdem können die Kund*innen nun auch sozialrevolutionäre Bewegungen unterstützen, ohne selbst kämpfen zu müssen. Durch den Kauf von Produkten wie zum Beispiel Kaffee vom Kollektiv Café Libertad, fördern sie direkt das sozialistische Engagement der zapatistischen Befreiungsbewegung in Chiapas (Mexiko).

Viele Menschen kommen zu uns einkaufen und kommen dabei zum ersten Mal mit einer linksradikalen Gesinnung in Kontakt. In Form von Plakaten, Fotos und Büchern, und im Gespräch mit unseren Genoss*innen, welche einen langjährigen Aktivismus vorweisen können. Die eine oder andere spannende Geschichte können wir euch erzählen, fragt einfach unsere Genoss*innen, wenn ihr uns besuchen kommt.

Unser realpolitisches Engagement ist für uns, als Sozialrevolutionäre, kein unüberwindbarer Widerspruch, sondern eine Frage der taktischen Ausrichtung unserer Politik. Eine Politik auf unserem Weg hin zu einer sozialen Utopie, jenseits von Macht, Staat und Gewalt.

Für die Ausrichtung des politischen Gehalts des Infoladens ist die Organisation der organisierten Anarchist*innen (OA) zuständig. ●

Kontakt zur OASE:

☞ *blog: oa.blogsport.de*

Kontakt zur OASE Kollektiv eG:
OASE Kollektiv eG
Lange Straße 31
03238 Finsterwalde
Geöffnet: Mo. - Do. 19.00 - 02.00 Uhr, Fr. 19.00 – 03.00 Uhr und Sa. 17.00 – 12.00 Uhr

* Das im Text verwendete “innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur männlich oder weiblich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

REZENSION EINER DOKUMENTATION: 'DIE KRAFT DER SCHMETTERLINGE'

Alternatives Wirtschaften in Mittelamerika

In „Die Kraft der Schmetterlinge“ geht es um alternative Lebensentwürfe in Selbstbestimmung in Mittelamerika und Mexiko. Die aus Rostock kommende Autorin des Filmes, Heike Engel alias Momo, spricht selbst nicht davon, Regisseurin zu sein – vielmehr sei sie für „Idee, Kamera & Schnitt“ der zweiteiligen Dokumentation verantwortlich. Sie ist mit ihrer Kamera durch alle Länder Mittelamerikas, von Panama bis Guatemala, sowie durch Mexiko gereist, hat Basisinitiativen gesucht – und viel Spannendes gefunden. Ist auf Ideen gestoßen, die auch für die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus hier im Norden hilfreich sein können.

VON GASTON KIRSCHE ● „Die Kraft der Schmetterlinge“ ist eine bebilderte Rundreise, eröffnet den Zugang zu einer Vielzahl von Lösungen und Alternativen jenseits der Konkurrenz, der marktgläubigen Gewinnorientierung. Die Filmmacherin fragt nicht ab, lässt ihren GesprächspartnerInnen Raum, vor der Kamera ihre Vorstellungen, ihre Aktivitäten vorzustellen. Dazwischen Panoramabilder der subtropischen Landschaft, manchmal sind die Schwenks über die grünen Berge etwas verrissen, aber insgesamt ist die Kameraführung zurückgenommen, der Film konzentriert sich darauf, die Basisaktivitäten zu dokumentieren.

Die Landschaftsbilder passen gut. In Zentralamerika hat die Landfrage eine große Bedeutung. Einer kleinen Oligarchie gehört ein Großteil der fruchtbaren Flächen, viele KleinbäuerInnen haben keine Möglichkeit, ausreichend Land zu bewirtschaften. Überleben am Rande des Existenzminimums.

Alle, die in „Die Kraft der Schmetterlinge“ vor der Kamera agieren, haben eines gemeinsam: Sie sind nicht bereit, sich mit dem Elend abzufinden, sind initiativ geworden. Die Filmemacherin lässt sie ihre Sicht darlegen, ihre Kritik an der Vermarktung noch der letzten Naturressourcen durch transnationale Konzerne. So kommen Leute vom Land zu Wort, die in Länderreportagen im TV meist nur am Rand erwähnt werden.

Wie die drei Frauen von „Hijas de la luna“, Töchter des Mondes, die in Mexiko Kunst und Kleidung durch die Wiederverwendung, das Recycling von Materialien erschaffen. Und dabei auch ihre eigene Art, sich zu kleiden und sein zu wollen. Ihre praktizierte Konsumkritik geben sie in Workshops weiter. In Costa Rica gibt es das Projekt „Casa del Sol“, Haus der Sonne, welches die Nutzung von Sonnenenergie zum Kochen propagiert. Dabei geht es auch um eine Weiterqualifizierung der beteiligten Frauen.

Im Film wird auch das Zentrum CACITA in Oaxaca in Südmexiko vorgestellt. CACITA steht für Autonomes Zentrum für die interkulturelle Erschaffung angeeigneter Technologien. So werden im CACITA Fahrradmaschinen zum Selbstbau entwickelt, die als Waschmaschinen, Mühlen oder Elektrogeneratoren mit Fahrradantrieb genutzt werden können: Für mehr Autonomie beim Wirtschaften.

Zum „Turismo Comunitario“, einem gemeinschaftlichen Tourismus haben sich in einer peripheren Provinz in Panama BewohnerInnen zusammengetan, um dem auch hier wachsenden ressourcenverbrauchenden Megatourismus eine ökologische Alternative entgegen zu setzen.

Der Film zeigt uns auch eine ganz andere Freihandelszone, als die üblichen Ausbeutungszentren:

Masilí ist eine Textilfirma in der Nähe von Managua in Nicaragua. Der größte Teil der Produktion geht in den zollfreien Export und basiert auf den Mechanismen des Fairen Handels. Masili ist die erste Freihandelszone weltweit, die von ihren ArbeiterInnen kontrolliert wird. Hier sind sie Subjekt, nicht Objekt des Gewinnstrebens. Auch im Film „Die Kraft der Schmetterlinge“ sind sie kein Beiwerk neben Statements von PolitikerInnen und Honoratioren – sie sind die ProtagonistInnen. Der Film zeigt die sich selbstermächtigende Graswurzelbewegung von Ausgegrenzten.

▲ Interview im Rahmen der Dreharbeiten zum Film: Die Kraft der Schmetterlinge
Foto: Heike Engel

Dabei geht es nicht um Authentizität – auch gegenüber einer mit einem Camcorder Filmenden aus dem Norden, aus Deutschland wird Wert darauf gelegt, sich gut darzustellen. Um gefilmt zu werden wird das beste Kleid, Hemd angezogen. Aber zu Gute kommt ihr, dass sie selbst filmt, dabei auch den Ton aufnimmt. Hier ist kein Filmteam in die Dörfer eingefallen, hier wurde sichtbar Vertrauen aufgebaut. ●

Die Kraft der Schmetterlinge, D 2012, 170 Minuten. Spanisch mit deutschen Untertiteln. Der Film ist auf DVD erhältlich beim solidarischen Kaffeevertrieb:
☞ *https://www.aroma-zapatista.de/shop/lesen-horen-sehen.html. Infos zu den Projekten: www.alegre-rebeldia.de*

NETZWERK NEWS

Fördern - Vernetzen Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Die Situation der Roma in Serbien

Rassistische Diskriminierung ist Menschenrechtsverletzung und muss bei der Festlegung des Flüchtlingsstatus berücksichtigt werden. Seit dem 2009 die Visumpflicht für Serb_innen innerhalb der EU aufgehoben wurde, mehren sich die rassistischen Kampagnen gegen asylsuchende Roma seitens konservativer Politiker wieder. Diskreditiert als 'Wirtschaftsflüchtlinge' wird eine rigorose Abschreckungspolitik betrieben. Zuletzt im Oktober 2012, als Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich versuchte eben diese Visumfreiheit wieder aufzuheben, um einen 'massiven Zustrom' mazedonischer und serbischer Menschen zu stoppen. Gemeint sind Mitglieder der Roma-Minderheit, die nachweislich einer umfassenden Diskriminierung in allen Balkanstaaten ausgesetzt sind, wie es auch der dritte Bericht zu Visaliberalisierung der EU-Kommission bestätigt. So werden sie an der Ausübung grundlegender Rechte wie beispielsweise dem Zugang zu Bildung und Ausbildung, zur Gesundheitsvorsorge und zum Arbeitsmarkt gehindert. Ungeachtet dessen werden Asylanträge von Roma in rechtlich fragwürdigen Schnellverfahren binnen weniger Tage abgefertigt, Verfahrensstandards massiv unterlaufen und seitens der Ausländerbehörde großer Druck auf die Betroffenen ausgeübt. Der Berliner Senat weigerte sich im Winter 2012/13 sogar einen Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Minderheitenangehörige zu erlassen. Im Rahmen sogenannter 'Direktabschiebungen' wurden Familien, die bereits seit Jahren in Berlin gelebt hatten und Erwachsene mit schweren Krankheiten kurzerhand abgeschoben. Es ist zu erwarten, dass sich auch in diesem Herbst die Antragszahlen aus Serbien mehren werden, denn viele Roma sehen in der Emigration die einzige Chance, den Winter unbeschadet zu überstehen. Um ihnen diese Chance geben zu können, muss der populistischen Stimmungsmache der Politik ein Gegengewicht gesetzt und über die Situation der Roma in Serbien aufklärt werden.

Recherchereise nach Serbien und Informationsbroschüre

Im Juni diesen Jahres haben Mitglieder der Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg gemeinsam mit Asylrechtsanwält_innen, Ärzt_innen und Journalist_innen eine Recherchereise nach Serbien unternommen, um möglichst viele asylrelevante Informationen über die Lage der Roma in Serbien zu dokumentieren. Sie sprachen mit Menschenrechtsanwält_innen, Rückkehrer_innen und Abgeschobenen, Bewohner_innen von Roma-Siedlungen in Belgrad, Bujanovac und Vranje, Vertreter_innen der Republik Serbien und dem Kommissariat für Flüchtlingsfragen. So entstand ein umfangreiches Bild- und Tonmaterial, welches die Unzumutbarkeit der Situation der Roma in Serbien bestätigt. Untragbare Wohnverhältnisse, kein Zugang zu medizinischer Versorgung und sozialen Leistungen, Ausschluss von Schulbildung, Diskriminierung und rassistische Anfeindungen. Aus diesem Material entstand nun eine Broschüre, die sich sowohl an ein Fachpublikum, als auch an die interessierte Öffentlichkeit richtet. So sollen fundierte Informationen für Anwält_innen und Beratungsstellen zur Verfügung stehen und in der Bevölkerung ein Verständnis für die Fluchtgründe der Minderheitenangehörigen geschaffen werden. Zusätzlich dient die Broschüre auch der politischen Überzeugungsarbeit in den Landtagen, damit die existenzbedrohenden Auswirkungen der Diskriminierung der Roma in Serbien als asylrelevant durchgesetzt werden können. ●

Stella Napieralla

Weitere Informationen unter:
☞ *http://www.fluechtlingsrat-berlin.de*

KOLUMNE DER AG BERATUNG

Es läuft doch eigentlich ganz gut…

VON WILFRIED SCHWARZ ● Ja, auch Projektgruppen, Hausgemeinschaften, Kollektivbetriebe oder Kommunen können unvermittelt in eine Midlife-Crisis geraten. Und mehr noch, mit ihr sogar chronisch leben lernen. Besonders gerne in langlebigen und langjährigen Gemeinschaften schleicht sich gelegentlich der 'Wurm' ein. Es wabert dann nicht nur zeitweilig schlechte Stimmung durch das Projekt, sondern anhaltende Unzufriedenheit Einzelner und eine gewisse Resignation. Nicht selten hat sich u.a. stillschweigend eine eingeschliffene Rollen- und Arbeitsverteilung niedergelassen zwischen den 'Mutigen', den 'Eifrigen', den 'Stillen', den 'Nach-außen-orientierten', den 'Vorsichtigen', den 'politisch Anspruchsvollen', den 'Sorgfältigen', den 'Pragmatischen'. Und es gibt sogar einige Gruppenmitglieder, die schon längere Zeit kaum, ungern oder überhaupt nicht mehr miteinander sprechen wollen oder können. Als externe Begleiter_innen treffen wir bei einigen lange bestehenden Projekten auf einen Kosmos, in dem alle kollektiven Satelliten scheinbar beständig, beharrlich und berechenbar ihre Bahnen ziehen, das ganze System als sehr stabil und nicht wegzudenken erscheinen will. Die anfänglichen Ziele, einen funktionierenden Initiativ-Laden, Betrieb oder eine Wohngruppe zu etablieren scheinen erreicht und gleichzeitig scheint sich das nach vielen Jahren und unter großen Mühen Erreichte fast wie ein belastender Deckel auf die ganze Gruppe zu senken.

Was ist passiert? Nichts Außergewöhnliches, keine Katastrophen oder unüberwindbare Hindernisse, kein manifester offener Streit und noch nicht mal ökonomische Abgründe. 'Nur' das machbar Mögliche scheint schlicht erreicht zu sein. Es ist für viele beruhigend, dass nicht ständig neue Herausforderungen oder Veränderungen Nerven und Kräfte strapazieren. Andere sind froh ungeliebte Arbeiten, wie z.B. die Buchhaltung oder den Ämterkram nicht am Hacken zu haben, und einige entdecken wieder, dass es ein attraktives Leben auch außerhalb des Projektes gibt. Es wurde gemeinsam Großes erreicht, gleichzeitig pflastern viele Kompromisse diesen Weg, etliche Träumchen sind zerplatzt oder in weitere Entfernung gerückt und die individuellen Wünsche nur teilweise erfüllt.

Könnte das als Zustand der Ernüchterung bezeichnet werden? Das gemeinschaftliche Schiff fährt, doch in stabiler Seitenlage, mehr scheint nicht drin zu sein ...

Viele Beratungen haben gezeigt, dass dieser Punkt langlebige Projekte mehr oder weniger deutlich irgendwann heimsucht. Das ist normal. Doch bevor sich die Beteiligten den Zustand gegenseitig ankreiden, möglicherweise jemand stellvertretend zum Sündenbock küren oder sich ersatzweise Meinungsfronten verfestigen, sind Impulse für eine rechtzeitige persönliche und kollektive Bestandsaufnahme dringend nötig. Eine bewusste Auseinandersetzung über diese Entwicklung ist der erste wichtige Schritt und das Einräumen von Platz im Alltag für einen ehrlichen Austausch darüber untereinander. Wie meistens hilft vor allem die mutige und unbequeme Suche nach den aktuellen Unterschieden der Beteiligten weiter. Ein Gemeinschaftsprojekt ist kein automatischer Selbstläufer, sondern wird durch die Individuen und ihre Motive immer wieder angetrieben und belebt - oder auch nicht. Und diese sollten die Entscheidung über ihr Tun behalten und es wiederholt prüfen.

Die Konsequenzen aus dieser 'internen' Erforschung sind mitunter überraschend, öffnen neue Wege oder motivieren bzw. erfordern Veränderungen ...doch darüber ein anders Mal mehr ... ●

In unserer regelmäßigen Kolumne schildert AGBeratung die vielfältigen Ansätze ihrer Arbeit.
Mehr Infos und Kontakt:
www.agberatung-berlin.org
agb@beratung-berlin.org

SUB SENIOREN- UND BÜRGERZENTRUM WESSELBUREN EG

Leuchtturmprojekt für selbstbestimmtes Wohnen im Alter

Die Sozialgenossenschaft SuB Senioren- und Bürgerzentrum Wesselburen eG setzt neue Maßstäbe für das Wohnen älterer Menschen im kleinstädtischen und ländlichen Raum. Durch die Initiative der Stadt Wesselburen und engagierter Bürger entsteht in Wesselburen im Kreis Dithmarschen ein zukunftsweisendes Wohnprojekt. Die Wünsche der älteren Menschen nach einem selbstbestimmten Wohnen werden hier im besonderen Maße berücksichtigt, so dass es nicht nur für Schleswig-Holstein eine Vorbildfunktion übernimmt.

VON ROLF GENNRICH, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN ● Die SuB Senioren- und Bürgerzentrum Wesselburen eG errichtet ein flexibles Wohn- und Dienstleistungsangebot im Ortskern der Stadt Wesselburen im hohen Norden der Republik. Bereits vorhandene offene, ambulante und auch vollstationäre Angebote werden dadurch wirkungsvoll unterstützt. An der Umsetzung sind die Bürger seit Beginn aktiv beteiligt. Dies sichert die neu gegründete „Sozialgenossenschaft", die als Bauherrin und spätere Verpächterin des Wohn- und Bürgerzentrums die Bürgerbeteiligung umsetzt. Sie verfolgt vor allem drei Ziele:

- Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen,
- Verbesserung der sozialen und gesundheitliche Versorgung und
- selbstbestimmte Arbeit.

Neben sozialen und wirtschaftlichen Aspekten verwirklicht das Projekt auch einen städtebaulichen Anspruch: die seniorengerechte Gestaltung der Ortsmitte mit der Schaffung von barrierefreien Wohnangeboten. Dieses Angebot ist vor allem für ältere Menschen ein Garant, ihren gewohnten Lebensraum und ihre Nachbarschaften auch bei Pflegebedürftigkeit nicht verlassen zu müssen.

Professionelle Initiatoren

Ideengeber und Motor sind die Stadt Wesselburen und die NoRa Pflegewohnhaus KG. Ausgangspunkt und konkreter Anlass für das Planungsvorhaben war zudem die Aufnahme der Stadt in das Modellvorhaben „Land Zukunft". Dieses verfolgt das Ziel, periphere ländliche Regionen dabei zu unterstützen, die regionale Wertschöpfung zu fördern und Arbeitsplätze zu sichern. Für die Realisierung eines Wohn□ und Dienstleistungszentrums stehen in der Ortsmitte drei Grundstücke zur Verfügung. Diese erfüllen alle Anforderungen an ein soziales „Quartier". Sie liegen in direkter Blicknähe zur Kirche, unmittelbar am Marktplatz. Die im hinteren Teil der Grundstücke gelegenen Grünflächen, darunter ein Teil des Pfarrgartens, werden als „grüner" Rückzugsraum für die zukünftigen Mieter und Besucher des Zentrums genutzt.

Durch Neubau entstehen an diesem Standort

- ein Bürgertreff mit Nachbarschaftscafe,
- ein ambulanter Pflegedienst,
- eine Tagespflege mit 12 Plätzen,
- 14 barrierefreie Servicewohnungen und eine
- ambulant betreute Wohngemeinschaft für 12 pflegebedürftige Mieter.

Genossenschaftliches Kleinstpflegeheim in Erligheim

In der kleinen Kommune Erligheim wird ein Kleinstpflegeheim auf genossenschaftlicher Basis umgesetzt. 29 Pflegeplätzen sind vorgesehen. Außerdem werden neun betreute Wohnungen gebaut. Im Haus sollen zudem elf weitere Wohnungen errichtet werden, die sowohl den Mitarbeitern als auch auf dem freien Wohnungsmarkt angeboten werden. Beim Betrachten der Pläne fällt auf, dass ein zentraler Küchen- und Essbereich fehlt. Dies entspricht der Philosophie des zukünftigen Heimbetreibers. Dies ist der Alexander-Stift. Nach dessen Selbstverständnis wird in den einzelnen Pflegegruppen gekocht und gegessen, um den Bewohnern eine familiäre Atmosphäre zu bieten.

Nachbarschaftcafé und Bürgertreff

Die zu bauenden Räume werden zukünftig als Bürgerbüro mit kleinem Nachbarschaftstreff und für ein Büro des ambulanten Pflegedienstes der NoRa Pflegewohnhaus KG mit Beratungsstelle Pflege genutzt. Hier bietet der ambulante Pflegedienst niedrigschwellige Leistungen für Pflegebedürftige an, die noch allein zu Hause oder bei ihren Angehörigen leben. Dabei hilft im Erdgeschoss des Gebäudes eine Tagespflege für zwölf Besucher. Das Bürgerbüro lässt sich nach Bedarf zum Tagesraum der Tagespflege öffnen. Es kann somit außerhalb der Öffnungszeiten der Tagespflege - in den Abendstunden und an den Wochenenden - für Veranstaltungen und Schulungen von örtlichen Vereinen genutzt werden.

Der Haupteingang der Tagespflege liegt am Marktplatz und sichert einen eigenständigen, behindertengerechten Zugang für die Besucher. Tagesgäste haben einen Blick auf ihre Kirche und können das Treiben auf dem Marktplatz beobachten. Die Tagespflege, als teilstationäre Leistung der Pflegeversicherung, ist eine an Bedeutung gewinnende Ergänzung der pflegerischen Infrastruktur in Wesselburen, zumal es dort zur Zeit kein vergleichbares Angebot gibt. Erst mit der Schaffung dieses Angebots wird den Bürgern in Wesselburen das Abrufen dieser Leistung - 50 Prozent mehr Leistungen bei ambulanter Pflege ohne Mehrkosten - ermöglicht.

▲ Der neue Bau des Senioren- und Bürgerzentrums ist als Backsteinbau angepasst an die übrigen Gebäude am Marktplatz Foto: Architekt Schaarschmidt

Umzug ins Pflegeheim vermeiden

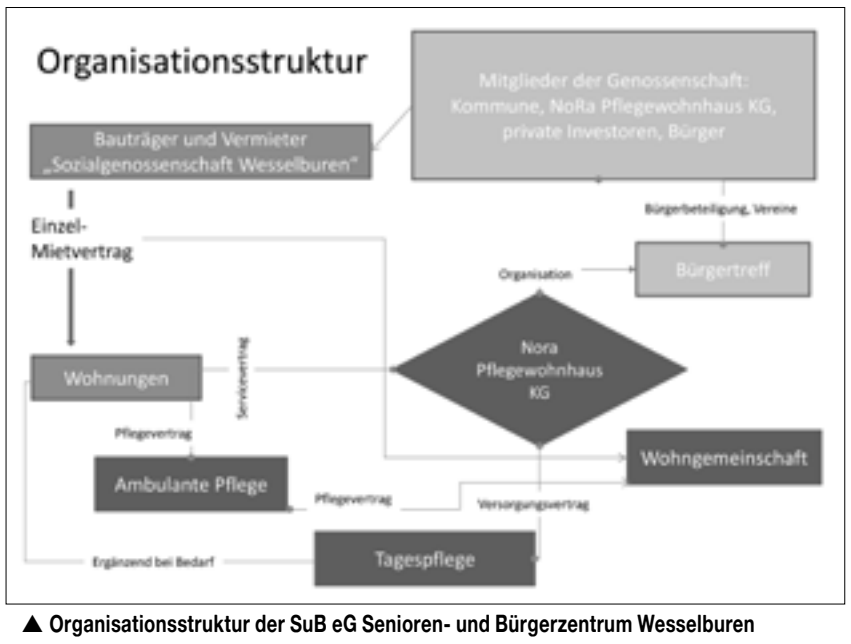
Die Besucher der Tagespflege können durch die Kombination mit ambulanten Pflegeleistungen und hauswirtschaftlichen Hilfen einen vorzeitigen Umzug in ein Pflegeheim vermeiden. Die Tagespflege ist insbesondere für Menschen mit beeinträchtigter Alltagskompetenz und deren Angehörige eine wertvolle Ergänzung und Entlastung. Zusätzlich zum Haupteingang wird die Tagespflege innerhalb des Gebäudeensembles räumlich an das Bürgerzentrum, das Büro für den ambulanten Dienst und auch an die Servicewohnungen angebunden. So können auch die Mieter der Wohnanlage im Bedarfsfall die Tagespflege besuchen, ohne das Haus verlassen zu müssen. Sie können so von diesen Angeboten unmittelbar und unkompliziert Gebrauch machen.

Im Erdgeschoß des Wohnhauses wird eine ambulant betreute Wohngemeinschaft für Pflegebedürftige geschaffen. Sie ist konzeptionell und pflegefachlich als familiäre Hausgemeinschaft organisiert. Im Gegensatz zu einem Heim sind die Bewohner Mieter der SuB-Sozialgenossenschaft. Die pflegerische und soziale Betreuung erfolgt ambulant. Hiermit wird dem Wunsch der älteren Menschen Rechnung getragen, ambulant organisierte Wohnformen verstärkt nutzen zu können. Angestrebt ist der Betrieb als Modelleinrichtung in Schleswig-Holstein im Rahmen des Paragraphen 11 des Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (SbStG). Die Wohngruppe erfüllt alle Anforderungen an das Raumprogramm eines „Kleinstpflegheimes".

Barrierefreie Servicewohnungen

Im 1. und 2. Obergeschoss des Wohnhauses stehen insgesamt 14 Zweiraumwohnungen zur Verfügung, die barrierefrei gestaltet sind und in Form eines Servicewohnens vermietet werden. Die Wohnungen weisen eine Fläche von jeweils etwa 50 bis 75 Quadratmetern auf und verfügen über einen eigenen Zugang an der Ostseite des Gebäudes. Die Mieter der Wohnungen können umfassende Serviceleistungen entweder direkt über das Zentrum oder auch von einem Anbieter ihrer Wahl in Anspruch nehmen. Die Wohnungen entsprechen den einschlägigen Anforderungen zum betreuten Wohnen.

Nicht nur bei der Konzeption, sondern auch bei der Finanzierung und dem Betrieb des Wohn- und Dienstleistungszentrums werden neue Wege beschritten. Über die Gründung einer „Sozialgenossenschaft" erhalten die Bürger in Wesselburen die Möglichkeit, sich an dem Projekt wirtschaftlich zu beteiligen. Damit verbunden ist ein aktives Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsrecht für „ihr" Senioren- und Bürgerzentrum. Neben der Schaffung sicherer Arbeitsplätze und einem zukunftsorientierten Wohn- und Dienstleistungsangebot vor Ort entsteht außerdem eine wirtschaftlich attraktive Anlagemöglichkeit über Genossenschaftsanteile für die Einwohner der Kommune.



▲ Organisationsstruktur der SuB eG Senioren- und Bürgerzentrum Wesselburen

Sozialgenossenschaft als Trägerin

Die Finanzierung und Realisierung des gesamten Projektes übernimmt die eigens hierfür gegründete SuB - Sozialgenossenschaft. Sie tritt nach Fertigstellung auch als Vermieter und Verwalter auf. Der Bürgertreff, die Flächen für den ambulante Dienst und die Tagespflege werden nach Fertigstellung langfristig von der NoRa Pflegewohnhaus KG angemietet. Sie tritt als Mieter und Anbieter der beschriebenen Dienstleistungen des Wohn- und Bürgerzentrums auf. Sie sorgt für die entsprechenden Versorgungsverträge mit den Leistungsträgern und organisiert die dort abrufbaren Angebote. Die Wohnungen im Servicewohnen, als auch die der ambulant organisierten Wohngemeinschaft, werden direkt von der SuB an die Nutzer vermietet.

Wirtschaftliche Grundlage sind die Einlagen der Stadt Wesselburen und der Genossenschaftsmitglieder sowie ein Zuschuss des Kreises. Die Genossenschaft ist Erwerberin der Grundstücke und Gebäude und Bauherr. Sie fungiert nach Fertigstellung als Vermieterin des Dienstleistungszentrums. Die Inbetriebnahme erfolgt voraussichtlich Anfang 2015. Ab diesem Zeitpunkt soll sich das Projekt durch die Einnahmen aus den Mieten und Pachten des Zentrums selbst tragen.

Kooperation mit Pflegedienstleister

Die dort angebotenen Dienstleistungen werden hierbei im Wesentlichen durch die NoRa Pflegewohnhaus KG und ihrem ambulanten Dienst erbracht. Hierzu schließt diese mit der SuB langfristige Mietverträge über die Flächen für

- den ambulanten Pflegedienst,
- die Tagespflege und
- das Nachbarschaftscafe.

Bei der Ermittlung der erforderlichen Miete wurden die in dieser Region vergleichbaren Mieten und Pachten und moderate Instandhaltungs- und Verwaltungskosten berücksichtigt. Unter Einbeziehung der bisher veranschlagten Baukosten und der vorliegenden Finanzierungsangebote soll sich eine Durchschnittsmiete von etwa zehn bis elf Euro pro Quadratmeter ergeben. Dies ist als Orientierungswert zu verstehen. Erst im Zuge des Baufortschritts können die Mieten für die verschiedenen Angebote und Wohnqualitäten genau ermittelt und festgelegt werden. Dies gilt besonders für die zwölf Wohneinheiten in der ambulant betreuten Wohngemeinschaft und die Tagespflege, die höhere Investitionskosten pro Quadratmeter verursachen als die Büroflächen für den ambulanten Pflegedienst oder das Nachbarschaftscafé.

Nachahmung erwünscht

Im Rahmen einer städtebaulich abgestimmten Maßnahme entsteht ein Wohn- und Dienstleistungszentrum in der Ortsmitte von Wesselburen mit zukunftsweisendem Charakter. Die Einbeziehung der zukünftigen Bewohner und deren Angehörigen wird vorbildlich angegangen. Nach Paragraph 2 Absatz 4 Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (SbStG) unterstützt das Land Schleswig-Holstein solche Ansätze bürgerschaftlichen Engagements durch Beratung und Förderung geeigneter Maßnahmen. Das Projekt erfüllt in mehrfacher Hinsicht Anforderungen auf Selbstbestimmung und Schutz von Menschen mit Pflegebedarf durch die Bildung einer „Sozialgenossenschaft" - getragen von den Nutzerinnen und Nutzern. ●

TAGUNG SENIOREN(STÜTZENDE)GENOSSENSCHAFTEN

Antworten auf den demografischen Wandel

Am 29 und 30. November 2013 findet in der an der Evangelischen Akademie Meißen eine Tagung zum Thema „Senioren(stützende) genossenschaften: eine Antwort auf den demografischen Wandel?" statt. Grundlegungen, Beispiele und Perspektiven werden durch Vorträge, Arbeitsgruppen und intensive Diskussionen thematisiert. Noch nie standen so viele eingetragene Genossenschaften zu diesem Thema für einen öffentlichen, gemeinsamen Austausch zur Verfügung.

Tagungsort ist die Evangelische Akademie Meißen, in 01662 Meißen. Der Tagungsbeitrag beträgt 80,00 € inklusive 20 € für Verpflegung. Für die eine Übernachtung am 29.11.2013 sind zusätzlich 57,00 € zu zahlen. Flyer und weitere Informationen sind abrufbar unter:

☞ *http://www.innova-eg.de/informationen/termine/*

Anmeldung: Fax: 0341 681 1786 oder E-Mail: winfried.haas@innova-eg.de.

GENTRIFIZIERUNG AUS BEFREIUNGSTHEOLOGISCHER PERSPEKTIVE

Münster, die lebenswerteste Stadt Deutschlands - aber nur für Profiteure!

Die äußeren Gegebenheiten geben immer auch Auskunft über die Machtverhältnisse: In einer Stadt wird das dadurch deutlich, dass nur wer Geld hat, auch das Monopol über die Errichtung von Monumentalbauten, Einkaufspalästen und Luxuswohnraum besitzt. Wie eine Stadt gestaltet wird, liegt an denen, die über die entsprechenden Mittel verfügen. Und dies wird auf dem Rücken derer ausgetragen, die ökonomisch und sozial an den Rand gedrängt werden, die nicht über entsprechende Bildungschancen verfügen, oder die durch ihren Aufenthaltsstatus ohnehin als störend abgetan werden.

VON BENEDIKT KERN, MÜNSTER ● Ohne entsprechende Mittel können jene, die in prekären Situationen leben, die eigene Lebenswelt nicht mitgestalten. StadtplanerInnen legen somit ihren Schwerpunkt darauf, die Stadt als Marke zu entwickeln, die nach ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und einhergehender Privatisierung ausgerichtet ist. Damit soll die Stadt „attraktiv, anziehend und zukunftsorientiert“ sein – sie besitzt eine hohe Funktionalität als Zelle des marktwirtschaftlichen Systems. Auch die Konkurrenz zwischen einzelnen Städten, durch die voran getriebene Umwerbung von Unternehmen für einen bestimmten Standort, wirkt wie ein Katalysator für diese Entwicklungen. Lebensraum, Bedürfnisse der StadtbewohnerInnen, Entfaltungsmöglichkeit und solidarisches Zusammenleben spielen eine dem untergeordnete Rolle. In Münster wirkt sich das besonders dadurch aus, dass es seit Jahren steigende Mieten gibt (besonders im Sektor des preiswerten Wohnraums), so dass der Durchschnittspreis bei 8,50 € pro Quadratmeter liegt. Hinzukommt, dass 17 000 Sozialwohnungen fehlen und bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft 6000 Menschen auf der Warteliste stehen. Nach einer Prognose des Landesamtes für Statistik wird für Münster bis 2030 mit einem Bevölkerungszuwachs von 296 000 auf 326 000 Einwohner gerechnet. Die Wohnungsneubauzahlen stehen dem gegenüber mit 900-1500 Wohnungen die jährlich dazukommen, – ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Skandalöse ist nicht nur der Mangel an Wohnraum, sondern vor allem die Tatsache, dass die meisten Neubauten nur Wohnungen im Hochpreis-Segment sind. Dazu zählen auch aufwändige Umbauten wie Luxus-Lofts und und das „Upgrade“ von Häusern und ganzen Vierteln, die vorher durch eine alternative Wohnkultur geprägt waren. Durch Renovierungen und öffentlich geförderte energetische Sanierungen entstehen drastische Mieterhöhungen und somit ein Zurückdrängen von MieterInnen mit geringen finanziellen Mitteln. Die Folge ist, dass die Stadtgesellschaft zunehmend aus Gutverdienenden besteht. Grund dafür ist vor allem, dass sich Staat und Kommunen in den letzten 30 Jahren weitgehend aus der Regulierung des Wohnungsmarktes zurückgezogen haben und sich an neoliberalen Privatisierungsinteressen orientieren. Durch den Verkauf kommunaler Immobilien wurde der Stadthaushalt saniert mit fatalen Konsequenzen: Die Stadt ist längst kein Garant mehr für die Organisation und Verteilung von Daseinsvorsorge, sondern sie ist vielmehr zu einem Unternehmen geworden. Die Renaissance der Innenstädte, durch das Abwandern von Industrie an die Stadtränder, leistet dem einen Vorschub. Durch steigende Transportkosten ziehen viele Menschen zurück vom Land in die Städte, was zu Bewegungen auf dem Immobilienmarkt geführt hat. Seit der Krise im Jahr 2008 ist Wohnraum zunehmend zu einem Rendite- und Spekulationsobjekt geworden. Es muss mit ihm Profit erzielt werden. Die logische Folge ist die Benachteiligung und Verdrängung von gesellschaftlichen Gruppen, die auf niedrige Wohnungspreise angewiesen sind. Segregation, der Verlust sozio-kultureller Anbindungen, Vereinzelung und Entsolidarisierung sind vorprogrammiert. Seitens der Kommunalpolitik wird jedoch nicht reagiert, es werden sogar Kürzungen in unrentablen Bereichen vorgenommen (Jugendarbeit, Integration) im Rahmen des wachsenden Verteilungs- und Ausschließungskampfes. Diese Politik findet allerdings ohne die BürgerInnen statt, da Beteiligungsverfahren meist den Entscheidungen nachgeordnet sind und deren Vorschläge nur sehr ausgesiebt in weitere Verhandlungen aufgenommen werden. Durch Mittelschichtsstandarts schließen diese Verfahren jedoch Benachteiligte aus. Interessen werden also nur für die vertreten, die mit dem entsprechenden vorgefassten Gewicht auftreten. Um dem entgegenzutreten haben sich in einigen deutschen Städten „Recht-auf-Stadt-Bündnisse“ gegründet, mit dem Ziel, das „Unternehmen Stadt“ zu kritisieren und sich nicht einer Vermarktungslogik zu unterwerfen. Es geht um die Frage: In was für einer Stadt wollen wir überhaupt leben? Wir vom Befreiungstheologischen Netzwerk sind seit Januar 2013 Partner des Münsteraner Bündnisses und haben das neben unserer Arbeit vor Ort zu diesem Themenbereich auf den Protestaktionen von Blockupy in Frankfurt in Solidarität mit anderen „Recht-auf-Stadt-Bewegungen“ unterstrichen. Es geht uns im Bündnis jedoch nicht nur um Mietpreisminderung, sondern um das Recht auf die kollektive (Wieder-) Aneignung des städtischen Raumes, damit er nicht mehr allein durch kapitalistische Durchdringung geprägt ist und demokratisch mitgestaltet werden kann im Sinne einer Teilhabe ohne die Exklusion gesellschaftlich Marginalisierter. Unsere Forderungen sind in erster Linie, mit der Eigentumslogik in der Wohnraumversorgung zu brechen und Formen von Vergesellschaftung zu unterstützen, wie sie an einigen Orten bereits existieren, um allen Menschen ungeachtet ihrer finanziellen Lage Wohnraum anzubieten. Denn: Niemand darf aus den Ressourcen der Stadt ausgeschlossen werden, jede und jeder hat ein Recht auf eine soziale Stadt – ganz unabhängig von Nationalität, Bildungsniveau, sozialem Status und Einkommen. Im Einzelnen bedeutet das, eine Forderung nach ausreichendem preiswerten und sozialem Wohnraum und die Deckelung der Mietpreise. Es soll der Verdrängung ärmerer Menschen und Wohnungsloser aus dem Stadtbild ein Ende gesetzt werden und Geflüchtete sollen nicht mehr an die Stadtränder in unmenschliche Sammelquartiere verbannt werden. Der Privatisierung von günstigem Wohnraum soll ein Riegel vorgeschoben werden und das Experiment vergenossenschaftlicher Wohnmöglichkeiten muss gewagt werden. So stellen wir uns in Münster, und an anderen Orten, Schritte vor zu einer solidarischen Stadt. Gerade unsere politische Praxis im Rahmen der Flüchtlings- und Bleiberechtsarbeit unserer Ortsgruppe des Befreiungstheologischen Netzwerks, bringt die damit verbunden Themen in die Arbeit des „Recht-auf-Stadt-Bündnisses“ ein. Im September 2013 gab es eine Aktionswoche in Münster, die die Forderungen des Bündnisses in den Mittelpunkt stellte: Es gab „öffentliches Wohnen“ in der Innenstadt als Protestform, neben Vorträgen, Diskussionen, Filmvorführungen, kritische Stadtrundgänge, sowie die Sichtbarmachung von Akteuren, die verantwortlich für die derzeitige Wohnungssituation sind. Eine Nachttanzdemo, bei der die verschiedenen Aspekte von Verdrängung, Mietpreissteigerung, neoliberaler Stadtvermarktung und Ausgrenzung von Geflüchteten zum Ausdruck gebracht wurden, bildete den Höhepunkt. Jetzt geht es darum, die gestartete Sensibilisierung der Bürger_innen aufrecht zu erhalten. Abschließend sei an dieser Stelle betont, dass es uns im Befreiungstheologischen Netzwerk ein. Anliegen ist, diese politische Praxis theologisch zu verorten: Mit Ignacio Ellacuría gesprochen, entspricht die Forderung nach dem Recht auf Stadt der Konzeption einer „Zivilisation der Armut“, in der die Kapitalanhäufung als Motor der Geschichte und das Besitzen und Genießen von Reichtum als sogenanntes Humanisierungsprinzip gilt, verworfen wird. Die allgemeine Befriedigung der Grundbedürfnisse, zu denen auch Wohnraum gehört, wird zum Entwicklungsprinzip der Solidarität. Denn die derzeitige „Zivilisation des Reichtums“, die sich auch am Stadtbild verdeutlicht, gewährleistet nicht das Überleben der Mehrheit und zivilisiert fast niemanden.Ein wichtiger Schritt ist deshalb eine Stadt für alle, in der ein Lebensraum für alle möglich ist. ●

Benedikt Kern engagiert sich im Befreiungstheologisches Netzwerk in Münster.

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Gelderpressung durch die Polizei?

Im Kölner Raum passiert es immer wieder: Die Polizei greift Menschen in der Landschaft oder anderswo ab und verlangt von ihnen Geld, sonst würden sie nicht mehr freigelassen. Es ist also eine Art erpresstes Geld, um sich freizukaufen. Diese Praxis ist im Kölner Raum nicht neu und wird leider auch von einigen "linken" Rechtshilfestrukturen unterstützt. Wie schon 2012 in einem ähnlichen Fall, setzte das Legal Team des Klimacamps auch dieses Jahr dem illegalen Treiben ein Ende: Unter Drohung weiterer Schritte ließ die Polizei alle ohne sogenannte Kaution frei. Inzwischen ist Strafanzeige wegen räuberischer Erpressung und Bildung krimineller Vereinigung gestellt worden, weil das rechtsgrundlagenlose Einfordern von "Lösegeld" für die Polizei im Raum Köln eher typisch ist. Die Polizei hat mit einer Gegenanzeige geantwortet und einen Beteiligten wegen Verleumdung angezeigt.

☞ *http://de.indymedia.org/2013/08/347919.shtml*

Hausdurchsuchungen nach Blockupy-Soli

Am 24.9.2013 kam es in Rostock und Greifswald zu Hausdurchsuchungen in der linken Szene. Mehrere Privatwohnungen und ein Geschäftsraum wurden von PolizistInnen durchkämmt, auch in Berlin gab es eine Durchsuchung. Offenbar geht es um Ermittlungen im Zusammenhang mit einer Spontandemonstration in der Rostocker Innenstadt, bei der im Juni Sachschaden an Schaufenstern und Banken entstand. Bei der Demonstration handelte es sich um eine Solidaritätsbekundung mit der am Wochenende davor von der Polizei brutal aufgelösten Blockupy-Demonstration in Frankfurt/Main. Die Ortsgruppen Greifswald und Rostock der Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe kritisierten die zum Teil massiven Rechtsverstöße bei den Durchsuchungen durch die Polizei. Der vollständige Text unter:

☞ *http://de.indymedia.org/2013/09/348861.shtml.*

Kreative Plakataktion gegen Repression

Nach verschiedenen Räumungen besetzter Häuser im grün-schwarz regierten Frankfurt, tauchten während des Bundestagswahlkampfes im Nordend, der Hochburg der Frankfurter Grünen, die grünentypisch duzenden Plakate, diesmal aber mit dem Slogan „WIR RÄUMEN BESETZE HÄUSER!“ auf. Rechts unten war der obligatorische Zusatz der aktuellen Grünen-Wahl-Kampagne „UND DU?“ zu lesen. Auf dem Plakatfoto stand einer der zivil gekleideten, mit Teleskopschlagstöcken bewaffneten Schläger der Frankfurter Polizei, die am 7. September ohne Vorwarnung die Besetzer_innen der Krifteler Straße 84/86 überfallen hatten. Der gesamte Bericht und ein Foto des Plakates sind unter *http://de.indymedia.org/2013/09/348615.shtml* zu finden.

EU will mehr Streß für reisende 'Gewalttäter'

Fußballfans und GipfeldemonstrantInnen bekommen es mit einer neuen EU-Institution zu tun: Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit soll durch einen „Europäischen Koordinator für Großereignisse“ verbessert werden. So jedenfalls steht es in der Beschreibung des EU-Forschungsprojekts THE HOUSE, das innerhalb des 7. EU-Forschungsrahmenprogramm eingerichtet wurde. Das Vorhaben endet im Februar 2014, dann sollen Ergebnisse präsentiert werden. Beteiligt sind die Innenministerien nahezu aller 27 EU-Mitgliedstaaten, Deutschland wird durch die Hochschule der Polizei in Münster repräsentiert. Die Aufsicht obliegt dem italienischen Ableger des UN-Instituts UNICRI, das die internationale Zusammenarbeit zu allerlei Erscheinungsformen von Kriminalität und Terrorismus fördern will. Der vollständige Text unter:

☞ *http://de.indymedia.org/2013/09/348823.shtml*

Zur Lage der Sicherungsverwahrten

Im langen Streit verschiedener Gerichte um die Frage, ob bzw. wie Menschen eingesperrt werden dürfen, die ihre Strafe abgesessen und damit freigelassen werden müssten, die der Staat aber nicht freilassen will, kann nun in ersten Fällen in der Praxis geschaut werden, wozu das geführt hat. Als eine Art 'Kompromiss' - für die Betroffenen sicherlich ein hämisches Wort - hatte das Bundesverfassungsgericht festgelegt, dass Sicherungsverwahrung im Prinzip weiter möglich bleiben soll, die Betroffenen aber besser gestellt werden müssen als andere Inhaftierte. In der Folge rückten Bagger, Kräne und BauarbeiterInnen an, um die Vorgabe umzusetzen. Eine erste Bilanz zieht nun der in einer solchen Einrichtung einsitzende Thomas Meyer-Falk unter http://de.indymedia.org/2013/09/348487.shtml. Unter anderem schreibt er zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, kurz BVerfG bezüglich der Sicherungsverwahrung (SV) : „Das BVerfG (http://bverfg.de/entscheidungen/rs20110504_2bvr236509.html) forderte mit Urteil vom 4. Mai 2011, unter Hinweis auf eine vorangegangene Entscheidung aus dem Jahr 2004, die Justizbehörden auf, den Vollzug der SV 'in deutlichem Abstand zum Strafvollzug' zu gestalten, d.h. die Verwahrten auch im Vollzugsalltag zu privilegieren. Dies deshalb, weil diese nicht (mehr) zur Strafe festgehalten würden, sondern ein 'Sonderopfer', so das Gericht, brächten, ihnen die Freiheit aus rein präventiven Gründen entzogen würde.“

„Wie steht es nun in der Praxis um dieses 'Besserstellungsgebot'? Bei nüchterner Betrachtung ähnelt der Vollzugsalltag dem im Strafvollzug auf verblüffende Weise. Die Verwahrten in der JVA Freiburg können bislang keine echte Besserstellung erkennen, sondern vielmehr eine Gleichstellung und in vielen Punkten sogar eine Schlechterstellung gegenüber dem Strafvollzug. Wobei das in Teilen auch ein spezifisch baden-württembergisches Problem sein mag, da sich hier die Grün/Rot geführte Landesregierung weigerte, für den Bereich der Sicherungsverwahrung ein eigenes Haftgebäude neu zu bauen. Das Ministerium widmete kurzerhand durch Federstrich eine Untersuchungshaftanstalt zur Sicherungsverwahrungsanstalt um.“

„Während beispielsweise in Niedersachsen vorbildlich die Hafträume der Verwahrten 20 Quadratmeter groß gebaut wurden, mit integrierter Dusche, Herd, Kühlschrank und Computer, nebst Telefon, sucht man all das in Freiburg vergeblich. Hier erschöpft sich im Wesentlichen die 'Besserstellung' in der Erlaubnis private Oberbekleidung zu tragen und die Zellen sind ein paar Stunden mehr auf als im angegliederten Strafhaftbereich. Und selbst Letzteres ist nicht immer gewährleistet. So werden die Verwahrten der 'Individualstation' nach Willen des juristischen Leiters, Oberregierungsrat R. abends früher weggeschlossen als alle anderen Verwahrten, also jene, die auf den drei Therapiestationen brav mitarbeiten, ja sogar früher als die Strafgefangenen im 'Wohngruppenvollzug' besagter Hauptanstalt, sobald ein Wärter 'ausfällt', z.B. weil er einen ins Krankenhaus verbrachten Verwahrten zu bewachen hat. Andernfalls, so ORR [Oberregierungsrat] R., könnten unkontrollierbare Zustände auf der Individualstation einkehren, bis hin zu Ausbruchsversuchen. Den Strafgefangenen im Haupthaus, so R. weiter, sei es nicht zumutbar, dass sie ihrerseits früher weggeschlossen würden, um hierdurch frei werdendes Personal in die SV-Abteilung umsetzen zu können. So entleert die Anstalt im Alltag das Besserstellungsgebot zur Lachnummer.“ (http://freedomforthomas.wordpress.com/2013/09/)

Aktuelle Buchempfehlung zu den Befugnissen der Polizei

Das in der Reihe 'Kompendium für Studium, Praxis und Fortbildung' erschienene Werk bietet eine äußerst komprimierte Darstellung der Eingriffsmöglichkeiten von Ordnungsbehörden nach dem allgemeinen Polizeirecht, in Hessen vor allem: HSOG-Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, bzw. zur Gefahrenabwehr. Es schildert, illustriert mit Beispielen, die praktischen Fälle des Handelns von Polizei und anderen Ordnungsbehörden. Die gesetzlichen Grundlagen sind dabei genannt, leider aber meist nicht zitiert. Für den Lesefluss wäre es mitunter besser, der Paragraph stände ausformuliert im Text.

Lothar Mühl/Rainer Leggereit/Winfried Hausmann: Polizei- und Ordnungsrecht Hessen; 4. Auflage 2013, Nomos in Baden-Baden, 237 S., 26 € ●

Jörg Bergstedt

NICHTKOMMERZIALITÄT – SELBSTORGANISATION – SELBSTAUSBEUTUNG?

Alles umsonst?

Nichtkommerzialität ist ein häufig formulierter Anspruch in selbstorganisierten Projekten, Gemeinschaften und Unternehmungen solidarischen Wirtschaftens. Aber was ist eigentlich damit gemeint, und welche Risiken und Nebenwirkungen sind möglicherweise damit verbunden?

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Der Begriff „kommerziell“ bedeutet laut Duden sowohl „den Handel betreffend“ bzw. „geschäftlich“, als auch „auf Gewinn bedacht“; unter „nichtkommerziell“ wird dementsprechend das Gegenteil verstanden: „keine geschäftlichen Interessen verfolgend“ und „nicht auf Gewinn bedacht“.

Manchen gilt Freie Software als Beispiel für Nichtkommerzialität. Linux und andere Open Source-Produkte entstehen aus der Zusammenarbeit von weltweit Tausenden ProgrammiererInnen (überwiegend Männer), die unentgeltlich dazu beitragen, ihre Arbeitsergebnisse fortlaufend zu verbessern. Freie Software, die aus Engagement entsteht, hat eine deutlich bessere Qualität als proprietäre Software, deren Quellcode geheim gehalten wird und die das Ergebnis von Lohnarbeit ist. So funktioniert das Internet wesentlich auf Basis von Linux und Open Source. Es sollte jedoch nicht in Vergessenheit geraten, dass das Internet ursprünglich keineswegs eine Erfindung zur Verbesserung von Demokratie und Kommunikation von unten war, sondern eine militärische Entwicklung.

Mit Open Source die Welt verändern?

Der größte Teil der ProgrammiererInnen beteiligt sich aus beruflichen Interessen. Es sind entweder Beschäftigte von Software-Unternehmen oder Selbstständige. Das kollektiv Entwickelte ist also keineswegs dem Markt entzogen, sondern bietet im Gegenteil den Beteiligten eine Grundlage ihrer Tätigkeiten am Markt. Nur wenige Software-EntwicklerInnen sind motiviert durch den Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung und Überwindung des Kapitalismus.

Ähnlich verhält es sich mit den Creative Commons-Lizenzen. Im Unterschied zu herkömmlichen Urheberrechten ermöglichen Creative Commons, dass UrheberInnen selbst bestimmen, was die NutzerInnen ihrer Werke mit diesen tun dürfen: weitergeben, verändern, verkaufen etc. Am häufigsten ist wohl die Erlaubnis zur nichtkommerziellen Nutzung unter Nennung des Namens der UrheberInnen. Allerdings wird auch von InsiderInnen der Creative Commons Stiftung eingeräumt, dass die Grenzziehung zwischen kommerziell und nichtkommerziell schwierig ist, und eher politisch als juristisch vorgenommen werden kann.

Die Intention der Creative Commons ist auch eine kommerzielle: „Wir haben die Lizenzbedingung „Nicht-Kommerziell“ gerade als Hilfsmittel konzipiert, um sie dabei zu unterstützen, mit Ihrem Inhalt Geld zu verdienen. Gleichzeitig bieten CC-Lizenzen den Urhebern die Möglichkeit, die Verbreitung ihrer Inhalte zu maximieren, während sie über die kommerziellen Aspekte ihrer Schutzrechte die volle Kontrolle behalten.“ (aus den FAQs der Creative Commons)

Im internationalen Netzwerk Open Source Ecology wird Regeneratives Design entwickelt. Dabei geht es sowohl um Ressourcenschonung als auch um menschliche und organisatorische Werte, denn „Offenheit treibt exponentiell die persönliche und gesellschaftliche Entwicklung an.“ Aber welche Entwicklung ist gemeint? Im Open Source Ecology-Projekt OWi heißt es: „Um in Stoffkreisläufen zu arbeiten, brauchen unsere Unternehmen braucht unsere Wirtschaft neue Kommunikations- und Kooperationstechniken.“ (Hervorhebungen durch die Autorin). In den FAQs wird dann erläutert, dass es kein Widerspruch ist, Open Source zu nutzen und damit als Unternehmen Geld zu verdienen, ja dass im Gegenteil gerade Open Source einem Unternehmen eine größere Stabilität verleihen kann und das Risiko von Insolvenzen mindert.

Alles offen und ohne Geld?

Geschäfte zu machen, ohne dass dabei Geld fließt, ist schon lange ein selbstverständlicher Bestandteil konventionellen, kapitalistischen Wirtschaftens. Beim Bartering werden alle Geschäftsvorgänge in einer Rechenzentrale gespeichert, und – ähnlich wie bei einem Tauschring – im Kreis der beteiligten Unternehmen verrechnet. Dies ermöglicht schnellere Geschäftsabschlüsse, kann vor Wechselkursschwankungen schützen und hilft Zahlungsschwierigkeiten zu vermeiden. Bei solchem Äquivalenttausch wird Gleichwertiges ausgetauscht und genau gegeneinander gemessen oder abgewogen. Demgegenüber stehen offene Quellcodes, technische Zeichnungen oder kreative Werke jenseits des Äquivalenzprinzips zur Verfügung – allerdings durchaus mit der Erwartung verbunden, dass die Nutzenden gleichzeitig auch unentgeltlich etwas beitragen.

In einer Diskussion beim Umsonstladentreffen Anfang Oktober 2013 in Dresden wurde ausdrücklich betont, dass es nicht darum ginge, etwas für andere zu tun, und dass sich die Umsonstläden darin bewusst von karitativen Einrichtungen unterscheiden. Einfach Sachen abgeben oder mitnehmen ist meist nicht erwünscht. Wer etwas abgibt – nicht zu viel, besser ein paar ausgewählte Teile – sollte Zeit mitbringen und die Sachen selbst einsortieren. Die Abholenden sollen nicht in erster Linie Bedürftige sein, sondern Beitragende. Was in Umsonstläden leicht zu Missverständnissen führt, folgt in der Wissensproduktion einer anderen Dynamik. Wer Freie Software oder Konstruktionen nutzt, passt sie aus Eigeninteresse den eigenen Bedürfnissen an und entwickelt sie in der Zusammenarbeit mit anderen als gemeinsames Werk weiter, so dass alle mehr davon haben. Wer kreative Werke verbreitet, verbindet den eigenen Namen damit und nützt gleichzeitig auch den Geschäften der UrheberInnen und hilft ihnen, Geld für Vermarktung zu sparen.

Auch die Computermesse Cebit stand 2013 unter dem Motto „Teilen statt Haben“. Das Teilen geht jedoch weit über den Bereich der immateriellen Produktion hinaus. Carsharing ist vielleicht das älteste Geschäftsmodell. Allerdings werden hier die Autos nach klassischem Äquivalenzprinzip gegen einen festen Preis verliehen. Im Leihladen Leila in Berlin – dem es gelang, recht schnell große mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen – können Mitglieder unentgeltlich Dinge ausleihen – allerdings nur so viele, wie sie selbst dem Leila zur Verfügung stellen (siehe dazu Johannes Dietrich, Maike Majewski, Nikolai Wolfert: Erster Leihladen in Berlin eröffnet – Gemeinsam geht mehr!, in: CONTRASTE Nr. 338, November 2011). Das Handelsblatt machte schon Ende 2012 Shareconomy als neues Geschäftsmodell aus. Es warnte jedoch auch davor, dass es nach einem Wachstumsschub und mehr Wohlstand durch Teilen zu einer Machtkonzentration und Abhängigkeit von wenigen Anbietern kommen könnte, die kleinteiliges Eigentum verdrängen.

Mit „Teilen“ kann also ganz Unterschiedliches gemeint sein. Während in Freundeskreisen das Teilen ohne berechenbare Gegenleistung als soziale Praxis weit verbreitet ist, lebt Open Source von der Zusammenarbeit mit wirtschaftlicher Zielrichtung. Gemeinsame Ressourcennutzung kann als Commons (gemeinsames Gut) gestaltet sein, zum Beispiel in Kommuneprojekten mit gemeinsamer Ökonomie, oder in genossenschaftlichen Unternehmungen, die gemeinsam Häuser oder betriebliche Infrastrukturen bewirtschaften, oder in Urbanen Gärten. Das Verleihen von Fahrrädern, Autos, Maschinen etc. kann eine konventionelle, gewinnorientierte Geschäftstätigkeit sein. Wie neu ist der medial gehypte Trend „Teilen ist das neue Haben“? Werden nicht schon immer zum Beispiel Maschinen geleast? Und wie ist in diesem Zusammenhang das Vermieten von Wohnungen zu verstehen? Was ist dieses Neue, und wo wird überhaupt wirklich geteilt?

Eine Kultur der Großzügigkeit, in der alle beitragen was sie können und bekommen was sie brauchen, entspricht urchristlichen und urkommunistischen Ideen einer besseren Welt. Es gibt etliche Ansätze, zum Beispiel hatten wir zu diesem Thema in CONTRASTE ab März 2013 (siehe die Ausgaben 342, 344/345, 346/347 und 348) eine Diskussion zwischen Christian Siefkes und Michael Albert veröffentlicht: Parecon vs. Peercommony. Das Teilen wird aber auch von ganz anderer Seite propagiert, zum Beispiel von Share International (auch Partage International oder Tara-Center). Dahinter verbirgt sich die Maitreya-Sekte des Benjamin Creme, die „Transmissionsmeditationen“ anbietet und Veranstaltungen über UFOs und andere esoterische Themen durchführt. Ganz gezielt versucht sie sich in Commons-Zusammenhänge einzubringen.

Wie wirkt Teilen auf Ressourcenverbrauch und Arbeit?

Die Bandbreite alternativer, sozial- oder solidarökonomischer Ansätze reicht von Kollektivbetrieben, die am Markt agieren, über Versuche, jenseits des Marktes in genossenschaftlichen Strukturen für die Mitglieder zu produzieren oder ohne Geld miteinander zu tauschen, bis hin zu Schenk- oder Umsonstläden. Ihr Kennzeichen ist, dass sie der Erfüllung von Bedürfnissen dienen und nicht vorrangig von Gewinnerzielungsabsichten angetrieben sind.

Jede Wirtschaft, unabhängig davon, was sie motiviert, stellt letztlich eine Umwandlung natürlicher Ressourcen durch menschliche Arbeit dar, bis – oft in vielen Zwischenschritten – die Produkte oder Leistungen entstehen, die von Menschen genutzt werden. Eine auf patriarchaler Macht und Gewalt basierende Ökonomie eignet sich die Ressourcen dieser Erde an, vor allem im globalen Süden, sowohl die Natur als auch die menschliche Arbeitskraft, insbesondere die unbezahlte Arbeit der Frauen. Was bleibt da noch zum Teilen? Und wie wirkt eine Ökonomie des Teilens auf den Ressourcenverbrauch und auf die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird?

Die Produkte, die in Umsonst- oder Leihläden zur Verfügung stehen, kommen in der Regel aus konventioneller Produktion, sind also größtenteils unter umwelt- und menschenschädigenden Bedingungen hergestellt worden. Durch ihre Wieder- und Weiternutzung, durch Re- und Up-Cycling, mag der ein oder andere Neukauf vermieden werden, aber an der Produktion selbst ändert sich dadurch nichts. Das Teilen bleibt auf die Ebene der Konsumption, des Ge- oder Verbrauchs beschränkt.

Und wie verhält es sich mit der Arbeit? Allein von unbezahlter Arbeit kann keine und keiner leben, und so geht die kollektive nichtkommerzielle Selbstorganisation oft genug einher mit der Individualisierung der persönlichen Existenzsicherung. Wer einen bezahlten Job hat oder Lohnersatzleistungen bezieht, kann nebenher ganz nichtkommerziell arbeiten. Wer prekär selbstständig über die Runden kommen muss, versucht sich vielleicht mit viel Netzwerken und Beitragen in nichtkommerziellen Zusammenhängen auch bezahlte Aufträge zu ergattern. Der Karlshof mit seiner nichtkommerziellen Kartoffelproduktion, deren Basis neben der solidarischen Finanzierung der Sachkosten ganz wesentlich auch die unbezahlte Arbeit der BäuerInnen und ihrer HelferInnen war, ist gescheitert (siehe dazu CONTRASTE 343, April 2013). In den Förderbedingungen des politischen Förderfonds Netzwerk Selbsthilfe, der eine monatliche Rubrik in unserer Zeitung hat, steht: „Keine Honorare für Einzelpersonen.“ Druckkosten für Flyer oder Plakate werden finanziert, obwohl darin auch Kosten für die Arbeit der DruckerInnen steckt, aber die Arbeit in Soligruppen oder politischen Projekten soll unbezahlt geleistet werden. In einem nichtkommerziellen Kneipenprojekt auf Basis unbezahlter Arbeit gab es einmal die Kritik, durch das unbezahlte Putzen würden bezahlte Arbeitsplätze vernichtet.

Ist bezahlte Arbeit gleichzusetzen mit Kommerzialisierung? Und wie verträgt sich das mit linken Forderungen nach einem Mindestlohn? Oder ist das Ehrenamt, wie es zum Beispiel das Flaggschiff neoliberaler Ideologieproduktion, die Bertelsmann-Stiftung, immer wieder hochlobt, längst auch in alternativen Zusammenhängen als Leitbild angekommen, als würde Arbeit durch Nichtbezahlung erst geadelt?

Die Ideen von offenem und freiem Zugang zu Ressourcen, vom Teilen und von Commons sind wunderschön großzügig und sozial. Aber ist der Begriff „nichtkommerziell“ geeignet, ein alternatives Verständnis von Wirtschaft zu entwickeln? Und stellt nichtkommerzielles Wirtschaften überhaupt einen Angriff auf die herrschende kapitalistische Ökonomie dar oder ist es möglicherweise deren Basis? ●

ANZEIGEN

Anmerkungen der Autorin zu diesem Beitrag

Mir geht es nicht darum, zu bewerten oder zu be-/verurteilen, sondern ich möchte Widersprüche und Ambivalenzen aufzeigen und Fragen formulieren. In meiner persönlichen Utopie gibt es kein Geld und keinen Äquivalenttausch, dies sind aber nur Elemente meiner Idee von einer anderen Welt. Allein die Abwesenheit von Geld oder Verrechnung beweist für mich noch lange nicht, dass diese Utopie schon anklopft.

Aus meiner Sicht ist jeder Versuch anderen Wirtschaftens legitim und gleichwertig, unabhängig davon, wie nah oder fern vom Markt er stattfindet, sofern dabei die Rechte der Beteiligten und der Umgebung respektiert werden und gewahrt bleiben. Insofern ist „Nichtkommerzialität“ für mich nicht automatisch etwas Positives oder Höherwertiges. Alternativen bewegen sich nicht im luftleeren Raum, sie machen Kompromisse, tanzen mit dem Monster Marktwirtschaft und enthalten gleichzeitig Elemente einer anderen, besseren Welt, in vielen verschiedenen Bereichen. So entwickeln die einen ökologische Techniken, andere finden neue Finanzierungsmodelle, die nächsten machen soziale Erfindungen und wieder andere wirken vorbildlich in die Gesellschaft hinein. Diese und viele andere Keimformen möchte ich gleich wertschätzen, ohne über offene Fragen, Kompromisse, Vereinnahmungen oder neoliberale Einfallstore zu schweigen.

Diesen Beitrag verstehe ich als Baustelle, als Versuch ein paar unfertige Gedanken, Fundstücke und Fragen mit anderen zu teilen.

Oekonux-Projekt zum Thema: „Freie Software und deren (potentielle) gesellschaftliche Auswirkungen“:
☞ *http://www.oekonux.de/*

„Creative Commons (CC) ist eine Non-Profit-Organisation, die in Form vorgefertigter Lizenzverträge eine Hilfestellung für die Veröffentlichung und Verbreitung digitaler Medieninhalte anbietet.“:
☞ *http://de.creativecommons.org*

FAQ zitiert nach:
☞ *http://www.creativecommons.ch/faq/*

Open Source Ecology:
☞ *http://opensourceecology.de/*

und Owi-Projekt:
☞ *http://www.ooewi.de/*

Johannes Dietrich, Maike Majewski, Nikolai Wolfert: Erster Leihladen in Berlin eröffnet

Protest im München der langen 1970er Jahre

München war zu Zeiten der APO und bis hinein in die 1980er Jahre ein wichtiger und bunter Ort, wenn nicht eine Hochburg dissidenten Denkens und Handelns. Über 800 Leihgaben hat das Stadtmuseum München für die Anfang September beendete Ausstellung „Manifestationen neuer sozialer Bewegungen im München der 1970er Jahre“ erhalten. Der Ausstellung hat, soweit dies anhand des Kataloges beurteilbar ist, die Kooperation mit dem Archiv der Münchner Arbeiterbewegung gut getan, da dadurch eine große Anzahl an authentischen Exponaten ermöglicht wurde.

Die Ausstellung inszeniert und dokumentiert „politische und soziale Modelle herrschaftsfreier urbaner Räume“, und dies im Zeitraum vom Beginn der sozialliberalen Koalition auf Bundesebene 1969 bis zur Abwahl derselben 1983. Der Katalog handelt, reichlich illustriert, die erwartbare Palette an Themen ab: APO, Punk, Kunst, Betriebsarbeit (Arbeitersache München!), Verlage (Trikont), Zeitschriften (u.a. das von 1973 bis 1984 erscheinende blatt) und Buchhandlungen u.a. zur legendären basis-Buchhandlung, die nach vierzig Jahren am 31. Dezember2012 den Geschäftsbetrieb eingestellt hat! Weitere Artikel widmen sich der Schwulenbewegung, der Frauenbewegung und Feminismus, Gegenkultur und alternativer Ökonomie, Verkehr, Mieten, Stadtentwicklung und Hausbesetzungen.

Der Katalog fokussiert stark auf die Artefakte und Prozesse der Alternativ- und Protestbewegungen, Aus- oder Wechselwirkungen auf die oder mit der Gesellschaft werden nicht thematisiert. Er dokumentiert eine lokale Parallel- und Gegengeschichte, die auch für LeserInnen außerhalb Münchens interessant ist. Durch die Beteiligung von bis heute aktiven ZeitzeugInnen, etwa Ingrid Scherf von der basis-Buchhandlung einer langjähriger Aktivistin der Münchner radikalen Linke, mag ein etwas unkritischer Zug in das Projekt hinein gekommen sein – etwa wenn im Rahmen der Ausstellung postuliert wird, die Räume der Gegenkultur seien „herrschaftsfrei“ gewesen, was sie natürlich nicht waren, aber das ist im Vergleich verschmerzbar.

Last but not least: Katalog (und Ausstellung) zeigen die immense Bedeutung einer nichtstaatlichen Überlieferungssicherung, in diesem konkreten Fall durch das erwähnte Archiv der Münchner Arbeiterbewegung und das Archiv 451 zum trikont-Verlag, das von der leider Mitte 2010 im Alter von 59 Jahren verstorbenen Christine Dombrowsky getragen wurde und jetzt im Archiv der Münchner Arbeiterbewegung untergekommen ist. Beide basieren auf engagierter und in der Regel unbezahlter Arbeit….

Bernd Hüttner

Manfred Wegner, Ingrid Scherf (Hrsg.): Wem gehört die Stadt? Manifestationen neuer sozialer Bewegungen im München der 1970er Jahre; Ulenspiegel Druck GmbH, Andechs 2013. ISBN 978-3-928359-04-7; 143 S., zahlr. Farbabb.; Preis: 15 EUR (bei Kauf im Münchner Stadtmuseum)

Selbstorganisierte Alternative zur Psychiatrie

Dies ist ein schönes und wichtiges Buch. Zwanzig Menschen mit Psychose-Erfahrungen erzählen darin von ihren Erfahrungen, versuchen sie zu verstehen und sie in größere Zusammenhänge einzuordnen. Die meisten der Autor_innen sind in Selbsthilfegruppen und Patientenorganisationen aktiv, viele sind künstlerisch, insbesondere schreibend tätig.

Die Beiträge lesen sich gut, sind abwechslungsreich, spannend und (hoffentlich) auch für Nicht-Betroffene nachvollziehbar. Immer wieder taucht die Erfahrung „Psychiatrie“ auf, in aller Regel als traumatisierende Geschichte von Unterdrückung, Stillstellung durch Medikamente und Gesprächslosigkeit. Hier liegt eine der Stärken des Buches: die schonungslose Kritik psychiatrischer Menschenrechtsverletzungen. Mich hat erschüttert, wie wenig die institutionelle Psychiatrie von der kritischen Bewegung nach 1968, der Anti-Psychiatrie, der Sozialpsychiatrie u.v.m. nachhaltig gelernt hat. Ausnahmen bestätigen die Regel. Auch von solchen wird gesprochen.

Eine zweite Stärke sehe ich darin, dass die Autor_innen uns die Inhalte ihrer psychotischen Phasen nahezubringen versuchen. Hier wird aus der Perspektive des Wahns erzählt und ein Verständnis entwickelt, was der je individuelle und auch der allgemein gültige Sinn dieser Phasen gewesen sein mag. Dies ist in jedem Fall hochinteressant. Die Interpretationsversuche fallen für meinen Geschmack häufig zu religiös bzw. esoterisch aus. Viele Leser_innen werden außerdem die gesellschaftlich-politischen Bezüge des psychischen Leidens und damit auch der Psychosen im Großteil der Beiträge vermissen. Hier zeigt sich, dass die Politisierung der Autor_innen sich zumeist in der Psychiatriekritik und in der Selbstorganisation der Betroffenen erschöpft – was ja nicht wenig ist.

A propos Selbstorganisation: Als drittes Zentrum des Buches sehe ich die Schilderungen darüber, wie die Betroffenen den Kampf mit ihrer „Krankheit“ (und das sind Psychosen bei allem Sinn sicherlich trotzdem) in die eigenen Hände genommen haben, Medikamente absetzten, sich den eigenen, enorm starken Ängsten stellten, die Hilfe anderer Betroffener und ausgewählter Professioneller in Anspruch nahmen und so nach und nach ihr Leben in den Griff bekamen, allein und in zahlreichen Selbsthilfe-Initiativen. Das macht Mut.

Martin Esch

Hartwig Hansen (Hg.), Der Sinn meiner Psychose – Zwanzig Frauen und Männer berichten, Paranus Verlag, Neumünster, 194 S., 19,95 EUR, ISBN 978-3-940636-24-9

Linksradikal-feministisches Magazin zum Thema „ARBEIT“

Outside the box (otb) ist ein linksradikales, feministisches Magazin aus Leipzig, das seit 2009 erscheint. Die neue Ausgabe – mit dem Thema ARBEIT – umfasst auf 160 DIN A 4 Seiten insgesamt nahezu 400.000 Zeichen und damit fast so viel wie ein Buch. Otb#4 ist sehr gut layoutet und enthält bezaubernde Artikel, persönliche Interviews, gute Rezensionen zu wichtigen Büchern sowie Kunst- und Fotostrecken in schwarz-weiß.

Metathemen könnten das Bonmot „Ein Hamsterrad sieht von innen aus wie eine Karriereleiter“ und die Problematiken der allgegenwärtigen Zeitnot und das Überforderungsgefühl sein, die zumindest in allen persönlichen Beiträgen und den meisten Interviews erkennbar sind. Die Autorinnen fragen sich unter anderem „Was heißt heute Erfolg?“, sie fragen sich weiter, warum niemand jenseits der 30 heute noch Zeit und vor allem Muße hat, sich zu verabreden…. und illustrieren damit einige Aspekte des Leidens der um die 30 jährigen an den Verhältnissen.

Die persönlichen Texte umfassen solche, in denen die Autorinnen über ihren Umgang mit Arbeit und den Zumutungen des entgrenzten, prekarisierten postmodernen Lebens reflektieren; dann Interviews von Redakteurinnen mit ihren Müttern, oder eines mit einem Psychoanalytiker über Depression und Gesellschaft, oder eines mit Jutta Schwerin über ihr Leben als Lesbe und in den 1980ern als grüne Bundestagsabgeordnete aus der baden-württembergischen Provinz. Drei Handwerkerinnen berichten über ihre Position im „männlich“ codierten kulturellen System „Handwerk“.

Die Beiträge illustrieren anschaulich, dass Lohnarbeit und die damit nahezu unweigerlich einhergehende Doppelbelastung für Frauen nicht die Alternative ist und sein kann. Sie zeigen zwei Dinge: Erstens dass die Reproduktionsarbeit (Erziehung, Hausarbeit, Pflege) weiterhin geschlechtlich ungleich verteilt ist und zweitens die Widersprüche durch die einzelnen Menschen hindurch verlaufen, und auch, dass das Scheitern an patriarchalen Selbstoptimierungsstrategien und am neoliberalen Subjektivierungszwang („sei du selbst!“) weit verbreitet ist, und das in allen Einkommensgruppen.

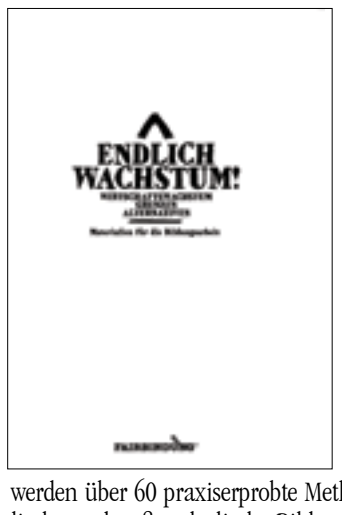
Outside the box weist auch ausführlich auf weitere Publikationen hin, auf teilweise eher unbekannte aber trotzdem wichtige Bücher, etwa von Jutta Schwerin (Ricardas Tochter. Leben zwischen Deutschland und Israel), das neue Buch mit Reportagen von Gabriele Goettle, dann die bekannteren von Laurie Penny (Fleischmarkt) und Silvia Federici.

Keine Sorge, es gibt – für die, die es mögen oder gar brauchen, auch Theorietexte, mit Marx und so. Das Heft wirkt auf den ersten Blick kompakt und eher unzugänglich. Wer sich hineinliest, wird aber mehr als reichlich belohnt und bekommt Lust auf mehr. Sicher bleiben auch viele Fragen offen, aber so wie dieses Heft die Themen aufbereitet, macht es damit Lust auf politische Debatten und persönliches Engagement. Also: Kaufen, lesen, weiterempfehlen!!

Bernd Hüttner

Outside the box #4, 6,50 EUR, 160 Seiten, http://outside.blogsport.de/

Bildungsreader zu Wachstumskritik



In Kooperation mit BUNDjugend und dem Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. hat Fairbindung eine leicht verständliche und vielseitige Materialsammlung für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammengestellt. Auf 144 Seiten werden über 60 praxiserprobte Methoden für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit präsentiert, die zur kritischen Bearbeitung des Themenkomplexes Wirtschaftswachstum einladen. Das Alter der Zielgruppe dieser Publikation wird vom Herausgeber mit 15 bis 25 Jahren angegeben.

Der Materialsammlung ist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema und der sich um das Wirtschaftswachstum rankenden Debatte vorangestellt. Grundsätzlich wird dabei die Vorstellung der unbegrenzten Zunahme von Arbeit und Konsum kritisiert und angezweifelt. Begrenzte materielle Ressourcen werden als Begründung der Kritik angeführt. Zudem wird die Frage diskutiert, ob Wirtschaftswachstum überhaupt zu wünschen sei, da Wohlstand und Zufriedenheit nicht zwangsläufig mit wachsender Wirtschaftsleistung zunähmen, ganz zu schweigen von globaler Gerechtigkeit.

Die daran anschließende Sammlung von Lehr-/Lernmaterialien ist in fünf Kapitel eingeteilt: Ökonomische Grundlagen, ökologische Grenzen des Wachstums, soziale Dimensionen des Wirtschaftswachstums im globalen Norden, globale Gerechtigkeit sowie Alternativen und Perspektiven jenseits des Wachstums. Die Unterteilung erleichtert das Auffinden eines gewünschten Themas und trägt zur Anwendungsfreundlichkeit der recht umfangreichen Sammlung bei.

Die Sammlung umfasst Einzelübungen, die nach zeitlicher, inhaltlicher und methodischer Vorliebe und Möglichkeit zu Übungsreihen verknüpft werden können. Sie überzeugt dabei durch die verständliche Erläuterung jeder einzelnen Methode und die methodische Vielseitigkeit: Gruppenspiele wechseln mit Argumentationsübungen, theaterpädagogische Methoden mit der Anwendung neuer Medien. Weitere Methoden sind beispielsweise Bestimmung des ökologischen Fußabdrucks, Rollenspiele, Comics, Traumreise und Interview.

Ergänzt wird die Sammlung durch Empfehlungen, Literaturtipps und Links zur eigenen Recherche und intensiveren Einarbeitung in die Thematik.
Auf der beiliegenden CD sind zudem die zugehörigen Arbeitsmaterialien und Kopiervorlagen zu finden. Weitere Informationen und Material sind auf www.endlich-wachstum.de zu finden.

Fazit: Neben den zuhauf vorhandenen wissenschaftlichen Abhandlungen über Nachhaltigkeit, Bildung für Nachhaltigkeit und Wachstumskritik ist diese praktische und schnell anwendbare Materialsammlung wohltuend anders, denn sie ermöglicht eine aktivere Beschäftigung mit den bereits ausführlich erforschten und gesellschaftlich diskutierten Themen und regt dadurch zum Nachdenken über eigene Bezüge zum Thema Wirtschaft an.

Dabei ist methodisch und inhaltlich für jeden Bedarf etwas dabei. Diese Sammlung kann daher als Standardwerk für PädagogInnen, die sich in Seminaren kritisch mit Wirtschaftswachstum beschäftigen möchten, angesehen werden.

Johannes Dietrich

Fairbindung e.V. [Hg.]: Endlich Wachstum! Wirtschaftswachstum-Grenzen-Alternativen. Materialien für die Bildungsarbeit. 2012, 7 EUR plus Porto

Energiekonzerne und Landkarten

Das politische Kampfmittel kommt harmlos daher, als Landkarte. Drei Flüsse sind darauf zu sehen, Straßennamen, ein paar versprengte Gehöfte, ein Park. Die Karte aus dem brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais spricht. Niemandsland, sagt sie.

Schaut man sich den gleichen Kartenausschnitt als Satellitenbild an, werden die leeren Flächen tiefgrüne Wälder, umschlossen von dichter Bebauung. .

Diese Siedlungen sind zum großen Teil nicht genehmigt, und sie sind im Weg. An ihrer Stelle ist eines der größten Immobilienprojekte Lateinamerikas für 200.000 Bewohner geplant. Auf welche der beiden Karten sich die Baubehörden beziehen, liegt auf der Hand.

Wie mit solchen Landkarten Politik gemacht wird, und wie sich Minderheiten mit Hilfe selbst erstellter Karten stärken lassen, ist eines der Themen in dem Sammelband „Energie und Demokratie“.

Der Buchtitel ist missverständlich. Man erwartet einen dicken Sammelband und findet ein Taschenbüchlein vor, das sich weder am Demokratie- noch am Energiebegriff lange aufhält. Das Thema wird an Beispielen aufgerollt. Es geht um negative Folgen von Energieprojekten, etwa Agrotreibstoffe, Fracking, Riesen-Staudämme in Indien und Amazonien, und um den Widerstand dagegen. Zwei Texte widmen sich Merkels „Energiewende“, die die bisherigen Akteure nachhaltiger Energiegewinnung, wie Bürgerkraftwerke, gezielt ausbootet und die großen Stromkonzerne stärkt, obwohl die die Erneuerbaren bisher nur zu 6,5 Prozent finanziert haben. Und es geht um Energiegenossenschaften als Akteure der Energiewende sowie Best-Practice-Projekte in Asien, Afrika und Brasilien, die bislang erfolgreich verlaufen.

Ein Buch also über Erneuerbare Energien, die nicht immer nachhaltig sind; über undemokratische Strukturen in von Demokratien, und was man ihnen entgegen setzen kann. Für beide Themenkomplexe lassen sich viele Beispiele finden, und die hier versammelten sind gut gewählt und interessant präsentiert, auch wenn die Sprache streckenweise sehr fachlich ist. Für den großen thematischen Rundumschlag aber ist der Band zu dünn und die Fragestellung zu groß, so dass es am Ende an der alles verbindenden Klammer fehlt.

Das Buch ist kostenlos einseh- aber nicht ausdruckbar unter http://www.uni-kassel.de/hrz/db4/extern/dbupress/publik/abstract.php?978-3-86219-612-8 und kann auch als E-Publikation für 6 EUR heruntergeladen werden.

Friederike Grabitz

Kristina Bayer und Dieter Gawora (Hrsg.): Energie und Demokratie. Reihe Entwicklungsperspektiven, Band 103. Lateinamerika-Dokumentationsstelle, Kassel University Press, Kassel 2013

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN ALS BESTANDTEIL SOLIDARISCHER ÖKONOMIEN

Neoliberal oder emanzipatorisch?

Es gibt unterschiedliche Modelle eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), daher ist die Frage, ob ein BGE einen Beitrag zu einem anderen, nicht profitorientierten Wirtschaften im Sinne Solidarischer Ökonomien leisten könnte, nicht einfach mit „ja" oder „nein" zu beantworten. Es kommt darauf an, wie dieses BGE konkret ausgestaltet ist.

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Die Unterschriftensammlung der Europäischen BürgerInneninitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen hat dem Thema mediale Aufmerksamkeit beschert. Bereits in den 1990er Jahren hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) mit dem Existenzgeld ein BGE-Konzept als Alternative zur entwürdigenden Sozialhilfepraxis und zur zunehmenden Armut durch Erwerbslosigkeit vorgelegt. 2005 brachte der Gründer der dm-Drogeriemarktkette Götz Werner mit seinem Grundeinkommens-Modell der Idee eine breite Öffentlichkeit.

Unter einem BGE wird ein Einkommen verstanden, das jeder und jedem zusteht, ohne Bedürftigkeitsprüfung, das heißt unabhängig von Vermögen, Einkommen und Familienstand, und ohne dass sie oder er irgend etwas dafür tun muss, also ohne jede Arbeitsverpflichtung. Begründet wird dies zum Beispiel mit den Menschenrechten, insbesondere mit dem Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, der von 160 Staaten, auch von der BRD, anerkannt wurde und diese Rechte bedingungslos garantiert.

BGE – für wen und wie viel?

Aber was bedeutet das konkret? Wer bekäme dieses BGE – und wer nicht? Alle die in der BRD leben, oder nur die mit deutschem Pass? In welcher Form wäre die bedingungslose Anspruchsberechtigung nachzuweisen? Wären Flüchtlingen selbstverständlich einbezogen? Und wie kämen Illegalisierte zur Verwirklichung ihrer Menschenrechte? In der Grundeinkommensbewegung gibt es dazu unterschiedliche Auffassungen.

Auch zur Höhe eines BGE gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Die CDU propagierte vor einigen Jahren ein Bürgergeld, auch als negative Einkommensteuer bezeichnet, in Höhe von 600 Euro. Sollte es in der BRD je zur Einführung eines BGE kommen, fürchte ich, dass es niedriger ausfiele als Hartz IV. Es kommt aber nicht nur auf die Höhe des BGE an.

Geld oder Leben?

Seit Jahren führen Privatisierungen und Schuldenabbau zu massiven Einschränkungen öffentlicher Leistungen. Und ebenso lange kämpfen Initiativen von BürgerInnen gegen die Privatisierung bzw. für die Rekommunalisierung der sogenannten Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Wasser- und Energieversorgung, Schulen und Kindertagesstätten, Nah- und Fernverkehr, öffentlicher Wohnungsbau oder Kultureinrichtungen. Öffentliche Versorgungsstrukturen können als notwendige Bestandteile Solidarischer Ökonomien verstanden werden. Geschlossene Schwimmbäder oder Büchereien, Bahnhöfe an denen kein Zug mehr hält oder fehlende regionale Angebote sozialer Beratung oder Krankenversorgung lassen sich nicht mit kleinem Geld kompensieren. Gegen Preissteigerungen für Wohnungen, Wasser, Energie, Verkehrsmittel oder Kultur hilft auch kein BGE. Umgekehrt lässt sich die reale Teilhabe am Lebensnotwendigen nicht allein durch ein BGE herstellen, sondern erfordert dauerhaft bezahlbare oder besser noch kostenlose öffentliche Leistungen.

Ein auskömmliches BGE könnte kollektive Arbeitsprozesse vom Zwang der Verwertung befreien und damit ihre innovativen Potentiale freilegen. Es ginge dann vielleicht nicht vorrangig darum, das Produzierte am Markt zu verkaufen, sondern herauszufinden: Was möchte ich eigentlich tun? Welche Art der Tätigkeit liegt mir, worin finde ich meine Erfüllung, mit welchen Menschen möchte ich mich auf welche Art von Arbeitsprozess einlassen? Und nicht zuletzt: Wo werde ich gebraucht, was kann ich Sinnvolles machen?

Elisabeth Voß

Ebenso wie der Produktionsprozess befreit würde, wäre es auf Basis eines BGE auch leichter, Formen des Austauschs jenseits des Marktes zu entwickeln. An einer Ökonomie des Nutzens statt des Profits könnten dann vielleicht mehr Menschen teilhaben, als dies heute möglich ist, und nach und nach immer mehr Wirtschaftsbereiche dem Verwertungszwang entzogen und in solidarische Formen überführt werden.

Aber auch dafür wäre ein BGE allein kaum ausreichend. Über eine individuelle Absicherung des Lebensunterhalts hinaus brauchen tragfähige Strukturen wirtschaftlicher Selbsthilfe Ressourcen. Zum Beispiel Grundstücke und Gebäude, Maschinen und Geräte, aber auch Bildung, Beratung etc. Schon immer gab es unterschiedliche Formen der Aneignung dieser Ressourcen, durch Kämpfe (zum Beispiel Land-, Haus- oder Fabrikbesetzungen), Verhandlungen (um Nutzungsrechte, Fördermittel usw.) oder Selbsthilfe (zum Beispiel indem im eigenen Umfeld die erforderlichen Mittel zusammengebracht werden, was heute als Crowdfunding bezeichnet wird). Ergänzend zu einem BGE als Instrument der Sekundärverteilung des Erwirtschafteten gehört aus meiner Sicht auch die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln und damit am Produzierten auf die politische Tagesordnung.

Wessen Freiheit – wem nützt das BGE?

Auch mit einem BGE werden weiterhin viele Menschen einer herkömmlichen Erwerbsarbeit nachgehen. BefürworterInnen eines BGE argumentieren häufig, es sei dann keineR mehr gezwungen, schlecht bezahlte Arbeitsstellen anzunehmen. Jedoch fürchte ich, dass ein BGE eher zum großen Kombilohnprogramm würde. Unternehmen bräuchten nur noch Minimallöhne zahlen, wenn keineR mehr davon leben muss, sondern das BGE obendrauf gezahlt würde. Ein BGE wäre dann eine versteckte Unternehmenssubvention. Um das zu verhindern, sollte ein BGE keinesfalls ohne flächendeckende Mindestlöhne eingeführt werden.

Ganz entscheidend ist auch die Frage, wie ein BGE finanziert wird. Der anthroposophisch orientierte Götz Werner will alle Steuern auf Einkommen abschaffen, und stattdessen eine hundertprozentige Mehrwertsteuer einführen. Für einen Unternehmer und Großverdiener sicher eine lohnende Variante, denn sein Einkommen könnte er steuerfrei behalten, während die Preise drastisch steigen würden. Allerdings habe ich nie verstanden, warum ausgerechnet diese „anthroposophische Steuerreform" in der Öffentlichkeit so gut angekommen ist. Dass das Freiheitsversprechen, mit dem der Drogist sein Grundeinkommen versieht, die Freiheit des Unternehmers ist, wird schon aus dem Titel seiner Website deutlich: „Unternimm die Zukunft".

Befremdlich auch die Krönungszeremonien, die von den Schweizer BGE-Vertretern Daniel Häni und Enno Schmidt inszeniert werden, nach dem Motto „Neue Königinnen und Könige braucht das Land!" In ihrem – für mein Empfinden unglaublich manipulativen – Film „Grundeinkommen – Kulturimpuls" ist viel die Rede von individueller Freiheit, Eigenverantwortung und Verhandlungen auf Augenhöhe, vor allem um die individuelle Höhe des Gehalts, was als emanzipatorisch beschrieben wird. Das BGE soll in bestehende Einkommen 'hineinwachsen', was nichts anderes bedeutet als Kombilohn. Viele klug redende Menschen – vor allem Männer – treten in dem Film auf und verkünden aus tiefster Überzeugung, warum genau dieses mehrwertsteuerfinanzierte BGE fast schon naturgesetzlich sei. Klaus Wellershoff, damals Chefökonom der UBS Bank, ergänzt, es stehe heute „die absolute Individualisierung der Gesellschaft" an, und dabei diene „das Geld als Mittel zur Freiheit".

Aus gewerkschaftlicher Sicht wird dies zurecht als „Trojanisches Pferd des Neoliberalismus" bezeichnet, denn: „Die Einkommensverteilung wird noch ungleicher, die soziale Spaltung noch tiefer, der Sozialstaat noch schwächer, einschließlich der Gewerkschaften." (Claus Schäfer). Im Unterschied zur Finanzierung aus der Besteuerung des Konsums sollte das Existenzgeld nach dem Modell der BAG-SHI aus einer Take-Half-Abgabe finanziert werden. Das heißt auf alle Einkommen würde eine Steuer von 50 Prozent erhoben, wodurch es zu einer echten Umverteilung von oben nach unten käme.

Elisabeth Voß

Menschenbild?

Im BGE steckt auch die Idee von Menschen als sozialen Wesen, die ihre neu geschaffenen Freiräume für sich selbst und zum Nutzen der Gesellschaft gestalten würden. Aber ist nicht die Idee der kreativen Selbstentfaltung eine sehr mittelschichtige, die in erster Linie aus den privilegierten Erfahrungen selbsthilfefähiger AkteurInnen entspringt und viel zu wenig die vielen Anderen mitdenkt, die nie die Gelegenheit hatten zu lernen, wie sie ihre kreativen Potentiale entfalten und selbstorganisiert tätig werden können? Die Vorstellung, gerade jungen Menschen, die perspektivlos und allein gelassen in der Welt stehen, ein paar Kröten in die Hand zu drücken und ihnen dann den Rücken zuzukehren, hat etwas Bedrückendes. Aber wie heute mit ihnen umgesprungen wird, ist noch schlimmer. Arbeitszwang oder Leistungskürzung ist kein würdiger Umgang mit denen, die die Zukunft einer Gesellschaft darstellen.

Daher sehe ich eine große Aufgabe für Akteure solidarischer Ökonomien unter den Bedingungen eines BGE: Niedrigschwellige und ausreichend attraktive Arbeitsmöglichkeiten anzubieten als Befreiung aus Isolation und Ausgrenzung für die vielen, die gerne dabei wären. Auch für diejenigen, die äußerlich, in ihrer Sprache und ihrem Verhalten nicht zur alternativen oder politischen Szene gehören. Die Erfahrungen aus Beschäftigungsmaßnahmen und Bürgerarbeit zeigen ja deutlich, wie viele Menschen froh sind, selbst diese Arbeiten unter den gegebenen Zwangsbedingungen auszuführen, nur um eine Aufgabe und ein soziales Umfeld zu haben. Es sollte doch möglich sein, ihnen etwas Besseres anzubieten. Und wer diese Angebote wirklich nicht annehmen möchte, sollte sie in Würde ablehnen können und dazu nicht noch der Verfolgungsbetreuung unterworfen werden oder gar hungern müssen.

Wer macht dann die notwendigen Arbeiten?

Die fröhliche Propagierung des Müßiggangs, ja die mitunter fast schon verächtlich klingenden Äußerungen über Erwerbsarbeit von BGE-BefürworterInnen, meist Männern, klingen vor allem in den Ohren von Frauen oft irritierend. Ist doch diese Gegenüberstellung von erzwungener Erwerbsarbeit und dem eigentlich Leben in der Freizeit nur ein scheinbarer, der all die anderen Formen von Arbeit – die überwiegend von Frauen geleistet werden – ausspart. So lange sich in den Beziehungen, Familien und Nachbarschaften nichts an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verändert, ist zu befürchten, dass es auch nach Einführung eines BGE vorwiegend Männer sein werden, die den fröhlichen Müßiggang pflegen, während Frauen sich zum Beispiel um die Kinder kümmern.

Wenn ein BGE auch dazu betragen soll, die verschiedenen Formen von Arbeit in einer Gesellschaft gleich wert zu schätzen und auch gerechter zu verteilen, dann gehört dazu zum einen eine deutliche Verringerung der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit. Statt immer mehr Wochenarbeitsstunden und unbezahlte Überstunden zu verlangen, sowie die Lebensarbeitszeit immer höher zu schrauben, wäre genau das Gegenteil angesagt: Vollzeitarbeit von zum Beispiel 30 Stunden in der Woche mit Recht auf Teilzeitarbeit für alle, Stärkung der Rechte von ArbeitnehmerInnen zur Durchsetzung der Bezahlung von Überstunden und Absenkung des Rentenalters. Zum anderen wäre eine reale Gleichsetzung der Entlohnung von Frauen und Männern unabdingbar, damit nicht Frauen zu Hause bleiben und die Erwerbsarbeit den Männern überlassen.

Global gerecht?

Ein BGE alleine wird die Gesellschaft nicht verändern, könnte aber zu einer gesellschaftlichen Stimmung beitragen, in der missgünstige Enge – wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen – nach und nach durch Großzügigkeit – es ist genug für alle da – ersetzt wird. Jedoch greift ein BGE nicht die Basis eines profitorientierten und ungerechten Wirtschaftssystems an, sondern basiert selbst auf der kapitalistischen Warenproduktion, deren Überschüsse es nur umverteilt. Es bleibt auf die Sphäre der Zirkulation beschränkt, ohne zum Beispiel die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln, nach der Verfügung über Ressourcen und nach einer Demokratisierung der Wirtschaft zu stellen. Bestenfalls deckt es den täglichen Bedarf ab und mindert die bitterste Armut, aber es ändert nichts an der systembedingten Kluft zwischen Arm und Reich.

Je höher ein BGE wäre, um so mehr könnte es hierzulande das immer stärkere Auseinanderklaffen der Einkommensschere zumindest verlangsamen. Gleichzeitig würde eine nur nationale Umverteilung nichts daran ändern, dass die Menschen in der BRD als einem der reichsten Länder der Welt auf Kosten der Menschen in den verarmten Ländern des globalen Südens leben und diesen systematisch die Lebensgrundlagen zerstören. „Ein Mindesteinkommen gegen den Hunger (basic food income...), umfassender Schuldenerlass für die arm gemachten Länder und zumindest eine deutliche Begrenzung des Freihandels (...) müssten erste Schritte in einem weltweiten Grundeinkommensprogramm sein." (aus Werner Rätz, Hardy Krampertz).

Fazit

Ein BGE kann Bestandteil Solidarischer Ökonomien sein, wenn es ausnahmslos allen, also zum Beispiel auch Illegalisierten zur Verfügung steht und eine Höhe hat, die auch ohne Erwerbsarbeit eine vollständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die Finanzierung soll aus einer Einkommensbesteuerung erfolgen, die sich nach der Höhe des Einkommens bemisst. Es soll eingebettet sein in eine Reihe weiterer Maßnahmen: Bezahlbare oder besser kostenlose Bereitstellung aller öffentlichen Leistungen der Grundversorgung; Mindestlohn, geschlechtergerechte Löhne und Verringerung der Erwerbsarbeitszeit; Fortbildungs- und Arbeitsangebote auf freiwilliger Basis. Für solidarisches Wirtschaften sind darüber hinaus Ressourcen erforderlich wie Grundstücke und Gebäude, Fördermittel, Bildungs- und Beratungsangebote. Ein solidarökonomisches BGE müsste konzeptionell als Teil globaler emanzipatorischer sozialer Bewegungen verstanden werden und mit Elementen einer global gerechten und ökologisch tragfähigen Ausgestaltung versehen sein. ●

Bedingungsloses Grundeinkommen – Eine Basis für Solidarische Ökonomie? Schwerpunktthema in CONTRASTE Nr. 278, November 2007. Aus dem Beitrag von Elisabeth Voß „Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarische Ökonomie" wurden einige Gedanken und Sätze übernommen, ohne sie als Eigenzitate kenntlich zu machen.

In CONTRASTE Nr. 280, 281, 285 und 286/287 diskutierten ab Januar 2008 die BefürworterInnen des Götz-Werner-Modells, Philip Kovce und Rahel Uhlenhoff, mit Elisabeth Voß, die unter dem Titel „Götz Werners anthroposophische Steuerreform" im Februar 2008 insbesondere die Mehrwertsteuerfinanzierung kritisierte.

Europäische Bürgerinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen:
☞ *http://basicincome2013.eu*
Archiv-Website der BAG-SHI: ☞ *www.bag-shi.de*

Unternimm die Zukunft – Website von Götz Werner zum Grundeinkommen:
☞ *www.unternimm-die-zukunft.de*

Daniel Häni und Enno Schmidt: Grundeinkommen – Kulturimpuls, Film 2008, online auf *youtube.com*

Claus Schäfer: Trojanisches Pferd des Neoliberalismus, in: Einblick 11/2007, Hans-Böckler-Stiftung, Berlin, Seite 7.

Rätz/Krampert: Exkurs: Die arm gemachten Länder des Südens oder bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als Projekt globaler Umverteilung, in: Rätz, Werner und Krampertz, Hardy (2011): Bedingungsloses Grundeinkommen – woher, wozu und wohin?, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, Seite 15. Dieses Buch dokumentiert die Attac-Ausstellung „Bedingungsloses Grundeinkommen":
☞ *http://grundeinkommen-attac.de/*

VOLKSINITIATIVE FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN IN DER SCHWEIZ

Eine positive Vision des 21. Jahrhunderts

Wenn 100.000 Unterschriften aus der Bevölkerung zusammenkommen für eine Gesetzesänderung, dann ist das in der Schweiz eine erfolgreiche Volksinitiative. Auf sie folgt rechtsverbindlich eine Abstimmung der Bevölkerung über den Vorschlag der Initiative.

Am 4. Oktober wurde die Eidgenössische Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen eingereicht. Der Bund wird darin beauftragt, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen. Es haben auch viele die Initiative unterschrieben, die nicht für ein Grundeinkommen sind, die aber die Fragen und Auseinandersetzungen wollen, die durch diese Initiative aufleben.

▲ Ausschüttung von 8 Millionen Fünf-Rappen-Münzen auf dem Bundesplatz in Bern zur Einreichung der Eidgenössischen Volksinitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Eine Münze für jede Schweizerinnen und jeden Schweizer.
Fünf Kubikmeter Geld, 15 Tonnen schwer, 400.000 Franken wert, lagen am 4. Oktober auf dem Bundesplatz in Bern vor dem Bundeshaus und der Nationalbank.
Vom Geldberg zum Grundeinkommen für alle von allen.
Eine Performance der Generation Grundeinkommen
Foto: Alexander Baumgartner

VON ENNO SCHMIDT, BASEL ● Das demokratische Selbstverständnis in der Schweiz ist ein anderes als in Deutschland und im übrigen Europa. Die Bevölkerung ist in der Schweiz der politische Souverän. Die Souveränität geht von ihr aus. Sie ist kein Zugeständnis der Politiker. Die demokratischen Instrumente Volksinitiative und Volksabstimmung sind ein direkter Weg für Impulse aus der Bevölkerung in die Gesetzgebung. Jederzeit. In Deutschland kann die Bevölkerung alle vier Jahre wählen, wem gegenüber sie die nächsten vier Jahre nichts zu sagen hat. Petitionen zwischendurch sind eine Bittstellung ohne Verbindlichkeit. Die Regierung herrscht allein.

Demgegenüber ist die Schweiz eine selbstverwaltete Genossenschaft.

Die Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Schweiz kann eine zusätzliche Energie sein für die Forderung nach mehr Demokratie in Europa. Demokratie und Grundeinkommen sind die gleiche Idee. Die Demokratie nimmt die Erfahrung und Urteilskraft jedes Einzelnen ernst. Sie spricht ihm zu, gewissenhaft die Regeln der Gemeinschaft mitzubestimmen. Das Grundeinkommen spricht jedem zu, über sein Leben selbst zu bestimmen, selbstverantwortlich zu handeln. Es zieht eine Grenze für den Eingriff von außen in das persönliche Leben des Einzelnen. Es ist ein wirtschaftliches Bürgerrecht. Es zieht eine Grenze in der Weitergabe des Preisdrucks an den Schwächsten. Der Schwächste ist der, der nicht Nein sagen kann zum Beispiel zu einem schlechten Arbeitsangebot. Mit einem Grundeinkommen kann man Nein sagen. Mit den materiellen Bedingungen des Lebens darf in unserer Zeit niemand mehr erpressbar sein. Denn das wäre widersinnig. Es wäre ein künstliches Festhalten an vergangenen Verhältnissen. Am materiellen Mangel. Mangel besteht heute zunehmend an Dingen, die nicht in ein Bezahlsystem passen. Das Grundeinkommen ist kein Bezahlen, kein Lohn. Es entspricht in unserer Gesellschaft dem Grundrecht auf Leben. Das ist bedingungslos.

Wer den Gedanken des Grundeinkommens aufnimmt merkt schnell, wie ihm so manche Vorstellung um die Ohren fliegt. Zum Beispiel die, dass die Reichen kein Grundeinkommen brauchen. Um ein Brauchen geht es aber nicht beim Grundeinkommen. Sondern es geht um ein Menschenrecht. Es geht nicht um Sozialleistungen. Es geht nicht um das Gefälle, dass die Wohlhabenden die Armen versorgen.

Vielleicht stößt man mit dem Gedanken des bedingungslosen Grundeinkommens auch auf seine zwei Menschenbilder. Das von sich selbst und das von den anderen. Man selbst wüsste mit einem Grundeinkommen natürlich etwas anzufangen und würde auch weiterhin tätig sein. Man arbeitet doch nicht allein des Geldes wegen. Und man will auch mehr Geld verdienen und nicht allein vom Grundeinkommen leben. Aber die Anderen? Von denen lägen dann sicher viele auf der faulen Haut. Was ist daran schlecht? Dann werden ich und die Meinen vielleicht nicht mehr genügend versorgt. Wir leben nämlich von dem, was andere für uns tun.

Wenn es ein Grundeinkommen bedingungslos gäbe: Wer macht dann die Drecksarbeit? Dazu muss man Menschen doch auch zwingen können. Viele brauchen vorgesetzte Strukturen und Druck, sonst stehen sie nur orientierungslos in der Gegend herum. Natürlich gilt das wieder nicht für mich. Auch nicht für meine besten Freunde. Aber für die andere Art von Menschen. Die sollen müssen.

Alles Planen der Unterschriftensammlung für unsere Volksinitiative in der Schweiz, das ein 'man sollte', 'wir müssten' enthielt, war völlig wirkungslos. Sich etwas denken, was andere tun sollen, das griff keiner auf. Unterschriften zu sammeln ist eine sehr individuelle Sache. Eine demokratische Dienstleistung eins zu eins von Mensch zu Mensch auf der Straße, zu der man sich erst überwinden muss. Fremde Leute ansprechen auf etwas, was sie vielleicht gar nicht hören wollen. Wenige schafften das stetig aus sich heraus. Mehrere taten es sporadisch. Mehr Schwung kam in die Sache, als das Sammeln zu Treffen wurde, als etwas Sportliches hineinkam durch Etappenziele, die erreichbar waren und miteinander gefeiert wurde, als es einigen jüngeren Akteuren gelang – die sich 'Generation Grundeinkommen' nannten – eine Art Lebensteppich auszulegen, den man gerne betrat. Als Sog entstand statt Druck. Als es interessanter wurde, mitzumachen, als zuzugucken.

So ist das Unterschriftensammeln zu einer Art modernem Unternehmen geworden, das in seiner Lebensart schon viel mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu tun hatte.

An Ideale hat dabei niemand gedacht. Es entstand ganz persönlich aus der bedenklichen Situation heraus, nach drei Monaten des Sammelns zu sehen, dass die nötige Unterschriftenzahl nicht zusammenkommt, wenn sich nichts ändert. Es entstand aus der Initiative weniger, die den Raum schufen für die Initiative mehrerer. Es war nicht einheitlich. Es war nicht im üblichen Sinne zu organisieren. Es gab keine Chefs. Darum dauerte es länger, bis es anlief, war dann aber kräftiger. ●

Enno Schmidt ist Mitbegründer der Initiative Grundeinkommen in der Schweiz und Autor des Films: Grundeinkommen – ein Kulturimpuls.

WIE SICH UNTERSCHIEDLICHE FÄDEN VERBINDEN LASSEN

Bedingungsloses Grundeinkommen nutzen, um Commons zu schaffen?

Ist ein BGE ein Mittel, das es den Reichen ermöglicht, ihr Gewissen zu entlasten und weiterzumachen wie bisher, wie einige KritikerInnen sagen? Kann es Menschenrechte und Menschenwürde garantieren und allen Menschen die Möglichkeit zur Selbstentfaltung und gesellschaftlichen Teilhabe eröffnen, wie seine BefürworterInnen behaupten? Oder könnte es gar eine Chance zur Überwindung des Kapitalismus bieten, wenn es für die Schaffung autonomer Infrastrukturen und Produktionsmittel verwendet wird?

VON BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ ● Seit ich die Idee des BGE kenne, hat sich meine Meinung dazu immer wieder einmal verändert. Zum ersten Mal habe ich davon gehört, als ich nach meiner Zeit als Hausfrau und Mutter nach Graz gekommen war, um in fortgeschrittenem Alter noch zu studieren. Ich suchte ständig nach Möglichkeiten, das dafür notwendige Geld aufzutreiben, was die Zeit, die mir fürs Studium zur Verfügung stand, einschränkte. Dabei war ich total fasziniert von der neuen Welt, die sich mir in der Stadt und auf der Uni auftat und hätte am liebsten den ganzen Tag in Bibliotheken oder mit spannenden Diskussionen verbracht. Bedingungsloses Grundeinkommen? Immer nur her damit, das war genau das, was ich brauchen hätte können. Was sollte daran falsch sein?

Mit zunehmendem politischen Wissen und den Erfahrungen aus meiner – ebenfalls zur gleichen Zeit begonnenen – Tätigkeit für Attac, schwand meine Euphorie. Denn es wurde mir klar, dass es von vielen Rahmenbedingungen abhängt, wie sich ein solches Grundeinkommen auswirkt und keineswegs automatisch alles besser würde. Es waren ähnliche Überlegungen, wie sie Elisabeth Voß in diesem Schwerpunkt anstellt, die mich zumindest zu einer Grundeinkommensskeptikerin werden ließen. Wenn gleichzeitig mit der Einführung eines BGE nach neoliberaler Manier die öffentlichen Sicherungssysteme, Dienstleistungen und Infrastrukturen zurückgefahren würden, dann wäre das wohl ein schlechter Tausch. Außerdem bleibt selbst die minimale Absicherung durch ein BGE immer noch an das Florieren der Wirtschaft gebunden. In wirtschaftlichen Krisen wäre eine Reduktion des BGE wohl eine der ersten zu erwartenden Maßnahmen und an eine Postwachstumsökonomie bräuchte mensch dann wohl gar nicht erst zu denken.

Da war aber noch ein anderer Aspekt, der in der Diskussion um das BGE eine wichtige Rolle spielte: es sollte die Menschen freispielen, um sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen und an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv mitzuarbeiten. Dem dahinterstehenden Menschenbild, dass nämlich alle Menschen etwas Sinnvolles und Wichtiges beitragen können, wenn man sie nur lässt, kann ich viel abgewinnen. Ein BGE alleine würde aber auch dafür nicht reichen. Wenn es keine entsprechenden Mechanismen der Beteiligung und keine Räume für Selbstorganisation gibt, werden kollektive Beteiligungs- und Gestaltungsprozesse auch nicht von selbst entstehen. Und ob von politischer Seite solche überhaupt erwünscht sind, erscheint mir höchst fraglich. Damit ein BGE diesem Anspruch gerecht werden kann, braucht es also ebenfalls politische Reformen, die mit der Einführung des BGE nicht von selbst kommen. Es schien mir also sinnvoller, für solche Reformen und für den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen zu streiten, als für ein Grundeinkommen.

Gleichzeitig wurde mir aber immer deutlicher, wie verrückt Arbeit in unserer Gesellschaft organisiert ist. Arbeitsplätze schaffen – wie absurd ist das denn? Ist es denn nicht großartig, wenn wir immer weniger arbeiten müssen, um die Dinge herzustellen, die wir zum Leben brauchen? War das nicht immer die Vision einer zukünftigen Gesellschaft, dass Menschen, von der Last der Arbeit befreit, mehr Zeit für Muße, Selbstentfaltung und die Pflege sozialer Beziehungen haben würden? Warum also Arbeitsplätze schaffen? Aber so einfach ist das natürlich nicht. Denn es gibt ja durchaus gesellschaftlich wichtige und sinnvolle Arbeiten, die liegen bleiben, weil sie niemand machen will oder schlicht die Zeit dafür fehlt, weil sie weder gesellschaftliches Ansehen noch ökonomische Absicherung bringen. Während die Arbeitsplätze, die auf Teufel komm raus geschaffen werden, häufig eher destruktive Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt haben. Kurz: was Menschen gerne tun und was gesellschaftlich sinnvoll ist, wird nicht bezahlt, darum wird es nicht erledigt. Dafür werden Menschen auf Arbeitsplätze gezwungen, die weder ihren Fähigkeiten noch den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen, um das zum Leben notwendige Geld zu verdienen. Um diese vertrackte Situation aufzulösen und die Produktion in unserer Gesellschaft ganz neu zu organisieren, dafür könnte doch ein BGE eine gute Übergangslösung sein. So änderte sich ein weiters Mal meine Perspektive.

Dann stieß ich auf die Idee der Commons. Die Möglichkeit, das was wir zum Leben brauchen, „jenseits von Markt und Staat", wie es im Buchtitel von Elinor Ostrom heißt, kollektiv und gleichberechtigt zu produzieren, schien mir ein Ausweg aus verschiedenen Dilemmata der kapitalistischen Gesellschaft. Nun braucht man selbstverständlich auch für die Produktion von Commons in einem kapitalistischen Umfeld Geld und hier entwickelte sich mehr und mehr ein Knackpunkt der Diskussion: wie kommen Commons zu ihrem Geld, ohne sich die Logik des Marktes in die Commons herein zu holen? Es ist einerseits die alte Geschichte, dass Kollektivbetriebe, um auf dem Markt bestehen zu können, doch immer wieder auf kapitalistische Handlungsmuster zurückgreifen müssen; dass Gemeinschaftwohnprojekte nur für Menschen zugänglich sind, die ein Minimum an Startkapital einbringen können; dass mit viel Engagement begonnene soziale und kulturelle Zentren am Aufbringen der Miete scheitern. Andererseits traf ich immer wieder auf hochqualifizierte Menschen, TechnikerInnen, ProgrammiererInnen, die mit viel Energie und Fachwissen an Freier Software oder offenem Internet und Open Source Hardware basteln und meinten, „wenn ich ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte, könnte ich viel mehr Zeit dafür verwenden und wir kämen viel schneller voran und könnten uns von den großen Konzernen unabhängig machen".

Da erschien mir das BGE plötzlich wieder in einem anderen Licht. Könnte es die Schnittstelle zum Marktsystem sein, über die Geld in die Commons fließen kann, um eine Produktionsweise zu entwickeln, die uns von Markt und Staat unabhängiger macht? Was, wenn wir das BGE weniger zur Befriedigung unserer Konsumbedürfnisse verwendeten, als zur Schaffung von selbstverwalteten Infrastrukturen, zum Erwerb von Produktionsmitteln, die durch die neuen Technologien ohnehin immer leichter dezentral organisierbar sind, und zum Freispielen der Menschen, die diese aufbauen? Natürlich wäre das nur eine Übergangslösung, weil mit dem Rückzug von der Beteiligung an Konsum und Lohnarbeit ja auch die Basis für das Grundeinkommen reduziert würde. Dann wären aber auch die politischen Rahmenbedinungen des BGE nicht mehr so wichtig, weil die Menschen ja durch den Aufbau alternativer Strukturen sukzessive davon unabhängiger würden.

Mir ist schon klar, so einfach ist das nicht und die Mächtigen werden das nicht widerstandslos hinnehmen. Aber, ob mit oder ohne Grundeinkommen gilt: der Aufbau alternativer Strukturen ist kein Ersatz für politische Arbeit und die aktive Teilnahme an politischen Auseinandersetzungen, sondern eine Ergänzung dazu. Eine Ergänzung jedoch, die die Machtverhältnisse verändert, in dem Ausmaß, wie sie die Autonomie derer erhöht, die in diesen Machtverhältnissen unten sind. Dabei könnte doch ein BGE vieles leichter machen – so meine derzeitige Sichtweise, die vermutlich noch nicht die letzte sein wird. Vielleicht ist das BGE gar nicht so sehr als reale politische Perspektive interessant – obwohl es sicher Sinn macht, es auf der politischen Agenda zu halten – sondern als radikaler Perspektivenwechsel, als dauerhafter Anstoß dazu, den Menschen und die Art der Vergesellschaftung immer wieder neu zu denken. ●

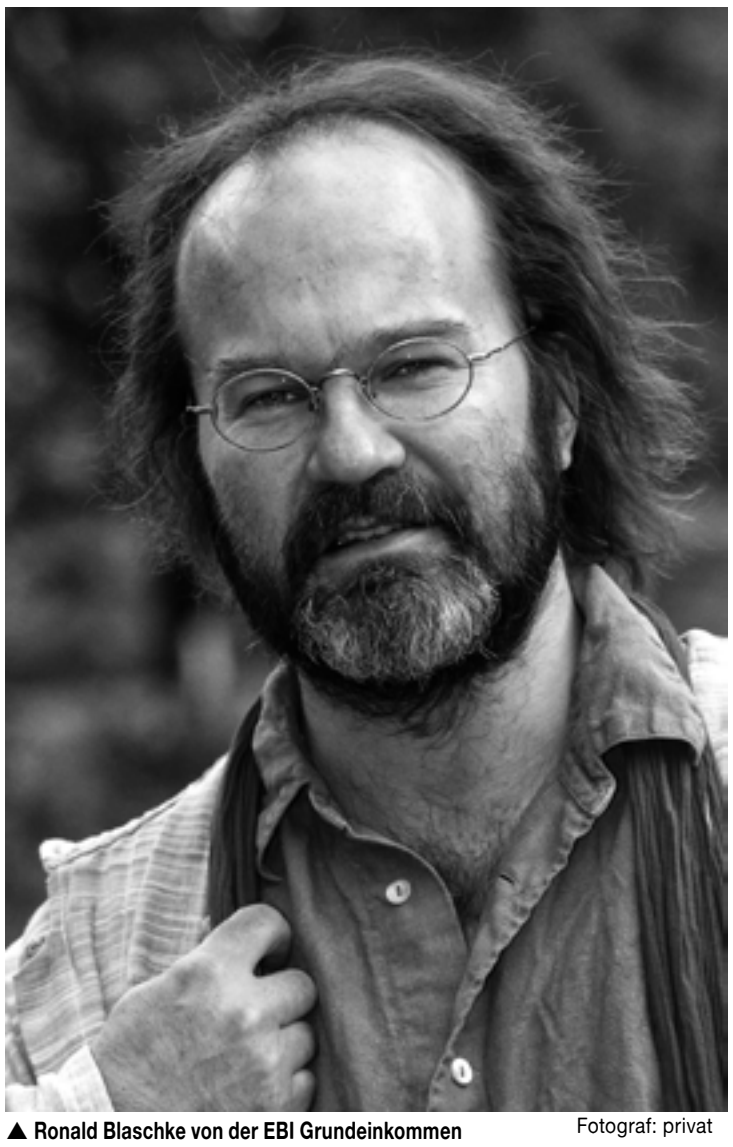
INTERVIEW MIT DER EUROPÄISCHEN INITIATIVE GRUNDEINKOMMEN

Eine Million Unterschriften für soziale Sicherheit

Im Januar 2013 ist die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zum Bedingungslosen Grundeinkommen an den Start gegangen. Ganz vorn mit dabei: Ronald Blaschke, langjähriger Aktivist im deutschen Netzwerk Grundeinkommen und nun stellvertretender Repräsentant der EBI. Über Chancen eines europäischen Grundeinkommens und die Arbeitsweise der Initiative sprach mit ihm für CONTRASTE Susanne Schwarz.

Vor kurzem hat die EBI die 100.000 Unterschriften geknackt, bis Januar müssen es insgesamt 1.000.000 sein. Außerdem müssen Quoren in sieben EU-Ländern erreicht werden. Rechnen Sie noch mit einem Erfolg?

Ja, natürlich, wir wollen den Erfolg! Die Frage ist: Was passiert, wenn wir es nicht erreichen? Da muss man vielleicht zwei Strategien verfolgen. Einerseits sind die 1.000.000 Unterschriften - und die Erfüllung von Quoren in sieben EU-Ländern kommt noch hinzu – wichtig, um zu erzwingen, dass die EU-Kommission sich mit dem Thema beschäftigt und dass man auch Anhörungsrechte im europäischen Parlament hat. Wenn man das nicht erreicht, heißt das nicht, dass man keine Gespräche führen kann. Man hat aber eben nicht mehr dieses starke Druckmittel. Das ist das eine – Lobbyarbeit leisten. Das andere ist aber, dass mit der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen sowohl die Vernetzung der verschiedenen Initiativen innerhalb Europas stattfindet, als auch, dass sich neue Initiativen und Netzwerke in den europäischen Ländern gründen. Sollten wir das Ziel der einen Million nicht erreichen, werden wir zwar traurig sein, aber wir haben einen Riesenerfolg gehabt in der Vernetzung und dem Aufbau von Strukturen – die für die Nächsten kampagnenfähig sind. Die Idee des Grundeinkommens ist nun in allen europäischen Ländern angekommen.



▲ Ronald Blaschke von der EBI Grundeinkommen Fotograf: privat

Welche neuen Strukturen hat die EBI Grundeinkommen denn hervorgebracht?

Beispielsweise gab es in Kroatien und in Slowenien – diese Länder, die jetzt ausgerechnet die ersten mit der Erfüllung der Quoren sind, was uns sehr freut – noch gar keine aktiven Initiativen, die sich mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigt haben. Oder ein anderes Beispiel: In Frankreich gibt es verschiedene Gruppierungen, die sich mit dem Grundeinkommen beschäftigen, und die haben jetzt gesagt: Wir müssen uns einfach mal zusammen an einen runden Tisch setzen. Sie haben nun ein gemeinsames Netzwerk gegründet und stimmen sich ab.

Wie arbeitet eine Bürgerinitiative denn auf der europäischen Ebene?

Also, es gibt einen europäischen Bürgerausschuss zur Bürgerinitiative. Der hat einen Repräsentanten als Ansprechpartner gegenüber der EU-Kommission. Das ist Klaus Sambor aus Österreich. Der hat noch einen Stellvertreter, das bin ich, und es gibt mehrere Gründungsmitglieder aus verschiedenen Ländern, das sind sieben Personen. Darüber hinaus gibt es ein Netzwerk von nationalen Koordinatoren. Jedes Mitgliedsland hat einen Koordinator, die wiederum in einer Koordinierungsgruppe auf nationaler Ebene arbeiten. Wir haben eine große Mailingliste, die ständig News austauscht, wir haben eine gemeinsame Homepage entwickelt. Und wir haben regelmäßige Treffen. Da tauschen wir uns aus: Wie gehen wir weiter vor? Welche Kampagne können wir noch gemeinsam starten? Wo gibt's Hänger, wo gibt's Probleme? Und, was ganz wichtig ist: Wie geht's danach weiter? Wir sind schon dabei – unabhängig davon, ob wir die 1.000.000 Unterschriften nun erreichen – größere Aktionen für 2014 zu planen, zum Beispiel gemeinsame Kampagnen, auch wissenschaftliche und politische Konferenzen.

Und wie finanziert sich die EBI?

Durch Eigenmittel. Jedes Mitgliedsland hat in einen gemeinsamen Topf eingezahlt, je nach Möglichkeiten. Die größeren Organisationen, die schon lange bestehen und mehr Mittel haben, haben mehr gezahlt. Wir haben natürlich auch Personen angefragt, also private Spenden bekommen.

Was übrigens ein Riesenproblem aller Europäischen Bürgerinitiativen ist: Gerade die ärmeren Länder und die Menschen, die sich dort mit dem Grundeinkommen oder den Themen anderer Bürgerinitiativen beschäftigen, haben Schwierigkeiten, zu unseren Treffen zu kommen. Da muss man Fahrtkosten und Hotels bezahlen. Wir haben immer versucht, Solidarität walten zu lassen und ein bisschen auszugleichen. Viele sagen dennoch: Wir können leider nicht kommen, weil uns das Geld fehlt. Das ist bedauerlich. Wir haben gegenüber den Zuständigen in der EU-Kommission deutlich gemacht, dass man die Europäischen Bürgerinitiativen infrastruktuell und materiell-finanziell unterstützen muss – wenn man ernsthaft eine Bürgerinitiative haben will, also Initiativen, bei denen keine Großorganisationen dahinterstecken, welche ein gewisses finanzielles Polster haben. Solche Unterstützung ist bisher nicht gegeben. Das ist auch ein Grund dafür, dass viele Europäische Bürgerinitiativen nicht die eine Millionen Unterstützungen schaffen.

Angenommen, die Bürgerinitiative schafft es durch das legislative Verfahren der EU. Sozialpolitik unterliegt ja kaum der EU-Zuständigkeit und auch die Steuersysteme der EU-Mitgliedsstaaten sind nicht harmonisiert. Was könnte eine europäischen Richtlinie zum Bedingungslosen Grundeinkommen leisten?

Das ist genau der Punkt. Es gibt keine europäische Steuer- und Sozialunion. Deshalb ist unser erster Antrag zum EU-Grundeinkommen, die Kommission möge ein europäisches Grundeinkommen einführen, gegen die Wand gelaufen. Die sagen: Das können wir gar nicht. Wir haben einen anderen Text formulieren müssen: „Die Kommission wird beauftragt, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern im Hinblick auf die Erforschung des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) als Instrument zur Verbesserung ihrer jeweiligen Systeme der sozialen Sicherheit." Klingt ganz anders und furchtbar bürokratisch, ist aber nach derzeitiger Sachlage nicht anders möglich. Die Einführung eines Grundeinkommens in den Mitgliedsstaaten der EU ist dafür relativ unkompliziert, wenn die Mitgliedsstaaten, deren Bevölkerung das will. Erstens kann jedes Mitgliedsland in Ergänzung seiner Sozialsysteme ein Grundeinkommen einführen. Es sind auch solche Modelle denkbar: Von der EU gibt's einen bestimmten Grundsockel für ein Grundeinkommen in allen Ländern, das nennt man Euro-Dividende. Der wird umverteilend von den reichen zu den ärmeren Ländern finanziert. Obendrauf setzen dann die Nationalstaaten ihre Beträge, um mit Bezug zu ihren Armutsgrenzen allen Menschen im Land die Existenz und Teilhabe zu sichern. Auch das ist relativ unproblematisch, ohne dass man vorher eine einheitliche europäische Sozialpolitik schaffen muss.

Vielen Dank für das Gespräch! ●

Unter *www.sign.basicincome2013.eu* kann die Bürgerinitiative online noch bis zum 14. Januar 2014 unterzeichnet werden.

Quoren

Unter **Quorum** (lateinisch für *von denen*, Plural Quoren) versteht man in der Politik die notwendige Anzahl Stimmen, die erreicht sein muss, damit eine Wahl oder Abstimmung Gültigkeit erlangt. Der Ausdruck „Quorum" wird weit überwiegend auf Abstimmungen bezogen, während bei Wahlen oftmals von einer „Mindestwahlbeteiligung" gesprochen wird. Ein Quorum soll gewährleisten, dass sich bei einer geringen Beteiligung an einer Wahl oder Abstimmung keine unrepräsentativen Mehrheiten bilden. Wird das notwendige Quorum nicht erreicht, gilt die entsprechende Wahl oder Abstimmung unabhängig von ihrem Ergebnis als „unbeantwortet", d.h. eine unter Umständen angestrebte Änderung des status quo wird nicht regulär umgesetzt. Formell ist dies keine Ablehnung der Vorlage, hat aber in der Regel faktisch dieselben Folgen, weshalb mitunter auch von einem „unechten Scheitern" gesprochen wird. (Quelle: *http://de.wikipedia.org/wiki/Quorum_(Politik)*)

DAS WIRKLICH BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN HEISST „SOZIALE INFRASTRUKTUR"

Ein Mittel gegen den Zwang, sich ausbeuten zu lassen?

Am meisten Ruhe zum Nachdenken habe ich, wenn ich nachts mit dem Fahrrad durch die Stadt fahre. Da geht mir dann so allerlei durch den Kopf. Heute musste ich nochmal über einen Artikel von Hagen Kopp nachdenken, in dem er seine Lesefrüchte zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen vorstellt. Er stellt sich die Frage, wie dies praktisch die Existenz von allen sichern könnte. Und zwar wirklich von allen – auch von Menschen ohne Papiere.

VON CHRISTOPH LANG, REDAKTION BERLIN ● Je weiter ich heute Abend radelte, desto interessanter schien mir diese Frage, denn in seinem Artikel lässt Kopp sie nicht auf ein unausweichliches Dilemma zulaufen. Die beiden Konzepte Bedingungsloses Grundeinkommen und offene Grenzen löschen sich dadurch in meinem Kopf nicht mehr aus, sondern verstärken sich gegenseitig und schaffen mir Klarheit in beide Richtungen. Deshalb finde ich den Text so wichtig. Ich habe meine eigenen Worte gebraucht, um die Argumentationslinie von Hagen Kopp zusammenzufassen. Aber die Ordnung der verschiedenen Ansätze zu einer schlüssigen Argumentation stammt von ihm, nicht von mir.

Was für ein Problem wirft die Frage auf? Wenn es um die Absicherung der individuellen Existenz geht, assoziiere ich, wie viele andere wahrscheinlich auch, sofort staatliche Programme wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe. Und um das „Existenzminimum" in dieser Form zu verteilen, muss der Staat genau wissen, wie viele „Anspruchsberechtigte" es gibt und wer sie sind. Die Anspruchsberechtigten müssen sich wiederum legitimieren, damit niemand seine_ihre Rechte doppelt oder dreifach geltend macht und sich so „Leistungen" „erschleicht". Wird ein Grundeinkommen nach genau denselben Prinzipien verteilt, fallen Papierlose durch alle Raster, weil sie sich eben nicht legitimieren können, ohne sofort abgeschoben zu werden. Anders herum bleibt offen, ob der entsprechende Staat leistungsfähig genug ist, allen Menschen auf seinem Territorium ein Grundeinkommen zu zahlen, zumal dies auch bedeuten kann, dass es eine Menge Menschen genau wegen dieses Grundeinkommens in diesen Staat zieht.

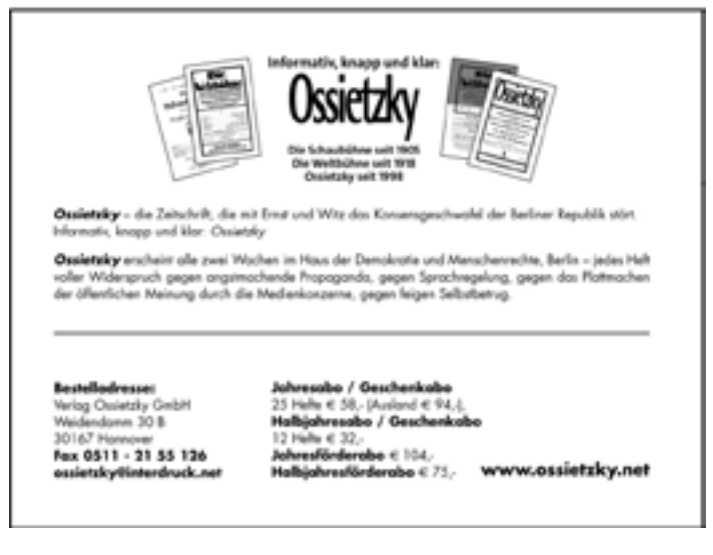
Was macht die Frage nach einem Grundeinkommen für alle – auch Papierlose – so wichtig? Ein Grundeinkommen, so wird oft argumentiert, könne den Zwang, sich ausbeuten zu lassen, aufheben und wirke deshalb befreiend. Aber eben nur auf alle, die es bekommen. Wenn es aber an legalen Aufenthalt und eine Staatsangehörigkeit geknüpft wird, löst es eben die Frage der Ausbeutungsverhältnisse nicht grundsätzlich, sondern verschiebt sie nur zu denen hin, die sowieso schon besonders davon betroffen sind – zu den Illegalisierten und zu den Menschen des globalen Südens hin. Und genau deshalb kann mensch nicht von einem gesellschaftlichen Freiheitsgewinn sprechen, sondern nur von einer Verschiebung von Privilegien. Wer mit dem Zwang zur Ausbeutung argumentiert, darf also nicht die am schwersten Ausgebeuteten aus der Argumentation und aus der Suche nach praktikablen Lösungen heraus halten. Und muss sich eingestehen, dass die ausgeprägtesten Ausbeutungsverhältnisse, bis hin zu Sklaverei, grenzüberschreitend organisiert sind – und zwar so, dass den Menschen des globalen Nordens die Vorteile dieser Verhältnisse zufallen.

Wie geht es aber, das Freiheitsversprechen eines Grundeinkommens umfassend zu verwirklichen? Für grenzüberschreitende Ausbeutung und Kolonialisierung stehen eigentlich die Bevölkerungen des globalen Nordens in der Pflicht, begangenes Unrecht zu entschädigen und aktuelles Unrecht wie Ausbeutung und Abschottung aufzuheben. Ein Grundeinkommen wäre dafür ein Weg. Es müsste international gelten und auf eine Art organisiert sein, dass Papierlose es in Anspruch nehmen können. Ein möglicher Weg könnte sein, es ohne Geld zu denken, da dann niemand sich legitimieren muss, um es zu bekommen. Ohne Geld? Das hört sich jetzt an, als würde das die gesamte Idee eines Grundeinkommens aufheben, denn „Einkommen" bedeutet ja, dass für eine_n individuell etwas hereinkommt, ein Tauschmittel, gegen das ich alles eintauschen kann, was ich zum Leben brauche. Dennoch, für echte Lösungen braucht es die Flexibilität, auch mal einen Schritt zurückzutreten und einen Begriff etwas weiter auszulegen, und es wird ein Schuh daraus. Denn „alles, was ich zum Leben brauche" könnte ja einfach schon vorhanden sein. Es müsste gar nicht sein, dass ich es mir eintausche, sondern es steht in Form einer sozialen Infrastruktur einfach zur Verfügung: Wohnung, Nahrung, Kleidung, Transport, Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur … existenzielle Funktionen werden jeder und jedem ohne Ansehen der Person zur Verfügung gestellt. Das wäre doch ein passables Grundeinkommen.

Ich bin fast zu Hause. Losgefahren bin ich im Ida Nowhere, einem Kunst- und Nachbarschaftsprojekt in Berlin Neukölln. Mir scheint, ich war heute sogar schon an einem Stück sozialer Infrastruktur beteiligt: Ich habe für alle gekocht, die hereingekommen sind. Mit Ernteüberschüssen, die am selben Tag von einem Landprojekt frisch geliefert wurden, weil sie nicht lagerbar waren und verbraucht werden mussten. Hier gab es umsonst Essen, Kultur und Aufmerksamkeit ohne Ansehen der Person oder Identitätskontrolle, entstanden durch freiwillige Beiträge von Menschen denen solche Räume gefallen. Wie viele solcher Projekte braucht es, damit eine Infrastruktur daraus wird? (24.10.2013) ●

Quellen:

Hagen Kopp: „Die Grenzen auf! Migration und Existenzgeld". http://www.links-netz.de/K_texte/K_kopp_migration.html (24.10.2013)



BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN -LÖST DAS EIGENTLICH DIE ZENTRALEN PROBLEME?

Der Markt wird's schon richten

Allen Menschen soll es gut gehen! Kein schlechtes Ziel möchte ich meinen, wäre da nicht das klitzekleine beinahe unbedeutende Problem: wie herankommen an guten Wohnraum, wie herankommen an gutes und ausreichendes Essen, wie herankommen an soziale und kulturelle Teilhabe? Die aktuell propagierte Lösung heißt: Bedingungsloses Grundeinkommen, aber ist das das richtige Modell?

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION HANNOVER ● Geld erscheint als gutes und als schlechtes Geld, je nachdem welchem Argument man folgt. Als Steuern, wie von Attac gefordert, scheint es gut, als Zins eher schlecht. Und manchmal soll es uns retten vor allen bestehenden gesellschaftlichen Widersprüchen. Geld ist schließlich, das was fehlt zum Guten Leben.

Oder war da noch was? Ach ja, das Problem mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Vermittlung aller Waren über den Markt durch Tausch – auch der Ware Arbeitskraft. Wohlstand steht eben nur jenen zu, die entweder ersteres besitzen – und das wird schon oft genug vergessen – oder eben jenen, die ihre Arbeitskraft verkaufen - unabhängig davon ob sie nun dem protestantischen Arbeitsethos anhängen oder nicht. Der Zugang zur Lohnarbeit, und darum geht es ja schließlich bei den meisten von uns, wird nicht jedem gewährt. Alles eine Frage des Marktwerts, oder? Heute muss mensch sich doch eher glücklich schätzen, wenn er oder sie überhaupt noch ausgebeutet wird - einer Vielzahl von Menschen auf diesem Planeten wird nicht einmal dieses fragwürdige Privileg zu Teil. Ganz zu schweigen von Privilegien wie Hartz IV, trotz aller angebrachten Kritik am System von Arbeitszwang und Entwürdigung, zu geringer Höhe und Sanktionierungen, ist es dennoch ein Privileg, sozusagen ein Grundeinkommen mit Haken. Aber welche Gesellschaften leisten sich das schon? Nicht einmal in Europa ist dies Standard. Da ist das Bedingungslose Grundeinkommen eine gute Alternative, in der richtigen Höhe, denn arm soll niemand mehr sein, das wünsche sogar ich allen Menschen von ganzem Herzen.

Vielfältige Möglichkeiten eröffnet das Grundeinkommen an Teilhabe. Bio für Alle – keine Frage mehr, weil es sich jeder leisten kann. Kultur auch für Alle und Bildung und Essen und Wohnen und Kleiden und Gesundheit und Waffen – kurzum Konsum für Alle!?

Am Ende also doch kein Streben nach einer solidarischen Gesellschaft, sondern individueller Konsum? Weniger arm, wahrscheinlich. Ignoriert es nicht, dass viele Menschen auf Hartz IV gerne arbeiten wollen und keinen Platz finden, weil die Arbeitsgesellschaft sie nicht will? Nicht umsonst waren die 1-Euro-Jobs in mancher Hinsicht ein Erfolg, und das meine ich nicht einmal ironisch, weil Arbeit auch Ansehen und soziale Integration bedeutet. Es gibt das Gefühl, dieser Gesellschaft etwas zu bedeuten.

Und bedeutet mehr individueller Konsum nicht einen noch höheren Ressourcenverbrauch, noch unendlicher in einer endlichen Welt? Löst das wirklich das Problem von vermisster Sozialität, auch am Arbeitsplatz? Produziert es nicht noch mehr ignoranten Individualismus? Bedeutet eine solidarische Gesellschaft nicht einen Kampf auf ganz anderen Ebenen? Berührt es nicht ganz elementar die Frage was und wie und warum wollen wir welche Waren überhaupt produzieren und mit welchem Zeitaufwand? Mit gutem Grundeinkommen kann auch ich mir in zehn Jahren eine Jacht leisten?

Nun gut, das Gute Leben spaziert also demnächst zur Vordertür herein, Experimente in Namibia und Sambia beweisen das. Die Menschen eröffnen sogar kleine Geschäfte, um aus dem soeben erhaltenen Geld noch mehr Geld zu machen, wie die taz berichtet. So scheint aus dem unmöglichen Verkauf der Arbeitskraft der mögliche Verkauf von Waren zu gerieren. Hurra, wir können nun alle Kleinstkapitalisten werden – frei vom Zwang der Lohnarbeitssuche, von der Option der Hängematte, scheinen die meisten ja ohnehin nicht so begeistert zu sein. Das Marxsche Diktat von gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeit, die den Wert der Ware und der Arbeit bestimmt, hätte ausgedient und taugte allenthalben HistorikerInnen zur Analyse. Es produziert, wer immer produzieren möchte in Umfang und Dauer wie das Geld gerade reicht, ob die produzierte Ware auch genutzt wird, kann als zweitrangig gelten, kommt ja jeden Monat neues Kapital. Wer Erfolg hat, wird reich, wie im echten Kapitalismus, wer nicht, ist nicht so traurig, wie es unter bisherigen Bedingungen der Fall gewesen wäre. Dank Grundeinkommen können alle mehr konsumieren und sollen es auch, dann werden auch noch mehr Güter gebraucht. Also mehr Konsum für Alle? Die Ich-AG mit sozialer Absicherung wird der Hit – ich bin mir sicher. Es bleibt also dabei – der Markt wird es richten! Es bleibt also dabei – der Markt wird es richten! ●

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN AUS FEMINISTISCHER SICHT

Herdprämie oder Chance für Alle?

Mögliche geschlechtsspezifische Folgen eines Bedingungslosen Grundeinkommens werden gegenwärtig kontrovers diskutiert. Skeptikerinnen formulieren die Sorge, dass Frauen aus dem Beruf gedrängt werden könnten, es ist gar von einer „Herdprämie" die Rede.

Wie ein Bedingungsloses Grundeinkommen aus feministischer Sicht zu bewerten? Welche Folgen kannes für alle Geschlechter haben?

VON ANTONIA SCHUI, RADAKTION BERLIN ● Unter Feminismus verstehe ich geschlechtsspezifische Zuordnungen, Frauenunterdrückung, Hass gegenüber Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen sowie Gewalt -nicht nur gegen Frauen- abzulehnen. Ich gehe davon aus, dass Zweigeschlechtlichkeit kulturell und sozial geschaffen ist - es gibt mehr: So manch ein Mensch entscheidet sich weder Mann noch Frau zu sein, begreift sich als transsexuell, intersexuell oder legt sich gar nicht fest. Radikal gelebter Feminismus lässt sich nicht auf geschlechtsspezifische Fragestellungen reduzieren.

Wer ihn lebt, strebt vielmehr offene, gerecht gestaltete Gesellschaften an - frei auch von Rassismus.

Welche Möglichkeiten oder auch Beschränkungen sind nun durch ein Bedingungsloses Grundeinkommens zu erwarten?

Patriarchale Gesellschaften, die pflegende Angehörige mit einem Grundeinkommen absichern, werden speziell von Frauen erwarten, dass sie diese Tätigkeiten, jetzt erst recht, ausführen. Die Betreuung Alter und Kranker wird so ins Private gedrängt, die Gesellschaft kann sich noch stärker der Verantwortung entziehen; familiäre Abhängigkeiten nehmen zu. Für professionelle Pflegerinnen führt die Konkurrenz mit den unbezahlten Pflegekräften zu einer Abwertung ihrer Arbeit und Kompetenzen, es gibt weniger und schlechter bezahlte Arbeit in der Altenpflege und Behindertenbetreuung.

Mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen, das anfallende Kosten deckt, soziale und kulturelle Teilhabe ermöglicht, wird sich zeitgleich jedoch die finanzielle Situation von Frauen grundlegend verbessern. Es wird einfacher, sich aus schwierigen Beziehungen zu lösen; die materielle Abhängigkeit von Partner_innen wird überwunden oder reduziert sich zumindest in starkem Maße. Für Kinder fällt nach einer Trennung der Eltern oder Erziehungspersonen das entwürdigende, auf ihre Kosten ausgetragene Gezerrre um den dringend benötigten Unterhalt weg. Auch Männer erhalten mehr Spielraum, um sich aus klassischen Rollen zu lösen und erstarrtes Klammern an Leistung, Karriere und Erfolg zu überwinden. Menschen wird generell zugestanden, unterschiedliche Aspekte ihrer Persönlichkeit auszuleben, die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg durch den Wegfall von Erwerbsarbeit relativiert sich.

Die Entscheidung, sich nach der Geburt oder der sozialen Annahme eines Kindes intensiv um den Nachwuchs zu kümmern, dürfte für Männer mit der entsprechenden materiellen Basis leichter zu treffen und auch umsetzbar sein. Generell wird es einfacher Menschen, sich selbst auch, jenseits des starren Mann/Frau- Schemas zu denken und sexuelle Zuordnungen und Lebensweisen selbst zu wählen. Mit der materiellen Unabhängigkeit reduziert sich auch der Druck, am Arbeitsplatz den Normen zu entsprechen, diskriminierendes Verhalten gegenüber fürsorglichen Männern, transsexuell lebenden oder nicht eindeutig definierbaren Personen kann nicht mehr greifen. Ökonomisches Überleben ist nicht mehr an bezahlte Arbeit gebunden, soziale Anerkennung gibt es in den unterschiedlichsten sozialen, künstlerischen und politischen Bereichen, die Menschen nun in Zentrum ihres Lebens stellen können, wenn sie möchten.

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen allein führt jedoch nicht aus den patriarchalen Begrenzungen heraus, wie hier benannt, kann es, zumindest partiell, auch alte Rollen verfestigen.

Entscheidend sind die gesellschaftlichen Aushandlungen und politischen Prozesse, die mit der Einführung einhergehen, die die Zeit danach prägen.

Das BGE eröffnet die Chance, diese Entwicklungen aktiv, entschieden und entspannt mitzugestalten sowie an kollektiven Projekten und sonstigen sozialen Herzensangelegenheiten zu basteln. Schließlich muss politische Arbeit, das Leben generell, kein verbissener Kampf auf Kosten von Freund_innenschaft und Liebe sein. Mit Muße und Lust kreative soziale Prozesse zu gestalten wäre schöner - für alle Geschlechter .
Es ist genug für alle da. ●

ANZEIGEN

graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„Die GWR wird auch von 40 Jahren Idealismus getragen, der über Generationen reicht. Der Luxus, sich eine gewisse Sturheit in der politischen Haltung leisten zu können, macht gleichzeitig auch ihre Stärke aus. Auf die nächsten 40 Jahre." (Neues Deutschland, 08./09.09.2012)

Probeheft kostenlos. Abo (10 Ausg.): 30 Euro
Bei: **GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-2160940-7, Fax: -79,**
abo@graswurzel.net. Bestellformular unter:
www.graswurzel.net/service/

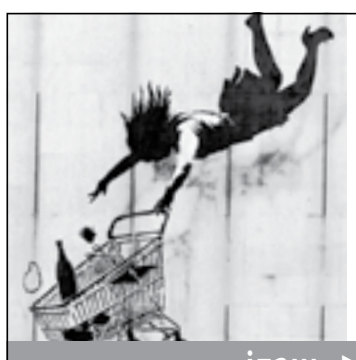
GWR Nr. 382, Okt.: Schwerpunkt: Wahlnachlese aus anarchistischer Sicht; Schwerpunkt: Krieg in Syrien; Klima-Bewegung; Antifa; Anti-Atom; Widerstand in Griechenland; Oscar Wilde und der „Kuss der Anarchie"; Gustav Landauer; J.J. Cale, ...

Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Z.
Vierteljahreszeitschrift
24. Jahrgang, Nr. 95, Sept. 2013, 224 Seiten
Wohnungsmarkt und Finanzspekulation
Aktuelle Gewerkschaftsprobleme
Marx-Engels-Forschung
China-Studien:
Und:
Sowie:
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

telegraph
ostdeutsche zeitschrift ++
Ausgabe #127/128 ist erschienen!
AUS DEM INHALT:
++ AUFSTIEG UND FALL DES DEUTSCHEN EUROPAS
++ NEOFASCHISTEN-SOZIALCHAUVINISTEN-SARRAZINISTEN
++ KRISE, AUFSTAND UND KONSERVATIVE RENAISSANCE
++ VERFASSUNGSSCHUTZ LIGHT
++ BUNDESWEHR IN SCHULEN
++ LINKE UND REALSOZIALISMUS
BESTELLUNG:
Printversion 96 Seiten 6,00 €
Digitalversion (PDF) 3,00 €
Im Abo (4 Printausgaben) 18,40 €.
Tel.: +49 (0)30 4445622
E-Mail: telegraph@ostbuero.de

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus.
Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/44391-47

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:
Probeheft gratis!
Arbeit geschenkt?
Aktueller Schwerpunkt:
Prekäre Beschäftigung - soziale Hängematte für Unternehmen
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
www.direkteaktion.org


338
iz3w
Fairer Handel – Kaufend schreiten wir voran
Außerdem: ▸ Vergangenheit in Guatemala ▸ Filme aus Nord- und Südafrika ▸ Proteste in der Türkei ▸ Critical Whiteness ... *52 Seiten, € 5,30 + Porto* auch als PDF-Download
iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org
iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

KLEINANZEIGEN

Menschen gesucht, die die Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft wollen.
Neue Gruppe in **Gemeinschaftsprojekt Wukania bei Berlin**.
Solidarisch, nichtkommerziell, öko, politisch aktiv, gem.
ökonomie, DIY. Baustelle.
Platz für deine Ideen: werkstätten, polit-arbeit, kollektivbetriebe, garten, teilw. selbstversorgung...
(01 51) 15 40 52 59
betti@wukania.net

GESCHICHTE(N) BEWAHREN
ein Generationen verbindendes Projekt: Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
arianedettloff@ina-koeln.org
(02 21) 31 57 83
☞ *www.werkstatt-fuer-memoiren.de*

Möchtet Ihr mehr wissen?
Vorträge, Workshops und Seminare zu Themen rund um Solidarische Ökonomien:
Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragón im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien.
Elisabeth Voß:
post@elisabeth-voss.de
0049 – (0) 30 – 216 91 05
www.elisabeth-voss.de

Paris – jenseits touristischer Klischees erleben. Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Boheme an. Nähere Informationen auf Anfrage – maurice.schuhmann@yahoo.fr.

Vereidigung und Ermächtigung
für DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen

Viele, die als Dolmetscherin oder Dolmetscher arbeiten, streben die „allgemeine Vereidigung" als Gerichtsdolmetscher/in an. ÜbersetzerInnen wollen gerne als „Urkundenübersetzer/in" ermächtigt werden.
Diese Broschüre gibt eine Übersicht über die Voraussetzungen und Prüfungsverfahren, die in allen Bundesländern unterschiedlich sind. Außerdem werden die Regeln für den Beruf erläutert. Es geht also um das Auftreten vor Gericht, die Regelungen für eine mögliche Befangenheit, das Verhalten bei unklaren Äußerungen. Es geht um Besuchsüberwachung und begleiteten Umgang. Urkundenübersetzer/innen erfahren, wie sie mit gefälschten Urkunden oder unleserlichen Passagen umgehen müssen.

Reinhard Pohl: **Dolmetschen vor Gericht**
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: **www.brd-dritte-welt.de**

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 9/13 u.a.:
- Anton Kobel: »Trickserei oder Demokratie. Quo vadis, ver.di?«, über die Tarifverhandlungen im Einzelhandel
- »Moderne Sklaverei. Arbeitsbedingungen auf Achse in Europa«, eine Studie der Europäischen Transportarbeiter-Föderation
- Anne Karrass: »Erfolg und/oder Niederlage?«, die Positionen im Europäischen Parlament zur Durchsetzungsrichtlinie
- Jenny Brown: »Offen für Unternehmen...«, über die US-Gesundheitsreform »Obamacare«
- »Ein großer Topf. Wie funktionieren die Taft-Hartley-Versicherungen?«
- Alexandra Bradbury: »Cadillac-Steuer« – Vorwand für Kürzungen im Gesundheitswesen der USA

O Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

3 Wochen kostenlos testen

Das junge Welt-Testabo:
· ist kostenlos und unverbindlich
· verlängert sich nicht automatisch
· muß nicht abbestellt werden

Jetzt bestellen unter: www.jungewelt.de/testabo
Telefonisch unter 0 30/53 63 55 50

Mehr als fair: **FAIRBINDUNG**
Kaffee aus solidarischem Handel

- 100% Arabica-Hochlandkaffee
- aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBindung e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040164
www.fairbindung.org - info@fairbindung.org

KLEINANZEIGEN

Kosten:
- Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
- Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWSt.
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!**

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Einsenden an:
CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN // DIE MONATSZEITSCHRIFT

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter
www.lateinamerika-nachrichten.de

DIE SINNE SCHÄRFEN!!! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: info@contraste.org
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:

06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, www.attac.de/koennern/villa / 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Print: Antonia Schui, E-Mail: antonia.schui@contraste.org, Elisabeth Voß, (0 30) 216 91 05, E-Mail: elisabeth.voss@contraste.org, www.elisabeth-voss.de, Christoph Chang, christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: karl-heinz.baechstaedt@contraste.org, Radio: Elisabeth Voß und Johannes Dietrich, E-Mail: johannes.dietrich@contraste.org / 22769 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bernd.huettner@contraste.org / 30167 Hannover, Redaktion Hannover, Ulrike Kumpe, E-Mail: ulrike.kumpe@contraste.org / 34117 Kassel, Redaktion Kassel, Sabine Conti. E-Mail: info@sconti-projektberatung.de / 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@contraste.org / 39624 Badel, Redaktion Badel, Steffen und Vadim, E-Mail: kontakt@netz.coop / 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, (01 70) 59 38 900, E-Mail: heinz.weinhausen@contraste.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, (02 21) 31 57 83, E-Mail: ariane.dettloff@contraste.org / 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / Österreich: AT-8010 Graz, Brigitte Kratzwald, 0043-699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / AT-9020 Klagenfurt, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, 0043-46 34 18 590, E-Mail: hans.wieser@contraste.org / F-75018 Paris, Maurice Schuhmann, 0033 – 611 46 30 46, E-Mail: maurice.schuhmann@contraste.org

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, (07 61) 70 90 23, 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / Kritik der Geldlogik: 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@unverdient.de / Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de

Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kumpe über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste%202011.pdf

Herstellung:

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: bildredaktion@contraste.org, Giovanni Lo Curto
IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG,
http://netz.coop,
webmaster@contraste.org
Layout: layout@contraste.org, Adrien Tasic
Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Kontakt::

Allgemeine Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org

Internet:

www.contraste.org

CONTRASTE zwitschert jetzt auch:
twitter: @contraste_org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
☞ *http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste*

GEMEINSCHAFTEN

Rechtsformen und Finanzierung für Hausprojekte (Wiederholung Referentin: Elisabeth Voß)

23.11.2013, 10 bis 17 Uhr

Das Tagesseminar richtet sich an Gründungsinteressierte und BewohnerInnen von Hausprojekten, die mehr über Organisation / Rechtsformen und Finanzierung wissen möchten, und nicht über die finanziellen Mittel verfügen, sich einer gutbetuchten Baugemeinschaft anzuschließen, oder die dies aus grundsätzlichen Erwägungen nicht möchten.

Jede Gruppe, die ein Hausprojekt betreibt oder gründen möchte, entwickelt eigene Formen, sich zu organisieren, Entscheidungen zu treffen und die Finanzierung des gemeinsamen Vorhabens sicherzustellen. In dem Tagesseminar geht es – neben einigen Aspekten zum grundsätzlichen Herangehen an ein solches Vorhaben – um die Schwerpunkte Organisation / Rechtsform und Finanzierung für gemeinschaftliche Vorhaben von Menschen mit wenig Geld.

Rechtsformen: Einführung in die Besonderheiten unterschiedlicher Rechtsformen: Stiftung, GmbH, Verein, GbR, WEG, Genossenschaft. Finanzierung: Hier geht es sowohl um den Erwerb einer Immobilie als Gruppe (Eigenkapital, Eigenmittel und Fremdkapital) als auch um den laufenden Betrieb (Einnahmen aus Nutzung/Vermietung, Kosten und Rücklagen).

Veranstaltungsort ist Berlin-Kreuzberg. Es sind noch ein paar Plätze frei. Teilnahme nur mit Anmeldung möglich, Teilnahmegebühr: 20 bis 50 Euro nach Selbsteinschätzung.

Infos zum Seminar findet Ihr hier ☞ *http://www.netz-bb.de/NETZeG/2013-10-12-HausProfertig.pdf*

Anmeldung bei elisabeth.voss@netz-eg.de oder 030 – 216 91 05.

KOMMUNEN

Info-Wochenende: Um die 30 – Kommune-Info-Wochenende für junge Kommune-interessierte Menschen bis 35 Jahren

29.11.-01.12.

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 1986 bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft mit zur Zeit 80 Personen Für das gemeinsame Leben wurden folgende Grundsätze vereinbart: Abbau von Hierarchien, gemeinsame Ökonomie, Entscheidungsfindung im Konsens, ein linkes Politikverständnis und eine ökologisch orientierte Lebensweise.

So wurden in der Kommune viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt. Diese möchten die KommunardInnen jungen Menschen gerne vorstellen. Das Info-Wochenende kann auch ein erster Schritt für einen weiteren Kennenlernprozess sein.

Unkostenbeitrag: 50-85 € (nach Selbsteinschätzung).

Anmeldung über die Verwaltung der Kommune Niederkaufungen

Telefon: 05605 / 80070

☞ *http://www.kommune-niederkaufungen.de/*

Wochenend-Seminar: Wir können auch anders! - Leben in der Kommune

13.12. - 15.12.2013

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 25 Jahren bestehende Lebens- und

Arbeitsgemeinschaft von derzeit 80 Personen. An den Wochenenden wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse - und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie - Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Die Wochenenden werden von KommunardInnen durchgeführt. ReferentInnen: Birgit Zellmer, Volker Groß, Uli Barth, Jacqueline Bernardi.

☞ *http://www.kommune-niederkaufungen.de/*

SEMINAR „OFFENE RÄUME - THEORIE UND PRAXIS“

20.12.-22.12.2013

Als "offener Raum" wird ein Aktionsfeld bezeichnet, in dem es keine Beschränkungen gibt, diesen zu nutzen und zu füllen. Bei Interessenkollision (z.B. Nutzung der gleichen Infrastruktur, Flächen u.ä. zur gleichen Zeit, Übergriffe) werden mit anderen AkteurInnen direkte Vereinbarungen geschlossen. Ein Raum und seine Ausstattung (Technik, Räume, Wissen, Handlungsmöglichkeitenusw.) ist dann offen, d.h. gleichberechtigt für alle nutzbar, wenn die Beschränkungen formal und praktisch nicht bestehen, d.h. der Zugang zu den Handlungsmöglichkeiten darf weder durch verschlossene Türen, Vorbehalte, Passwörter usw. verwehrt werden können noch dürfen Wissensbarrieren hingenommen werden, die Einzelne von der Nutzung des offenen Raumes und seiner Teile ausschließen. Die Idee offener Räume tritt als Gegenkultur zu Haus- und Eigentumsrechten auf. Sie stößt dabei auf Probleme. Im Seminar sollen Idee, Funktionsweisen, Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden.

Am Samstag den 21.12. 14-17 Uhr gibt es eine Führung durch die Projektwerkstatt mit Fragemöglichkeiten und mehr.

Veranstaltungsort: Projektwerkstatt Saasen.

Mehr Informationen und Anmeldung ☞ http://www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/termine.html

GENOSSENSCHAFTEN

Tagung: Senioren(stützende)genossenschaften: eine Antwort auf den demografischen Wandel?

29.11.-30.11.2013

Auf dieser Tagung werden Grundlegungen, Beispiele und Perspektiven durch Vorträge, Arbeitsgruppen und intensive Diskussionen thematisiert.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft stehen die Kommunen und andere Gemeinwesenakteure vor neuen Herausforderungen. Welche Rahmenbedingungen können sie (gemeinsam) schaffen, um den Menschen im dritten Lebensabschnitt auch bei wachsendem Hilfe- und Pflegebedarf ein selbstbestimmtes und selbstgestaltetes Leben zu ermöglichen?

Auf der Tagung erfolgt eine Verortung der verschiedenen genossenschaftlichen Ansätze besonders durch die Kraft konkreter gelungener Beispiele. Zudem sollen die Bedingungen für eine schnellere und erfolgreiche Verbreitung von Seniorengenossenschaften diskutiert werden, sowohl durch Eigenengagement wichtiger Akteure im sozialen Sektor als auch durch Einbindung starker Kooperationspartner.

Tagungsbeitrag: 80,00 € inkl. Verpflegung und zzgl. Übernachtung.

Information und Anmeldung (bis 4.11.): Fax: 0341 681 1786 oder E-Mail: winfried.haas@innova-eg.dewinfried.haas@innova-eg.de .

Ort: Akademie Meißen, 01662 Meißen.

☞ *http://www.innova-eg.de/informationen/termine/*

WIRTSCHAFTEN UND GELD

☞ *Vorträge: Das lohnt sich eh nicht? – Arbeitskämpfe von prekär Beschäftigten*

14.11.2013, 19:30 Uhr

Gerade Menschen in Minijobs und Leiharbeit sind häufig mit Arbeitsrechtsverletzungen und Willkür konfrontiert. Es herrscht bei den Angestellten, wie auch bei den ArbeitgeberInnen die Meinung vor, das Arbeitsrecht würde hier nicht gelten. Hinzu kommt, dass viele Angestellte direkt mit den ArbeitgeberInnen zusammenarbeiten und daher aus Angst vor Schikanen sich nur selten wehren. Dass dies auch anders geht zeigt ein Arbeitskampf in einem Späti (den Berliner Kiosken)..Eingeladen sind Mag Wompel (Redakteurin von Labournet) und Peter Nowak (freier Journalist), die über Arbeitskämpfe unter prekären Bedingungen berichten werden. Die Möglichkeiten der Kämpfe in solch prekären Bereichen scheinen oft begrenzt. Vereinzelung und Einschüchterung überwiegen. Doch es zeichnet sich allmählich ab, wie auch gewerkschaftlich in diesen höchst prekären und individualisierten Fällen Druck erzeugt werden kann.

Organisiert von der FAU-Hannover in Kooperation mit dem FAUST e.V., dem AstA der Uni Hannover und der Stiftung Leben und Umwelt..

Veranstaltungsort: Kargah e.V., Hannover-Linden (barrierefrei) - genaue Informationen zeitnah unter ☞ *fau.org/hannover*

MESSE: HELDENMARKT

Termin: 16./17.11.2013

Die „Messe für nachhaltigen Konsum“.

Der Eintritt kostet 7/5 Euro.

Ort: Postbahnhof (barrierefrei), Straße der Pariser Kommune 8, 10243 Berlin

☞ *http://www.heldenmarkt.de/berlin-2/*

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

3. REICHTUMSKONFERENZ IN WIEN

27.11.2013, 9-20 Uhr

Die 3. Reichtumskonferenz rückt den die Gesellschaft spaltenden Reichtum in den Fokus. Aus verschiedenen wissenschaftlichen und künstlerischen Perspektiven soll der Frage nach der Rechtfertigung von Vermögenskonzentration und sozialer Ungleichheit nachgegangen werden.

Prominente UngleichheitsforscherInnen, Personen aus Kunst und Kultur sowie aus der sozialen Praxis werden sich einen Tag lang mit diesen Fragestellungen beschäftigen.

Workshops ermöglichen einen fachübergreifenden Wissensaustausch und eine Vertiefung der Themen.

VerantalterInnen: AK Wien, Attac, BEIGEWUM, Die Armutskonferenz, Evangelische Akademie Wien, Globale Verantwortung, Greenpeace, ksoe, ÖH.

Veranstaltungsort: AK-Bildungszentrum, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Eintritt frei. Anmeldeschluss: Montag 18. Nov. 2013

Infos und Anmeldung:

☞ *http://de.amiando.com/3reichtumskonferenz.html*

LANDWIRTSCHAFT

Seminar „Ziele, Theorie & offene Fragen im Veganismus“

26.12.-28.12.2013

Das Seminar beginnt am 26.12 um 18 Uhr mit einem freegan-veganen Buffet, um 20 Uhr folgt ein Film über perverse Jagdsafaris.

Widerstand gegen Mastanlagen, Veganismus, Tierrechte, Tierbefreiungs-aktionen - diese und viele andere Themen reizen zum Widerstand gegen eine Kultur der Gleichgültigkeit gegenüber nichtmenschlichen Tieren. Spektakuläre Aktionen vor Tierfabriken bringen das Thema in die Öffent-lichkeit. Aber steht hinter der Empörung über Ausbeutung, Quälerei und Nutzbarmachung von Tieren mehr an Überlegungen oder gar Theorien? In einem Wechsel aus Input-Referaten, Diskussionen in Kleingruppen und Fish-Bowl-Runden wollen wir den spannenden Fragen nachgehen - und neue finden. Kostproben (willkürliche Auswahl aus vielen Fragen): Was passiert mit Weißstorch und Laubfrosch, wenn immer weniger Wiesen mehr zur Verfügung stehen? Sind Erbsen wirklich vegan, wo doch auf dem Acker viele Tiere getötet oder zumindest vertrieben werden? Wie müsste eine Kreislauflandwirtschaft ohne Tiere aussehen?

Veranstaltungsort: Projektwerkstatt Saasen.

Mehr Informationen und Anmeldung:

☞ *http://www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/termine.html*

MENSCHENRECHTE UND GERECHTIGKEIT

Vorbereitungsseminar von CAREA e.V.: Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas/MexikoInternationale Begleitung in Guatemala

Vom 14. bis zum 17. November 2013 und vom 5. bis 8. Dezember 2013 finden die diesjährigen Vorbereitungsseminare von CAREA e.V. für den Einsatz als MenschenrechtsbeobachterIn in Chiapas/Mexiko sowie zur Begleitung von AktivistInnen und ZeugInnen in Guatemala statt. In Vorträgen, Arbeitsgruppen und Rollenspielen werden grundlegende Kenntnisse und spezifische Themen vermittelt wie Geschichte und Politik Guatemalas und Mexikos, Menschenrechte, aktuelle Situation in Chiapas und Guatemala, Aufgaben von BeobachterInnen und BegleiterInnen, Verhalten in Konfliktsituationen.Voraussetzungen sind die Teilnahme am Vorbereitungsseminar, fließende Spanischkenntnisse, ein gewünschtes Mindestalter von 21 (Chiapas) und 23 (Guatemala) Jahren, Eigenfinanzierung des Aufenthaltes, physische und psychische Belastbarkeit, langfristige Planung des empfohlenen Aufenthaltes von 6 oder mehr Monaten in Guatemala.Am Seminar können auch Menschen teilnehmen, die sich noch nicht sicher sind, ob sie als BegleiterIn nach Guatemala oder als BeobachterIn nach Chiapas gehen wollen.Seminarkosten: 140 € (inklusive Unterkunft und Verpflegung) zzgl. Fahrtkosten zum Seminarrort und 10 € für den Chiapas- bzw. Guatemala-Reader (bestellbar im CAREA-Büro).

Weitere Informationen und Veranstaltungsort: ☞ *http://www.carea-menschenrechte.de*, CAREA e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405Berlin; Tel/Fax: 030/42805666; info@carea-menschenrechte.de

INTERNATIONALER TAG „NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN!“

25.11.2013

Weltweit finden am 25. November Veranstaltungen gegen Gewalt an Frauen statt. Weitere Infos z.B. auf der Homepage von TERRE DES FEMMES, ☞ *http://www.frauenrechte.de/online/*

SEMINAR „EA - WIE GEHT RECHTSHILFE BEI AKTIONEN?“

6.-8.12.2013

Den Auftakt bildet am Freitag um 20 Uhr der Vortrag „Fiese Tricks von Polizei und Justiz“.

Bei vielen Aktionen und Demonstrationen gibt es im Hintergrund Menschen, die sich darum kümmern, dass von Repression Betroffene nicht allein gegen Polizei, Justiz usw. ankämpfen müssen. Sie versuchen, den Überblick zu behalten, überwachen die Behörden und/oder vermitteln VerteidigerInnen. Genannt wird eine solche Gruppe meist Ermittlungsausschuss, kurz EA. Viele Menschen schreiben sich deren Telefonnummer auf den Unterarm oder (schlauer) an unbekanntere Orte am Körper, um z.B. nach einer Verhaftung dort Bescheid geben zu können.

Mit dieser Schulung soll das nötige Grundwissen der EA-Arbeit vermittelt werden. Ziel ist neben der Stärkung bestehender EA-Strukturen der Aufbau eines Netzwerkes.

Veranstaltungsort: Projektwerkstatt Saasen.

Mehr Informationen und Anmeldung:

☞ *http://www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/termine.html*

GENOSSENSCHAFTTSVERBAND MONDRAGON

18.12.2013, 19 Uhr

Berlin: Solidarisch Wirtschaften in der Krise? Der Genossenschaftsverbund Mondragón im spanischen Baskenland. Mit Ainara Udaondo und Fred Freundlich von der Universität Mondragón.

Ort: Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto!

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.